Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Prof. Dr. Renate Riemeck
Konrad Adenauer — ein Kapitel westlicher Außenpolitik

Joachim C. Fest
Die technizistische Amoral

Dr. Eugen Kogon
Die Not unserer Schulen

Dr. Ilse Staff
Bewältigung der Vergangenheit

2,50 DM **VIII. Jahrgang** **November** **11/63**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Oktober 1963 S. 821

Berichte und Kommentare
Das multinationale Chaos — Italiens moderne Sozialisten — Amerikanisch-kanadische Krise S. 824

Die Lage:
Dr. Achim v. Borries
Fragezeichen am Beginn der Kanzlerschaft Ludwig Erhards S. 836

Prof. Dr. Renate Riemeck
Konrad Adenauer — ein Kapitel westlicher Außenpolitik S. 844

Einigung „Europas" oder der „Welt"? S. 853

Joachim C. Fest
Die technizistische Amoral. Das Bild Albert Speer's S. 859

Dr. Eugen Koller
Die Not unserer Schulen (I) S. 867

Dr. jur. Ilse Staff
Bewältigung der Vergangenheit (I) S. 871

Aus der Wirtschaft
Ost-West-Handel S. 876

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
Film-Zensur
Meißnertag 1913—1963 S. 877

Fernsehspalte
Was wird aus „Panorama"? S. 883

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte (zwischen den Seiten 884 und 885)

Buchbesprechungen
Ossietzky
Neuerscheinungen S. 884

Dokumente zum Zeitgeschehen
Weizsäcker-Rede in der Paulskirche
Helmut Gollwitzer auf dem Meißnertag 1963
Mahnmal für Ossietzky
Strauß und die Katholische Aktion S. 890

Blätter für deutsche und internationale Politik

HERAUSGEBER:
Hilde Benteie
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

VIII. Jahrgang | November 1963 | Heft 11

Chronik des Monats Oktober 1963

1. 10. — U N O. Der britische Außenminister Lord Home befürwortet vor der Vollversammlung die „Einrichtung gegenseitiger Beobachtungsposten" zur Verhinderung der Gefahr eines Überraschungsangriffes in allen Ländern der NATO und des Warschauer Paktes einschließlich der UdSSR und der USA. Die am 17. 9. in New York aufgenommenen zwei- und dreiseitigen Gespräche zwischen den Außenministern Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Deutschland und Detailfragen der Abrüstung werden am 5. 10. beendet.

— A l g e r i e n. Der Militärbefehlshaber der Provinz Kabylien, Oberst el-Hadj, und der Vorsitzende der „Front der sozialistischen Kräfte", Ait Ahmed, fordern die Einheiten der algerischen Armee auf, sich dem „Polizeiregime" Ben Bellas zu widersetzen. Der Präsident gibt am gleichen Tag auf einer Massenkundgebung in Algier die Enteignung aller französischen Grundbesitzer im Rahmen der Agrarreform bekannt. — Am 3. 10. verlangt und erhält Ben Bella Sondervollmachten auf Grund des Art. 59 der Verfassung, um gegen die „kabylische Opposition" vorgehen zu können. Im Hinblick auf den algerisch-marokkanischen Grenzstreit schließen Beauftragte des Staatschefs und die Führer der Kabylei am 24. 10. einen „vorläufigen Burgfrieden".

3. 10. — V e r f a s s u n g s s c h u t z. Die Hamburger Anwälte Samuel und Wandschneider, die zu den Rechtsvertretern des „Spiegel" gehören, unterrichten den Innenausschuß des Bundestages über Zeugenaussagen, aus denen die Überwachung ihrer miteinander geführten Telefongespräche durch unbefugte Personen hervorgehe. — Am 14. 10. nennt die Illustrierte „Stern" die Namen prominenter Persönlichkeiten (darunter den des Vizepräsidenten des Bundestages Carlo Schmid, des Frankfurter Oberbürgermeisters Bockelmann, des Chefreporters des NDR-Fernsehen Neven DuMont und des Schriftstellers Heinrich Böll), deren Briefe im Auftrage des Verfassungsschutzamtes geöffnet und photokopiert wurden. — Am 22. 10. setzt der Bundestag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, um die Vorwürfe gegen das Bundesamt prüfen zu lassen. — Am 30. 10. bestätigt das Innenministerium in Bonn die fristlose Entlassung des Angestellten Pätsch aus dem Verfassungsschutzamt, der seinerzeit in einem nicht gesendeten, aber später veröffentlichten Interview der Fernsehreihe „Panorama" über die Abhörpraktiken seiner Dienststelle berichtet hatte. Pätsch reicht Klage beim zuständigen Arbeitsgericht ein.

4. 10. K u b a. Mit der Übernahme aller landwirtschaftlichen Besitzungen über 67 ha

wird das staatliche Institut für Agrarreform beauftragt. Das neue Landwirtschaftsgesetz betrifft 150 000 „Caballerias" (eine Caballeria = 13,42 ha). — Am 23. 10. weist das State Department die kubanische Forderung nach Aufhebung der amerikanischen Wirtschaftsblockade mit dem Hinweis auf den „kommunistischen Charakter Kubas" zurück.

5. 10. — Süd-Vietnam. Aus Protest gegen die Buddhistenverfolgung der Regierung nimmt sich auf dem Zentralmarkt von Saigon erneut ein Priester durch Selbstverbrennung das Leben. Die Polizei geht gegen anwesende amerikanische Korrespondenten vor und beschlagnahmt deren Filmaufnahmen.

6. 10. — Algerien/Marokko. Die Meinungsverschiedenheiten über den Verlauf der gemeinsamen Grenze sind wichtigstes Thema einer Konferenz der Außenminister beider Länder. — Am 8. 10. werden erste Zusammenstöße zwischen algerischen und marokkanischen Truppen gemeldet, die sich in den folgenden Tagen zu größeren Gefechten ausweiten. Die Arabische Liga, die Organisation der afrikanischen Einheit und die Regierungschefs verschiedener Staaten bemühen sich um eine Beilegung des Konflikts durch Verhandlungen. Kaiser Haile Selassie von Äthiopien besucht Präsident Ben Bella in Algier und König Hassan in Rabat und lädt beide Staatsmänner nach Bamako (Mali) ein. Die Zusammenkunft findet vom 24. bis 31. 10. statt und endet mit Vereinbarungen über einen sofortigen Waffenstillstand.

9. 10. — Ost-West-Handel. Präsident Kennedy teilt vor der Presse mit, daß er den Verkauf von vier Millionen Tonnen Weizen zu Weltmarktspreisen an die Sowjetunion und osteuropäische Länder bewilligt habe. Bundeskanzler Dr. Adenauer wendet sich in mehreren Reden und auf der letzten von ihm geleiteten Kabinettssitzung am 9. 10. gegen westdeutsche Getreidelieferungen an die Sowjetunion und fordert eine „NATO-Initiative" in dieser Frage.

10. 10. — Berlin. Am Grenzkontrollpunkt Babelsberg der Autobahn Helmstedt—Berlin wird ein amerikanischer Militärkonvoi fast 48 Stunden aufgehalten. Der befehlshabende US-Offizier hatte sich geweigert, die Besatzung zum Zählappell antreten zu lassen. Sowjetische Kontrolloffiziere begründen ihre Forderung mit einer früheren Vereinbarung, lassen aber später die Kolonne passieren. — Am 16. 10. wird ein britischer Truppentransport in einen ähnlichen Zwischenfall verwickelt.

— Friedensnobelpreis. Das norwegische Nobel-Komitee verleiht den vorjährigen Friedenspreis an Prof. Linus Pauling (USA) für dessen Aktivität zum Verbot aller Kernwaffenversuche. Der Friedensnobelpreis für 1963 geht an das Internationale Rote Kreuz.

— Großbritannien. Während der Parteitag der Konservativen in Blackpool tagt, verzichtet Premierminister Macmillan, der wegen einer Operation nicht teilnehmen kann, auf das Amt des Regierungschefs und empfiehlt einige Tage später der Königin Außenminister Lord Home als seinen Nachfolger. Lord Home bildet ein neues Kabinett, verzichtet auf seinen Adelstitel und bewirbt sich als Sir Alec Douglas-Home um den Unterhaussitz eines schottischen Wahlkreises.

11. 10. NATO. Zur „weiteren Prüfung des Planes einer multinationalen Atomstreitmacht" bilden in Paris Vertreter Belgiens, der Bundesrepublik, Italiens, der Türkei, Griechenlands, Großbritanniens und der USA eine besondere Arbeitsgruppe und fordern die Teilnahme auch von „anderen Mitgliedern der NATO". — Am 22. 10. läßt die Bundesregierung anläßlich des beginnenden US-Luftbrückenmanövers „Big Lift" in Washington „starke Bedenken" gegen eventuelle Truppenreduzierungen der US-Armee in Europa und besonders in Deutschland anmelden. — Am 20. 10. trifft Staatssekretär Hopf aus dem Bundesverteidigungsministerium zu einem zunächst als „privat" bezeichneten Aufenthalt in Lissabon ein. Zwei Tage später ist einer Presseverlautbarung zu entnehmen, Hopf werde „am Rande der Reise" Besprechungen über den „Unterhalt deutscher NATO-Basen" in Portugal führen. — Am 30. 10. berichten Zeitungen über eine neu ausgearbeitete „Vorwärtsstrategie" der Bundeswehrführung, die den sofortigen Einsatz atomarer Waffen bei jedem möglichen lokalen Konflikt vorsehen soll.

15. 10. — Kanzlerwechsel. Der Bundespräsident stellt nach Annahme eines formellen Rücktrittsgesuches das Ende der Amtszeit Dr. Adenauers fest. Der Bundestag wählt am 16. 10. mit 279 gegen 180 Stimmen bei 24 Enthaltungen den von der CDU/CSU designierten Nachfolger Prof. Ludwig Erhard zum neuen Bundeskanzler. Prof. Erhard stellt dem Parlament am 17. 10. sein umgebildetes Kabinett vor, in dem der FDP-Vorsitzende Mende den Posten des Vizekanzlers übernimmt. Minister Höcherl (CSU) behält trotz der Vorgänge um den ihm unterstellten Verfassungsschutz das Innen-Ressort. — Am 18. 10. gibt Erhard seine Regierungserklärung ab, der am 24. 10. eine nur eintägige Debatte folgt. (Vergl. „Die Lage" und „Dokumente zum Zeitgeschehen")

17. 10. — Kernwaffen. Die Vollversammlung der UNO beschließt — sieben Tage nach Inkrafttreten des Moskauer Teststopvertrages — einstimmig eine Aufforderung an alle Staaten, künftig keine Kernwaffen in den Weltraum und auf eine Bahn um die Erde zu bringen.

— Ostpolitik. In Bukarest wird ein Protokoll über den Austausch von Handelsvertretungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien unterzeichnet. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes sind ähnliche Gespräche mit Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei noch im Gange.

20. 10. — Kongo. Staatspräsident Kasavubu nimmt ein „subversives Komplott gegen die Regierung" zum Anlaß, die Hauptstadt Leopoldville und deren Umgebung zu „Notstandsgebieten unter Kriegsrecht" zu erklären und die „normalen Rechtsprechungsverfahren" aufzuheben. Schon Ende September hatte der Präsident das Parlament aufgelöst und die gesetzgeberischen Kompetenzen der Regierung übertragen.

— DDR. In Ostberlin und den Bezirken werden Wahlen für die Volkskammer und die örtlichen Räte nach einer einheitlichen Liste der „Nationalen Front des Demokratischen Deutschland" abgehalten.

21. 10. — China. Mit 57 gegen 41 Stimmen bei 12 Enthaltungen lehnt die UN-Vollversammlung den von Albanien eingebrachten Antrag ab, die Volksrepublik China anstelle Nationalchinas in den Körperschaften der Vereinten Nationen zuzulassen.

24. 10. — „Spiegel"-Affäre. Ein Jahr nach der nächtlichen Polizeiaktion gegen das Nachrichtenmagazin verlautet aus dem Bundesgerichtshof, Anklage sei bisher gegen keinen der „Beschuldigten" erhoben worden. Zunächst solle ein weiterer militärischer Gutachter den umstrittenen Artikel „Fallex 62" auf möglichen „Geheimnisverrat" untersuchen.

25.—29. 10. — Italien. Der Nationalkongreß der Sozialisten ermächtigt den Parteivorsitzenden Nenni zu Koalitionsverhandlungen mit den Christlichen Demokraten. Für die sozialistische Beteiligung an einer „Regierung der linken Mitte" macht der Kongreß „strukturelle Reformen in Wirtschaft und Landwirtschaft" sowie die Ablehnung jeder weiteren Ausbreitung von Kernwaffen zur Bedingung.

26. 10. — WEU. Die Außenminister der sechs EWG-Staaten und Großbritanniens vereinbaren in Den Haag einen „engen Informationsaustausch" im Rahmen der Westeuropäischen Union. Dieser Beschluß, so heißt es in Konferenzkreisen, sei nicht mit der Wiederaufnahme von Verhandlungen über einen britischen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gleichzusetzen.

27. 10. — Burma. Die Revolutionsregierung erläßt ein „Dekret über die Nationalisierung wichtiger Privatunternehmen". Mit der Festsetzung der Entschädigungsbeträge sollen besondere Kommissionen beauftragt werden.

30. 10. — Bundeshaushalt. Erfolglos verhandelt Bundeskanzler Erhard mit den Regierungschefs der Länder über eine weitere Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Nach einer Kabinettsitzung über den Haushaltsentwurf für 1964 erklärt der Regierungssprecher, die Wünsche der einzelnen Ressortminister seien „nicht im entferntesten" zu erfüllen. Laut Kabinetts-Beschluß solle das Gesamtvolumen des Haushalts 60,2 Milliarden DM nicht übersteigen. Der Verteidigungsetat nehme mit 19,9 Mrd. DM rund ein Drittel in Anspruch.

Das multinationale Chaos

Die NATO befindet sich in einer kuriosen Situation: gegründet, um einer angeblichen Bedrohung aus dem Osten widerstehen zu können, vermag sie sich heute der Angriffe der eigenen Mitglieder nicht mehr zu erwehren. Zerrissen von unvereinbaren machtpolitischen Sonderinteressen, ist sie politisch aktionsunfähig geworden. Die immer lauter geführte Klage, daß die NATO seit nunmehr zwei Jahren keine einheitliche, für alle verbindliche und klar definierte Strategie habe, besagt, daß das atlantische Bündnis derzeit gelähmt ist. Es droht — sehr zur Sorge Washingtons, dessen Führungsposition länger als ein Jahrzehnt nicht angefochten wurde — in Machtgruppierungen zu zerfallen, die trotz aller Unterschiede zumindest in einem Hauptziel übereinstimmen: die politische und militärische Vormundschaft der USA abzuschütteln.

Die Regierung Kennedy scheint die Gefahren, die dem Bündnis und damit der Fähigkeit der USA, die westliche Politik in ihrem Sinne zu gestalten, aus den Dezentralisierungstendenzen innerhalb der NATO erwachsen, klar erkannt zu haben. Mit ständig wechselnder Taktik, aber gleichbleibend geringem Erfolg versucht sie, den integrationsfeindlichen de Gaulle zu isolieren oder zu besänftigen, bemüht sie sich, die nach atomarem Mitspracherecht drängende deutsche Bundesregierung von Paris fernzuhalten und durch bilaterale Vereinbarungen und Angebote näher an Washington zu binden. Fortschritte erzielt sie dabei nicht. Das gilt auch von den Arbeitstreffen, die Mitte Oktober in Washington und Paris zwischen den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik, Italien, Griechenland, der Türkei und Holland begonnen haben. Offiziell deklariertes Ziel dieser Konferenzen ist es, einen Vertrag über die Bildung einer multinationalen Atomstreitmacht der NATO zu erarbeiten. In Wirklichkeit geht es darum, daß die Vertreter der USA ihren bereits detailliert konzipierten Plan über die Aufstellung einer solchen Streitmacht den übrigen Konferenzteilnehmern schmackhaft zu machen versuchen. Dabei zeigt allein schon die Teilnehmerliste der Arbeitstreffen, daß diese amerikanischen Anstrengungen zwangsläufig ergebnislos verlaufen müssen.

Großbritannien hat sich nur mit größtem Widerwillen zu einer Beteiligung entschlossen; in einer vom Amt des britischen Premierministers veröffentlichten Erklärung hieß es dazu unter Bezugnahme auf die Konferenz von Nassau, in der die britische Regierung ihr Soll an atlantischer Partnerschaft bereits übererfüllt zu haben glaubt, die Teilnahme erfolge „unter der eindeutigen Bedingung, daß sie damit nicht auf die Beteiligung an einer solchen Streitmacht festgelegt ist". Noch leichter wiegt die Anwesenheit italienischer Vertreter: bei der innerpolitischen Labilität kann niemand langfristige Dispositionen Roms erwarten. Die Türkei, Griechenland und das sehr zurückhaltend taktierende Holland sind sich ihrer in Aussicht genommenen Statistenrolle in einem NATO-Atompool ohnehin bewußt, das um so mehr, als sie nicht einen Dollar zur Finanzierung des Projekts beizusteuern gewillt sind. Frankreich fehlt. Bliebe als einziger ernsthafter Gesprächspartner der Amerikaner die Bundesregierung.

Und hier schienen bis vor kurzem die Chancen Washingtons nicht schlecht zu

stehen. Bonn war nicht nur bereit, die Hälfte der finanziellen Lasten zu tragen, die der Aufbau einer multinationalen Atommacht mit sich bringt; es hatte auch keinerlei Bedenken gegen den militärtechnisch merkwürdigen Plan, die Polaris-Raketen — 200 sollen der NATO-Atomstreitmacht zur Verfügung gestellt werden — auf extrem verwundbare Überwasserschiffe zu stationieren. Selbst als Kennedy während einer Pressekonferenz offenbar in einem Zustand nachlassender Konzentration diese Polaris-Frachter militärisch abwertete: wenn die Europäer sie nicht wollen — so meinte er — so sei damit für die Verteidigung des Westens nichts verloren, selbst da ließ sich Bonn in seiner Begeisterung für das Projekt nicht irre machen. Das Wichtigste, so erklärte Verteidigungsminister v. Hassel, sei doch, daß die Bundesregierung im Rahmen dieser multinationalen Atommacht über die Zielplanung und den möglichen Einsatz der Kernwaffen mitverfüge, und zwar in einem Maße, das in einem reellen Verhältnis zur eingebrachten finanziellen Beteiligung stehe. Befragt, ob dem nicht das Veto der Amerikaner im Wege sei, gab der Minister der Zuversicht Ausdruck, daß das Prinzip der Einstimmigkeit wohl bald durch Mehrheitsbeschluß ersetzt werde. — Und mit dieser Erklärung hatte die deutsch-amerikanische Übereinstimmung in Sachen NATO-Atommacht ihren Höhepunkt bereits hinter sich gebracht. Hat doch v. Hassels zielstrebig-optimistische Äußerung in Washington ein für Bonn höchst unerfreuliches Echo gefunden: die amerikanische Regierung ließ unumwunden erkennen, daß sie weder die Absicht noch die gesetzliche Handhabe besitze, das Verfügungsrecht über die Polaris-Raketen der NATO-Streitmacht aufzuteilen. Wohl sei sie bereit, die Verbündeten an der strategischen und taktischen Vorausplanung teilnehmen zu lassen, ob aber und wann der letztlich entscheidende Druck auf den Auslöser erfolge, das müsse einzig und allein in der Entscheidung des Präsidenten der Vereinigten Staaten bleiben.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob es in der Praxis möglich wäre, die Beteiligten einer NATO-Kernmacht in jedem Falle daran zu hindern, den Auslösemechanismus gegen amerikanischen Willen zu betätigen; ob es nicht vielmehr zahlreiche Wege gäbe, die ihres atomaren Monopols beraubten Amerikaner in einen atomaren Konflikt hineinzuzwingen. Die scharfen Proteste des Ostens gegen die Bildung einer multinationalen Streitmacht beweisen, daß man zumindest dort diese Auffassung vertritt. Zu ihrer Begründung lassen sich unbestrittene militärische Tatsachen und strategische Gesetzmäßigkeiten anführen. Dennoch aber — und das ist bezeichnend für die Haltung Bonns — glauben einflußreiche Kreise in und hinter der Bundesregierung offenbar schon, diese conditio sine qua non der Amerikaner nicht hinnehmen zu müssen. Sie bezeichnen es als diskriminierend gegenüber einem — wie sie sagen — politisch und wirtschaftlich erstarkten Westeuropa, daß ihnen diese letzte Kompetenz, nämlich Zeitpunkt und Art der Kriegführung zu bestimmen, weiterhin vorenthalten werden soll. Ihre Begeisterung für das multinationale Konzept der USA ist erkaltet, sie erhitzen sich statt dessen bei der Vorstellung, das lange gehegte Projekt einer deutsch-französischen Atommacht zu verwirklichen. Diese überaus gefährliche Tendenz läßt sich heute in zahlreichen der Bundesregierung nahestehenden Publikationen nachweisen, und es sollte auch die Amerikaner beeindrucken, mit welcher Offenheit Ex-Bundeskanzler Adenauer im Namen seiner politischen Freunde von der Notwendigkeit einer solchen Verbindung spricht.

Die amerikanische Regierung bemüht sich gegenwärtig, dieser überaus brisanten Form deutsch-französischer Zusammenarbeit — deren enormes Sicherheitsrisiko auch für ihr eigenes Land sie wohl kaum unterschätzt — mit

ihren multinationalen Plänen entgegenzuwirken. Sie wird damit weder die Machtansprüche der Verbündeten in Paris und Bonn bremsen, noch den Zusammenhalt der NATO retten können. Sicher ist dagegen, daß ihre Politik der schrittweisen Konzessionen die Umgruppierungspläne innerhalb der NATO objektiv fördert, weil sie die Positionen der nach Machterweiterung Strebenden politisch und militärisch stärkt. Die stufenweise Aufrüstung der Bundesrepublik und ihre entsprechende politische Expansion bietet dafür ein anschauliches Beispiel. Die einzige Lösung dieses die Sicherheit aller bedrohenden Dilemmas liegt abseits militärpolitischer Finessen und verhängnisvoller Selbsttäuschung: nur die schrittweise militärische Verdünnung bis zur Neutralisierung der wichtigsten Krisenherde garantiert eine stabile Friedenssicherung. Die atomare Aufwertung Bonns — gleichgültig auf welchem Weg — aber würde in die Katastrophe führen. H. H.

Italiens moderne Sozialisten

Zweitausend rote Nelken; ein Bündel roter Fahnen; im übrigen viel elegantes, ruhiges Grau; sechshundert Delegierte, vierhundert Journalisten, über tausend Gäste: dies der Rahmen, in dem sich vom 25. bis 29. Oktober der 35. Kongreß der italienischen Sozialistischen Partei (PSI) in Rom abspielte.

Das große Interesse für diese Parteiversammlung war berechtigt: der Kongreß sollte entscheiden, ob die Partei in die Regierung eintreten werde, die das Kabinett Leone abzulösen bestimmt ist. Von der Entscheidung der Sozialisten hing damit die Frage ab, ob auf die erste nach links geöffnete Regierung Fanfanis eine zweite unter Aldo Moro folgen solle, oder ob das Experiment als beendigt anzusehen sei. War schon diese Fragestellung außergewöhnlich für einen Parteikongreß, so kam noch hinzu, daß die Beschlüsse und Entscheidungen der Sozialisten diesmal eine sofortige Wirkung haben würden. Der Übergangsregierung von Giovanni Leone war in der Tat das Mandat nur bis zu dem Kongreß der PSI erteilt worden.

Außergewöhnlich war auch die Vorgeschichte des Kongresses und die allgemeine Lage, mit der sich die Sozialisten in diesen Tagen auseinanderzusetzen hatten. Es galt, nach siebzig Jahren in der Opposition in eine Regierungskoalition einzusteigen, die das Experiment der Öffnung nach links weiterführen und konsolidieren soll, jedoch unter Umständen, die sich weitgehend von denen unterscheiden, die im Januar 1962 die PSI bewogen, die Regierung Fanfani von außen her zu unterstützen. Für Pietro Nenni, leader und Parteisekretär der PSI, stand es außer Zweifel, daß es zu einer Zusammenarbeit zwischen seiner Partei und der katholischen Mehrheitspartei (DC) kommen müsse, nachdem die PSI sich in einer langwierigen und schwierigen Evolution von der kommunistischen Bevormundung freigemacht hatte und auch in der DC neue, fortschrittliche Kräfte am Werk sind, die sich auf die politische Wendung im Vatikan unter Papst Johannes XXIII. berufen können.

Diese Entwicklung hatte eben zu der Regierung Fanfani geführt, die auf einem Programm fußte, das von allen Koalitionspartnern (Sozialdemokraten und Republikaner) und den Sozialisten gemeinsam ausgearbeitet worden war und grundlegende Strukturreformen voraussah. Das Kernstück des Programmes war die Verstaatlichung des Elektrizitätswesens — erster Schritt auf dem Wege einer notwendigen Beschränkung der privaten Wirtschaftsmonopole — und die Akzeptierung einer geplanten Wirtschaft. Weitere vorgesehene Reformen betrafen die Agrarwirtschaft, das Steuer- und das Schulwesen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß gegen die „Öffnung nach links" der Re-

gierung Fanfani von seiten der Wirtschaftskreise und ihrer politischen Vertreter, den Liberalen und dem rechten Flügel der Mehrheitspartei, Sturm gelaufen wurde. Fanfanis Gegner in der eigenen Partei sahen in einer Planwirtschaft einen gefährlichen Eingriff in die Sphäre der privaten Interessen und der priviligierten Positionen, der unweigerlich dem Kommunismus die Tore öffnen würde. Hinzu kamen Bedenken auf außenpolitischem Gebiet. Die Sozialisten hatten zwar erklärt, daß sie die westlichen Bindungen Italiens respektieren würden, jedoch eine elastische Haltung innerhalb der NATO verlangten. Die rechtsgerichtete Opposition innerhalb der DC stellte daher als wesentliche Forderungen an die Sozialisten einerseits die Absage an eine neutralistische Politik, andererseits die Verpflichtung einer radikalen Trennung von den Kommunisten nicht nur in den bereits bestehenden Gemeinde- und Provinzräten, in denen sie gemeinsam mit der Kommunistischen Partei (PCI) die Mehrheit haben, sondern auch in Hinblick auf die zukünftigen regionalen Körperschaften und vor allem auf parlamentarischer Ebene: sie verlangen, daß die Regierung in keinem Falle die Stimmen als gültig ansehe, die von der PCI kommen, sondern demissioniere, falls diese Stimmen ausschlaggebend seien. Da es bekannt ist, daß der rechte Flügel der DC seine Opposition, als Gewissenskonflikt verbrämt, manifestiert, indem ein Teil der Abgeordneten sich der Parteidisziplin entzieht und gegen die Regierung stimmt, bedeutet diese Forderung, daß jede Regierungskoalition, an der die Sozialisten beteiligt sind, dem Verhalten der demokritisch-christlichen Opposition auf Gedeih und Verderb überantwortet wäre.

Jedoch auch innerhalb der PSI gab es Gegensätze. Der linke Flügel der Sozialisten, von einer grundsätzlichen Opposition gegen jede Zusammenarbeit mit der Mehrheitspartei ausgehend, hatte zwar dem Experiment Fanfani zugestimmt, seinen Ausgang jedoch als negativ angesehen. Dies zunächst, weil außer der Nationalisierung des Elektrizitätswesens keine der geplanten Reformen in dem einen Regierungsjahr Fanfanis durchgeführt werden konnten. Diese negative Haltung der Linksgruppe wurde noch verstärkt durch die Vorgänge, die auf die Neuwahlen im April 1963 folgten.

In diesen Wahlen hatte die Mehrheitspartei einen Stimmenverlust zu verbuchen, der den Liberalen zugute kam. Der erwartete Stimmenzuwachs der Sozialisten blieb aus. Sie konnten ihre Positionen knapp halten, aber es war klar, daß ihre Annäherung an die Regierungspartei ihnen nicht die erwünschte und erhoffte Verstärkung der Arbeiterstimmen gebracht hatte. Was die Sozialisten im bürgerlichen Lager an Wählern gewannen, verloren sie auf der anderen Seite an die Kommunisten, die einen unerwarteten Aufstieg erlebten. Die Folge dieser Wahlergebnisse war von seiten der DC die Aufopferung Fanfanis. Um die Wirtschaftskreise und die eigene Opposition zu beruhigen, einigten sich die demokratisch-christliche Partei und die Sozialdemokraten auf eine Kandidatur von Aldo Moro, den Parteisekretär der DC, der als gemäßigter galt. Moro nahm also die Verhandlungen mit den Sozialisten auf, um seine nach links geöffnete Regierung bilden zu können.

Diese Phase war gekennzeichnet durch eine Verschärfung der Garantien, die die demokratisch-christliche Opposition von den Sozialisten forderte, um mit ihnen die Regierung zu bilden. Es wurde formell die „Abgrenzung der Mehrheit nach links" — also die Diskrimination der kommunistischen Stimmen — verlangt, es wurde eine Festlegung auf die Atlantikpolitik gefordert und ein Verzicht auf sofortige weitere Verstaatlichungen. Aldo Moro und die Mehrheit der DC waren bereit, das Prinzip der geplanten Wirtschaft anzuerkennen, den Ausbau der öffentlichen Monopole zuzusichern, da, wo die privaten Monopolstellungen die ge-

sunde Entwicklung der Wirtschaft seit Jahren abdrosselten, und eine energische Aktion gegen die Steuerflucht durchzuführen.

Die Mehrheit der Sozialisten, die als „Autonomisten" bezeichnet werden, führte die Verhandlungen mit Moro in der Ausrichtung auf einen Regierungseintritt. Pietro Nenni war und ist überzeugt, daß der Augenblick gekommen sei für seine Partei, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Ein Rückzug der Sozialisten heute würde bedeuten, daß für lange Jahre die Arbeiterschaft von jeder aktiven Einwirkungsmöglichkeit auf die Entwicklung des Landes ausgeschlossen bleibt und daß damit ein Ruck nach rechts unvermeidlich wird. In Anbetracht der prinzipiellen Entscheidung zugunsten eines „demokratischen Weges" zur Errichtung eines modernen sozialistischen Staatswesens, im bewußten Verzicht auf die marxistische Theorie des Klassenkampfes, in dem Willen, den Sozialismus in der freien, demokratischen Welt zu verankern, war Pietro Nenni bereit, Konzessionen an die DC zu machen und durch seine elastische Haltung in den Verhandlungen zunächst die Bildung einer Koalitionsregierung zu erreichen. Es bestand kein Zweifel, daß die Autonomisten eine eindeutige Mehrheit in der Partei darstellten, und es wurde daher angenommen, daß es zu einer raschen Einigung kommen würde, als das Zentralkomitee der PSI einberufen wurde, um das mit Moro vereinbarte Programm zu begutachten.

Hier nun beginnt die unmittelbare Vorgeschichte des 35. Kongresses. Sie steht unter dem Zeichen der St. Gregorius-Nacht (15./16. Juni), in der es in der PSI zu einer Spaltung der Mehrheit kam. Dieser Theatercoup war das Werk von Riccardo Lombardi,neben Pietro Nenni und Ernesto De Martino (Vize-Sekretär) die hervortretendste Erscheinung in der Führergarnitur der Sozialisten. Riccardo Lombardi kommt nicht aus dem marxistischen Lager, sondern trat nach Auflösung der Aktionspartei in die PSI ein. Er ist heute der anerkannte Ökonomist der Partei und vertritt die moderne Richtung des Sozialismus. Für den Intellektuellen Lombardi ist der Neokapitalismus eine Gegebenheit, die nichts mehr mit dem Phänomen der Bourgeoisie als Klassenfeind zu tun hat. Die Sozialisten können daher heute nicht mehr mit den traditionellen Waffen arbeiten: die Zusammenfassung großer Wirtschaftsräume, die Vereinheitlichung der europäischen Märkte, die Probleme der modernen Technik und der Automation sind in die sozialistischen Theorien einzubeziehen. Für die Arbeiterschaft gilt es heute, sich in die Machtzentren, von denen aus ein modernes Staatsgebilde gelenkt wird, einzuschalten.

Diese Einstellung Riccardo Lombardis prädestinierte ihn zum Theoretiker der Autonomisten, der Loslösung, ideologisch wie praktisch, von dem Mythos der Weltrevolution und der Diktatur der Arbeiterklasse. Es war daher nicht zu verwundern, daß Riccardo Lombardi zu den engsten Mitarbeitern Nennis gezählt wurde und selbst an den Verhandlungen mit Moro maßgebend beteiligt war.

In der dramatischen St. Gregorius-Nacht erklärte Lombardi im Namen einer Gruppe von Mitgliedern des Zentralkomitees, daß er die Bedingungen der DC nicht annehmen könne. Für die DC handle es sich darum, die Sozialisten „einzufangen" für eine verwässerte Öffnung nach links, die letztlich dazu berufen sei, jene einschneidenden Strukturreformen zu umgehen, die einzig und allein den Regierungseintritt der Sozialisten rechtfertigen können.

Das Nein des sozialistischen Zentralkomitees bedeutete das Ende der geplanten Regierung Moros. An seine Stelle trat mit einem zeitlich beschränkten Mandat die provisorische Regierung von Giovanni Leone. Die endgültige Entscheidung über die Beteiligung der Sozialisten an einer zukünftigen

Regierung fiel somit dem 35. Kongreß der PSI zu.

Seit Juni jedoch hat die allgemeine Lage Italiens sich erheblich verschlechtert. Die Rechtskreise haben die ihnen von Lombardi geschenkte Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen. Im Zuge einer durch die europäische Konjunktur bedingten Rezession begannen ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der besonders harte Winter 1962/63 machte große Importe von Lebensmitteln notwendig und verschärfte die landwirtschaftliche Krise, so daß es zu einem starken Anstieg der Preise kam. Die inflationistische Gefahr wurde verstärkt durch die verantwortungslose Haltung der Finanz- und Börsenkreise, die mit Hilfe der gemäßigten Presse eine alarmistische Kampagne ungeahnten Ausmaßes inszenierten. Die Börse fiel, die Sparer wurden kopfscheu gemacht, es begann eine in die hunderttausend Milliarden gehende Kapitalsflucht.

Dazu kam die Aufdeckung einiger Skandale, in die gerade die öffentlichen, staatlichen Körperschaften verwickelt waren — vom Staatsmonopol des Bananenimports zu dem Institut für Nuklearwesen und nicht zuletzt das Unglück von Longarone.

Der Kongreß der PSI wurde mit einer feierlichen Gedenkrede für die Opfer von Longarone eröffnet. Die Sozialisten haben den Tod ihres Bürgermeisters von Longarone und ihrer 150 Parteimitglieder zu beklagen. Und es tönte der Ruf nach einer strengen Fahndung der Verantwortlichen. Denn es ist kein Geheimnis, daß seit Jahren Stimmen laut geworden waren, die auf die drohende Gefahr hinwiesen, die der Damm von Vajont darstellte. Man weiß heute, daß Techniker und Geologen Zweifel geäußert hatten an der Eignung des Berges Toc für eine solche Konstruktion und daß, nach den ersten Bergrutschen, die zuständigen öffentlichen Stellen — trotz der dringenden Mahnrufe und Stellungnahme eben der sozialistischen Behörden von Longarone — keine energischen Maßnahmen ergriffen, sondern mit der privaten Elektrizitätsgesellschaft verhandelten, die bemüht war, eine Außerbetriebsetzung des Staubeckens zu verhindern, da sie Milliarden investiert hatte.

Sowohl die Wirtschaftslage wie die Korruptionsfälle und Skandale, die ihren Schatten auf den gesamten Staatsapparat werfen, mußten die Opposition innerhalb der DC gegen eine neue Öffnung nach links, gegen die Zusammenarbeit mit den Sozialisten versteifen. Am Vorabend des Kongresses war die allgemeine Lage in jedem Falle ungünstiger, als sie es im Juni war, und mußte daher eine Rückwirkung auf die Haltung der PSI haben.

Nach der St. Gregorius-Nacht hatte Lombardi trotz allem eine Spaltung der Partei vermieden. Er stellte sich dem Kongreß als Unterzeichner des von der autonomistischen Mehrheit verfaßten Dokumentes. Trotzdem war es zu erwarten, daß sich neben der Mehrheit und der Linken nun auch eine Sonderstellung der Gruppe Lombardi abzeichnen würde.

Pietro Nenni bestätigte in seiner einführenden Rede die Thesen der Mehrheit und beschwor die Sozialisten, eingedenk ihrer Unterlassungssünden, die 1922 zu der faschistischen Machtergreifung führten, nicht wieder ihre Stunde zu versäumen.

Der linke Flügel, der in den Vorkongressen 38,80 Prozent der Stimmen erhalten hatte, stellte seinerseits Bedingungen, um den Regierungseintritt der Sozialisten gutheißen zu können: Ablehnung jeder prinzipiellen Abgrenzung der Mehrheit nach links und die Aufrechterhaltung des marxistischen Prinzips der Einheit der Arbeiterklasse. Auf außenpolitischem Gebiet: Aktive Rolle Italiens für den Frieden und für die Entspannung innerhalb des Atlantikpaktes; eindeutige Absage an die Atomaufrüstung Europas und Deutschlands, „unter welcher Form auch immer", d. h. Ablehnung auch der multilateralen Atomrüstung; Verweigerung italienischer Basen für die Polaris.

Die Autonomisten antworteten mit dem Hinweis darauf, daß eine Koalition von Parteien auf Grund eines gemeinsamen Programmes bereits eine „Abgrenzung" nach allen Seiten bedeute; die Forderung der DC sei also formal zu interpretieren als ein Beruhigungsmittel für die kämpferische Rechte. Außenpolitisch gilt es, die heutigen Gegegenheiten klar zu erkennen: die ideologische und taktische Aufspaltung des sowjetischen Blockes infolge der Kontraste zwischen Moskau und Peking; der Entspannungswille der beiden Atommächte, der sich in der Kuba-Krise klar offenbart hatte.

Wo aber stand Riccardo Lombardi? Dies wurde zur entscheidenden Frage am zweiten Tage des Kongresses, und nach seiner programmatischen Rede kann man sagen, daß damit überhaupt die Arbeiten erst begannen, und zwar in dramatischer Spannung. Vom ersten Tag an war es klar geworden, daß die Partei, d. h. die Delegierten, scharf gespalten waren. Es kam zu Radauszenen, und mehrmals mußten die Vertreter der Fraktionen vom Ordnungsdienst getrennt werden. Die Feststellung der linken Gruppe, daß sie „das Haupt nicht beugen werde", falls die von ihnen gestellten grundlegenden Bedingungen von der Mehrheit nicht angenommen würden, ließ in diesem Klima die Möglichkeit einer Spaltung durchblicken. Das wußte auch Riccardo Lombardi. Seine Rede war eine ausgestreckte Hand an die Linke, eine scharfe Distanzierung von Nenni. Zunächst einmal leugnet Lombardi, daß es bei einer eventuellen Absage der Sozialisten an die DC zu dem von Nenni prophezeiten dramatischen Rechtsruck und Chaos kommen werde. Andererseits hält er dem linken Flügel vor, daß man nicht ungestraft „abwarten" könne, bis sich eine günstigere Konjunktur für die Durchführung eines sozialistischen Programmes ergäbe. Denn die neokapitalistische Struktur des modernen Italiens mache es durchaus möglich, daß in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine geplante Wirtschaftsordnung eingeführt werde, die auch die Vollbeschäftigung verwirkliche. Aber dies unter Ausschluß der Arbeiterschaft von den eigentlichen Machtzentren des Staates. Und wenn es soweit ist — sagte Lombardi — dann gibt es kein Zurück und keine Alternative mehr für uns. Die Sozialisten müssen also heute den großen Schritt tun, aber nicht unter dem Druck ideologischer Zukunftüberlegungen, die eine elastische Verhandlungsbasis rechtfertigen, sondern auf Grund klarer und eindeutiger Bedingungen: es müssen die Reformen der Struktur des Staates durchgeführt werden, damit die Machtzentren in die Hände der Sozialisten kommen; es muß eine Wirtschaftsstruktur geschaffen werden, die der Privatwirtschaft ein für allemal die Flügel beschneidet. Lombardi ging so weit, zu erklären, daß die Nationalisierung der Elektrizitätswirtschaft verlangt und durchgeführt wurde, obwohl es dazu nötig war, daß „wir das wirtschaftliche Chaos provozierten".

In der Frage der Abgrenzung der Mehrheit nach links hat sich Lombardi der These Nennis angeschlossen — sie jedoch in dem Sinne elastisch gemacht, daß er die Einheit der Arbeiterklasse nicht mehr nur im Gewerkschaftswesen verankert. Für ihn bedeutet Sozialismus heute die Ergreifung der Macht, die Kontrolle über die Machtzentren im Staat und in der Wirtschaft — also eine Politik auf Regierungsebene, in derem Interesse auch die Gewerkschaft eingespannt werden muß — die also die gesamte Arbeiterschaft angeht, wobei die Frage der Diskriminierung der Kommunisten eine untergeordnete Rolle spielt.

In der Außenpolitik lehnt Lombardi ebenfalls jede passive Angleichung an eine traditionelle Politik der NATO ab: Einsatz für die Entspannung, Suche nach neuen Wegen ihrer Verwirklichung, die auch neutralisierte und atomfreie Zonen nicht ausschließt; rigorose Ablehnung jeder Beteiligung an

Atomaufrüstung in Europa und in Deutschland; keine Bereitstellung von Basen in Italien; Ablehnung auch der multilateralen Formel.

Nach diesen programmatischen Erklärungen konnte Lombardi mit Recht an die Linke die Frage richten: warum wollt ihr unbedingt euer Programm gegen ein Programm ausspielen, das euer eigenes ist?

Die Taktik Lombardis war also klar auf eine Überbrückung der Gegensätze zum linken Flügel ausgerichtet, was seine Distanzierung von der Plattform der Autonomisten zur Folge hatte. Für Nenni stellte sich also die Frage, ob an eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Moro gedacht werden könne, nachdem Lombardi und die Linke Bedingungen gestellt hatten, die eine Krise in der Mehrheitspartei provozieren mußten.

Es wäre jedoch naiv, wenn man annehmen wollte, daß es bei einem solchen Kongreß, dessen letzter Akt die Wahl des Zentralkomitees ist, nur und einzig um ideologische Probleme und strategische Gegensätze geht. Nachdem sich eine Gruppe Lombardi geformt hatte, verlangte diese eine entsprechende Vertretung innerhalb des Zentralkomitees, das aus 101 Mitgliedern besteht. Nenni wußte, worum es Lombardi ging. Und so kam es, hinter den Kulissen des Kongresses, zu erneuten Verhandlungen zwischen den Autonomisten und den Anhängern Lombardis, mit dem Enderfolg, daß erstere auf die absolute Mehrheit im neuen Zentralkomitee verzichteten, um den Lombardianern 16 Plätze zu zedieren und die linke Minderheit in der Opposition zu verankern.

Pietro Nenni konnte also in seiner Schlußrede davon ausgehen, daß er mit der differenzierten Haltung eines Lombardi zu rechnen hatte, nicht aber mit dessen Übertritt in die Opposition. Und dies gab Nenni die Möglichkeit, in aller Schärfe (und nicht ohne ironische Kritik an denjenigen, die als Hauptthema eines Kongresses die Verteilung der Sitze in den leitenden Parteiorganen ansehen) die grundlegenden Thesen der Autonomisten zu bekräftigen: Die Notwendigkeit, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wohl wissend, daß man unter Verzicht einer revolutionären Entwicklung die eigenen Ziele nur stufenweise und auf Grund von Kompromissen erreichen könne. Der Verzicht auf die marxistische Revolutionstheorie jedoch ist die grundlegende Erkenntnis, zu der sich der moderne Sozialismus durchgearbeitet hat, der seine Rolle in der Einordnung in ein demokratisches, auf Freiheit aufgebautes System sieht, innerhalb desselben er für die soziale Entwicklung der Massen zu kämpfen hat.

Auch auf die unmittelbaren Probleme, die Mehrheit und Minorität trennen, hat Nenni eine klare Antwort gegeben. Abgrenzung der Mehrheit auf parlamentarischer Basis: Eine Regierungsmehrheit ist eine organische Einheit, die sich daher schon von allen Seiten abgrenzt. So wenig wie die Demokratisch - Christlichen annehmen könnten, daß eine Defektion in den eigenen Reihen zum Beispiel durch die Stimmen der Liberalen ersetzt wird, so wenig können die Sozialisten in einem solchen Fall die Stimmen der Kommunisten annehmen: eine Mehrheit, die nicht mehr von den eigenen Parlamentariern unterstützt wird, ist keine Mehrheit mehr und muß abtreten. Dies ist kein ideologisches Problem, noch bedeutet es eine „grundsätzliche" Abkehr von der Einheit der Arbeiterklasse. Denn, wie Nenni hinzufügte, die Bindung zwischen Kommunisten und Sozialisten trägt ein eigenes Gepräge, und auch die Polemik zwischen beiden ist eine ihnen eigene Sache, da beide sich aus einer gemeinsamen, historisch bedingten Ideologie entwickelten. Dasselbe gilt für jene Parteien, deren gemeinsames ideologisches Fundament der christliche Gedanke ist.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik hat

Nenni sich auf die Positionen der englischen Labour Party bezogen. Die italienischen Sozialisten müssen alles dazu tun, um zu vermeiden, daß es zu einer deutsch-französischen Aufrüstungspolitik kommt. Das Beharren Frankreichs auf einer eigenen „force de frappe" ist schon ein Übel — käme Deutschland dazu, so wäre es eine Katastrophe. In diesem Sinne ist die Haltung der Labouristen zu bewundern und nachzuahmen, die Amerika und Rußland die Kontrolle über die Atomwaffe überlassen wollen unter Verzicht auf nationale Atomrüstung. Im übrigen müssen die Sozialisten alle Wege unterstützen, die zu einer Entspannung und zu einer endgültigen Abrüstung führen können.

Mit der ihm eigenen Virtuosität hat also Pietro Nenni die Politik der Autonomisten vollauf bestätigt. Die Position der Gruppe Lombardi jedoch wird ohne Zweifel die neuen Verhandlungen mit der DC um die zukünftige programmatische Plattform einer neuen Regierung beeinflussen. Nenni hat dies bereits anerkannt, als er sagte, daß die Sozialisten eventuelle Neuwahlen nicht fürchten, unter der Bedingung allerdings, daß sie ihren Wählern beweisen können, alles getan zu haben, um zu einer Einigung zu kommen. Das heißt, der Bruch darf nicht das Werk der PSI sein, sondern der anderen Koalitionsparteien.

Andererseits steht außer Zweifel, daß dieser 35. Kongreß bewiesen hat, wie wenig die gesamte Partei bereit ist, auf ihre sozialistische Charakterisierung zu verzichten. Bei allen Gegensätzen ist die PSI heute eine starke, entschlossene Partei, die sich nicht in das Fahrwasser anderer Ideologien oder in das Schlepptau fremder Interessen einspannen läßt: ihr Programm ist ein sozialistisches Programm — auch wenn es sich um einen modernen Sozialismus handelt. Dies sind die Grenzen der Bewegungsfreiheit der Autonomisten, und damit sind auch die Grenzen gezogen für die zukünftigen Verhandlungspartner der PSI. Noch ehe die Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees bekannt war, konnte man aus dem Lager der demokratischen Parteien Stimmen hören, die Lombardis außenpolitische Thesen als hinreichenden Grund zum Bruch kennzeichneten. Noch während hinter den Kulissen des sozialistischen Kongresses um die Dosierung der Gruppenvertretungen verhandelt wurde, nahmen die Parteisekretäre der DC, der PSDI und der PRI Fühlung, um die Aussichten für eine Weiterführung der Verhandlungen zur Bildung einer nach links geöffneten Koalitionsregierung zu besprechen. Es besteht kein Zweifel, daß der Kongreß die PSI in einem betont sozialistischen Sinn gekennzeichnet hat. Dieser Stimmung hat Nenni Rechnung getragen mit seiner scharfen Kritik an der Sezession Saragats, die 1948 zur Bildung der sozialdemokratischen Partei führte. Damit war eine erste polemische Reaktion von seiten der zukünftigen Koalitionspartner ausgelöst.

Aber auch abgesehen davon haben die Endergebnisse des Kongresses eine gewisse Unsicherheit hervorgerufen. Die Autonomisten haben zwar eine klare Mehrheit erzielt mit einer Motion, die den Nennischen Thesen genau entspricht, aber Lombardi ist mit 16 Leuten im neuen Zentralkomitee vertreten, in dem die Autonomisten 49 Stimmen haben. Damit hat Lombardi die Möglichkeit, als Zünglein an der Waage zu fungieren. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß von den 16 nur sechs fest zu Lombardi stehen; die anderen sind Autonomisten, die zum erstenmal in der berühmten St. Gregorius-Nacht mit Lombardi stimmten und die heute noch von der Mehrheit als zu ihr gehörende Elemente angesehen werden.

Die Gegner der Öffnung nach links aus allen Lagern jedoch spielen natürlich die Karte Lombardi aus, um die Ergebnisse des Kongresses als negativ hinzustellen und die Möglichkeit frucht-

barer Verhandlungen mit der PSI in nächster Zukunft abzulehnen. Auffällig vorsichtig jedoch in ihren ersten Kommentaren ist die DC, während die Aldo Moro nahestehenden Kreise und Zeitungen unterstreichen, daß die Haltung Lombardis als ein Versuch gewertet werden muß, eine Annäherung des linken Flügels zu erreichen oder mindestens die Gefahren einer offenen Spaltung abzubiegen, während der klare Sieg der Autonomisten auf einer Plattform erfolgt ist, die zukünftige Verhandlungen zwar nicht leichter macht, jedoch in keiner Weise ausschließt.

Man kann also annehmen, auf Grund der ersten Reaktionen, daß die demokratisch-christliche Mehrheit und Moro entschlossen sind, den Versuch einer Koalitionsregierung mit Einschluß der Sozialisten wieder aufzunehmen. Womit die DC bestätigt, daß es keine Alternative gibt, solange die Mehrheitspartei eine Allianz mit den konservativen Kräften ablehnt. Sollte die Bildung einer nach links geöffneten Regierung mit den Sozialisten sich als unmöglich erweisen, so dürften Neuwahlen über kurz oder lang die einzig mögliche Lösung sein. Eine Lösung jedoch, vor der alle Parteien zurückscheuen. In diesem Sinn bestätigt sich Nennis Warnung, daß diesmal die Entscheidungen sowohl der Sozialisten wie der Mehrheitspartei schicksalsbestimmend sind für die politische Entwicklung Italiens in den nächsten zehn Jahren.

Lily E. Marx, Rom

Kanadisch amerikanische Krise

Kanadas Ministerpräsident Lester B. Pearson hatte vor drei Jahren als Führer der Liberalen Opposition gesagt: „Die Zeiten, in denen sich kanadische Politik automatisch den Bedürfnissen Washingtons anpaßt, sind vorüber!" Seither war aber die liberale Partei scheinbar von dieser These abgerückt. Im Wahlkampf der 1963er Parlamentswahlen war Pearson der einzige Politiker gewesen, der die Atombewaffnung kanadischer Streitkräfte propagierte. Die Liberalen konnten keine klare Mehrheit gewinnen und formten eine Minderheitsregierung.

Kanadas öffentliche Meinung lehnte Atomwaffen ab. Zwar akzeptierte man Pearson als eine Art „Übergangserscheinung". Denn während der letzten Monate der Regierung Diefenbaker hatte Kanadas Wirtschaft eine Reihe scharfer Rückschläge erlitten; daher war der Durchschnittskanadier nicht abgeneigt, den Liberalen eine Chance zu geben. Doch schien es einige Tage nach den Wahlen, als ob der Regierung Pearson nur eine kurze Amtsdauer beschieden sein würde. Denn jeder Zusammenschluß der Oppositionsparteien konnte zu einem Mißtrauensvotum und damit zum Sturze der Regierung führen. Pearson mußte vorsichtig regieren.

Wegen seiner Haltung während der Suez-Krise hatte Pearson den Friedens-Nobelpreis erhalten. Danach hat seine Befürwortung der Atombewaffnung seinem Ansehen als Friedensfreund geschadet. Der Durchschnittskanadier, der vor kurzem Pearson als einen „Ausweg" gewählt hatte, begann etwas kühler zu werden. Tommy Douglas, der Parteichef der sozialdemokratischen „New Democratic Party", erklärte sechs Wochen nach der Wahl, seine Partei würde eine Kernbewaffnung kanadischer Streitkräfte keinesfalls zulassen und, falls nötig, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragen und durchbringen. Es schien, als stünde der Fall der Regierung bevor.

Doch Pearson, dem die meisten Beobachter vor den Aprilwahlen wenig Schlauheit zugetraut hatten, entwickelte plötzlich politischen Spürsinn, der die Öffentlichkeit verwunderte. Am 5. September stellte er in einer Rede fest, die Atombewaffnung einiger kanadischer Verbände bedeute keineswegs totale Kontrolle der kanadischen Streitkräfte durch das Pentagon (eine

leider unrichtige Feststellung). Außerdem versicherte Pearson, Kanada würde wirtschaftlich „seine eigenen Wege gehen". Die Bitte einiger anwesender Journalisten, über vielleicht beabsichtigte wirtschaftliche „coups" weitere Einzelheiten mitzuteilen, beantwortete er mit einem vielseitigen Lächeln und — Schweigen. Zwei Wochen später brachte die CBC (Canadian Broadcasting Company) plötzlich die Nachricht: „Kanada verkauft an die Sowjetunion um fünfhundert Millionen Dollar Weizen zu einem dem Weltmarktniveau entsprechenden Festpreis, gegen Kasse oder kurzen Kredit, für sofortige Lieferung."

Es gab in Kanada kaum eine Gruppe, die dem Verkauf nicht aus vollem Herzen zugestimmt hätte. Alle größeren Zeitungen lobten die Initiative der Regierung. Die konservative Opposition stellte zwar fest, es sei die Regierung Diefenbaker gewesen, die die zu den Abschlüssen führenden Vorverhandlungen eingeleitet habe (eine nicht ganz richtige Feststellung), jedoch auch die Konservativen waren mit der Tatsache und den Bedingungen des Abschlusses einverstanden. Mit Ausnahme einiger radikal rechtsgerichteter Vertriebenenverbände konnte man tatsächlich in Kanada keinerlei organisierte Gruppe finden, die den Verkauf nicht befürwortet hätte.

Der Verkauf — der größte Getreideabschluß der letzten hundert Jahre — veränderte Kanadas Wirtschaftslage über Nacht. Der kanadische Dollar stieg um 0,5 % seines Wertes. Das Einkommen der westlichen Farmer verdoppelte sich; aber auch die Wirtschaft Ontarios und Quebecs erhielt einen starken Antrieb: Die Hafenanlagen Montreals und Quebecs, die die Verladung vor Eintritt des Winterfrostes vornehmen sollten, hatten eine ähnliche Konjunktur noch nie erlebt. Doch wäre es völlig falsch, zu glauben, daß der Optimismus, den die Getreideverkäufe in ganz Kanada auslösten, nur wirtschaftlicher Natur war: Denn nach Abschluß des „Test-stop-Abkommens" war der Großverkauf ein weiteres Zeichen, daß die Periode des Kalten Krieges langsam, aber sicher seinem von der ganzen Menschheit gewünschten Ende zuging. Die Leitartikel des „Toronto Globe and Mail" sowie des „Montreal Star", der beiden größten und einflußreichsten Zeitungen Kanadas, lobten die Weizenverkäufe vor allem in diesem Zusammenhang. Von 108 Leserbriefen an verschiedene Zeitungen des Landes konnte ich feststellen, daß 102 eine positive Stellung zu den Verkäufen einnahmen.

Die Reaktion der Vereinigten Staaten war jedoch denkbar unfreundlich. Die Hearstpresse beschuldigte Kanada, „die Interessen des NATO-Bündnisses um fünfhundert Millionen Dollar verkauft zu haben". Die „New York Times" stellte in einem Leitartikel fest, die kanadischen Verkäufe seien zu einem „ungünstigen Zeitpunkt" erfolgt. Der amerikanische Innenminister Udahl kritisierte die Tatsache, daß „Kanada den Weltmarktpreis für Weizen unterboten" habe. Diese Kritik wurde von vielen amerikanischen Zeitungen mit beistimmenden Leitartikeln nachgedruckt.

In Kanada begann man sich mit der Frage zu befassen: Warum reagieren die Vereinigten Staaten negativ auf die Weizenverkäufe? Washington hatte mit dem Abschluß des „Testbantreaty" eine Politik der Entspannung begonnen. Um außenpolitische Gründe konnte es sich daher kaum handeln. Nach einer Woche begann langsam die bittere Wahrheit durchzusickern: Die Vereinigten Staaten hatten mit der UdSSR in Direktverhandlung wegen Weizenverkäufe gestanden. Man war bereit gewesen, den Sowjets größere Quantitäten amerikanischen Weizens zu billigen Preisen und langem Kredit zu verkaufen. Die einzige zusätzliche Bedingung: Außenpolitische Eingeständnisse in verschiedenen Teilen der Welt. Nun hatte Kanada durch seinen eigenen bedingungslosen Verkauf den amerikanischen Politikern ihre Trumpfkarte aus

der Hand geschlagen. Sie mußten schließlich ihren amerikanischen Weizen den Russen ohne „Extrakonzessionen" verkaufen. Washington war wütend auf den kanadischen Bundesgenossen, obwohl es nie den wahren Grund seines Ärgers zugegeben hat. Lediglich Konrad Adenauer und Madame Nhu stellten mit Bedauern fest, es wäre besser gewesen, man hätte politische Bedingungen an den Verkauf geknüpft.

Die sowjetischen Käufer hatten einen kleinen Teil des kanadischen Weizens nach Kuba abdisponiert. Dies führte zu weiterer Verstimmung der amerikanischen Öffentlichkeit. Senator Barry Goldwater stellte in einer Rede in Tucson, Arizona, fest, es sei höchste Zeit, mit Kanada etwas schärfer umzugehen und falls nötig, die Verladung kanadischen Weizens nach Kuba mit Gewalt zu verhindern. Die Rede des Senators wurde zunächst wenig beachtet. Vier Tage später erinnerte man sich mit gutem Grunde an Goldwaters Worte. Denn plötzlich begann ein Streik der kanadischen Hafenarbeiter, der die Verladung des Weizens innerhalb einer Stunde völlig lahmlegte. Der Hafen von Montreal wurde von der Polizei hermetisch abgeriegelt, um Unruhen zu vermeiden. Keinerlei Schiffe konnten anlegen, verladen oder abfahren. Die Verfrachtung des Riesenauftrags stand still.

Der Streik war von der „Seafarers' Union" ausgegangen, einer kanadischen Filiale der rein amerikanischen AFL-CIO-Gewerkschaft, die von einem in Kanada lebenden amerikanischen Bürger, Hal Banks, geführt wurde. Diese Gewerkschaft, die beinahe alle Hafen- und Schiffsarbeiter umfaßte, wurde von Washington aus ferngelenkt, eine Tatsache, die seit vielen Jahren ein dauernder Zankapfel zwischen Washington und Ottawa gewesen war. „Die Tatsache, daß beinahe 70% unserer Wirtschaft amerikanischen Firmen gehört, ist schlimm genug", stellte der bekannte Journalist Leslie Roberts fest. „Aber noch schlimmer ist es, daß auch unsere Arbeitergewerkschaften von Washington kontrolliert werden; am allerschlimmsten aber ist es, daß diese Führung von einem Ausländer, der noch dazu Verbindung mit amerikanischen Unterweltsmitgliedern hat, ausgeübt wird." Diese Feststellung hatte Leslie Roberts eine Verleumdungsklage seitens Banks eingebracht; drei Wochen später verkündete jedoch der kanadische Richter Norris in einem 600 Seiten umfassenden Bericht, die Feststellungen Leslie Roberts seien sachlich richtig gewesen. Daraufhin verabschiedete das kanadische Parlament ein Gesetz, die von Amerika ferngelenkte „Seafarers' Union" unter staatliche Treuhänderschaft zu stellen.

Der unmittelbare Auftakt zum Streik, der den kanadischen Weizenversand nach der USSR zunächst stillegen sollte, ging vom amerikanischen Arbeitsminister Wirtz aus. Wirtz stellte fest, die kanadische Regierung habe keinerlei Recht, die „Seafarers' Union" unter Staatsaufsicht zu stellen. Kurz nach der in Washington gehaltenen Rede des amerikanischen Ministers verkündete die „Seafarers' Union" den Streik. Der Versand des kanadischen Weizens schien beendet.

Einen Tag später sprach ein verärgerter und erbitterter Lester Pearson vor dem kanadischen Parlament. „Der Arbeitsminister der Vereinigten Staaten hat sich in direkt brutaler Weise in die internen Verhältnisse Kanadas eingemischt", erklärte Pearson den laut applaudierenden Delegierten. „Wir Kanadier lehnen es ab, von Washington Anweisungen entgegenzunehmen. Wir sind und bleiben ein selbständiger souveräner Staat! Ich bitte die Mitglieder des kanadischen Parlaments um ihr Vertrauensvotum!"

Das Parlament erklärte sich einstimmig für Pearson. Zum erstenmal seit 18 Jahren unterstützte ein kanadisches Parlament einen Ministerpräsidenten ohne Gegenstimme oder Stimmenthaltung.

Pearson versuchte nunmehr, Präsident Kennedy telephonisch zu erreichen, was ihm erst nach 13 Stunden gelang — eine Tatsache, die weite Kreise der kanadischen Öffentlichkeit weiter verärgerte. Über sein Gespräch mit Kennedy stellte Pearson folgendes fest: Es sei freundlich, aber sachlich gewesen. Er habe sich über die Taktlosigkeit des amerikanischen Arbeitsministers Wirtz beschwert und habe dem Präsidenten mitgeteilt, Kanada behalte sich das Recht vor, die Souveränität im eigenen Lande ohne Einmischen fremder Länder auszuüben.

Vier Stunden nach Pearsons Telephongespräch mit Kennedy blies die Leitung der „Seafarers' Union" plötzlich den Streik ab. Er hatte neun Tage gedauert — neun Tage, die wegen der Frostgefahr des St. Lawrence Seaway kaum gutzumachen sind. Der Bürgermeister Montreals, Jean Drapeau, stellte in einer Rede fest: „Wir werden alle Lastautos, alle Getreidelader, alle Schiffe, die wir nur irgendwie herbringen können, einsetzen. Wir werden unsere Lieferungen an die USSR erfüllen!"

Die Ereignisse der letzten zwei Wochen haben bewiesen, daß Lester Pearson nicht unbedingt der „Mann Washingtons" ist, als der er während des letzten Wahlkampfes gegolten hatte. Trotzdem ist zu bezweifeln, ob Pearson ohne den Druck der öffentlichen Meinung Kanadas bereit gewesen wäre, seinen Stand der Unabhängigkeit zu bewahren. Im Hintergrund der Ereignisse steht die Tatsache, daß die Mehrheit des kanadischen Volkes den Weg der internationalen Entspannung gehen will und ein freies, unbeeinflußtes und unabhängiges Kanada fordert.

Peter Lust, Montreal

Die Lage

Dr. Achim v. Borries

Fragezeichen am Beginn der Kanzlerschaft Ludwig Erhards

In seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag hat der neue Bundeskanzler, Prof. Dr. Ludwig Erhard, am 18. Oktober unter anderem gesagt: „Meine Politik ist eine Politik der Mitte und der Verständigung." Man wird sich bei der Beurteilung der ersten Schritte des neuen Kanzlers wie auch seiner weiteren politischen Arbeit an diesen Grund-Satz Erhards halten müssen. Von der Regierungserklärung selbst konnte nicht erwartet werden, daß sie schon ein schlechthin neues gesamtpolitisches Konzept präsentieren werde. Wer dergleichen erhofft hatte, mußte schnell enttäuscht sein, aber er sollte sich fragen, ob er nicht von vornherein allzuviel allzuschnell erwartet habe. Um so berechtigter ist die Frage nach den Nuancen. Und hier wird, wer in den letzten Jahren wie diese „Blätter" Außen- und Innenpolitik der Regierungen Dr. Adenauers immer wieder als denk-

bar problematisch ansehen mußte, gewisse neue Akzente mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

Das gilt für die Außenpolitik insoweit, als Bundeskanzler Erhard sich einer Einsicht offenbar nicht verschließt, die seinem Vorgänger bis heute völlig fremd geblieben ist. Es heißt in seiner Regierungserklärung: „Wir haben unseren Blick vorwärts zu richten. Nicht nur die Bundesrepublik, sondern die ganze Welt ist im Begriff, aus der Nachkriegszeit herauszutreten. Die Völker sind in Bewegung geraten." Und es finden sich in dieser Regierungserklärung auch Sätze über die gegenwärtigen Bemühungen um eine weltpolitische Entspannung, die nicht nur im Ton, sondern auch in der Sache in deutlichem Gegensatz stehen zu den letzten Reden des Bundeskanzlers Adenauer:

> „Die Bundesregierung ist dennoch der Auffassung, daß Kontakte und Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nützlich sein können und daß sie mit dem Ziel fortgesetzt werden sollten, zu prüfen, ob es Möglichkeiten eines Abbaus der Spannungen gibt.
>
> Die Bundesregierung hat immer wieder mit Nachdruck die Forderung nach einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung erhoben und hält an dieser Forderung fest. Sie erscheint als der einzig sichere Weg, um den Ausbruch eines Krieges endgültig unmöglich zu machen. Aber da wir uns darüber im klaren sind, daß eine allgemeine und vollständige kontrollierte Abrüstung nur schrittweise verwirklicht werden kann, gebietet es unser Interesse, auch an weltweiten Teil-Maßnahmen mitzuwirken, sofern sichergestellt ist, daß sie das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West nicht zu unserem Nachteil verschieben und uns nicht diskriminieren."

Der außenpolitische Doktrinarismus seines Vorgängers, gerade in den vergangenen Monaten immer wieder erkennbar, das fruchtlose und überaus gefährliche Beharren auf den politischen Dogmen des Kalten Krieges scheint Ludwig Erhard fremd. Soviel geht aus der Regierungserklärung des zweiten Bundeskanzlers hervor — nicht mehr, nicht weniger. Eben auch nicht mehr. Das Studium dieser Erklärung macht unmißverständlich deutlich, daß es sich hier zunächst um noch sehr zaghafte Ansätze zu einer neuen, fruchtbaren außenpolitischen Konzeption handelt, keineswegs aber um die Grundlegung einer solchen Konzeption selbst. Das zeigen insbesondere die Thesen Erhards zum Deutschland-Problem. Es heißt dort u. a.:

> „Die Deutschland-Frage ist eine der Hauptursachen für die Spannungen in der Welt, und man kann nicht hoffen, diese Spannungen zu beseitigen, wenn die Deutschland-Frage ungelöst bleibt. In keinem Falle werden wir eine Maßnahme zu akzeptieren bereit sein, die den unbefriedigenden Stand, in dem sich das Deutschland-Problem befindet, statt zu verbessern, verschlechtern würde —, sei es, daß durch sie die unnatürliche Teilung unseres Landes sanktioniert oder gefestigt würde, sei es, daß eine Anerkennung oder auch nur eine internationale Aufwertung des Regimes der sowjetisch besetzten Zone mit ihr verbunden werde."

Man sieht: Sobald der neue Bundeskanzler auf die konkreten Probleme eingeht, weicht er auch schon jener von uns erwähnten so begrüßenswerten Einsicht wieder aus, daß die Welt in Bewegung geraten ist und die deutsche Politik Anschluß an diese Bewegung finden muß. Wenn Ludwig Erhard den amerikanisch-sowjetischen Entspannungs-Bemühungen gegenüber auch keineswegs die reine Obstruktionshaltung seines Vorgängers einnimmt: die grundsätzlichen außenpolitischen Postulate seiner Regierungserklärung unterscheiden sich doch nicht von denen Konrad Adenauers. Vergeblich wird man in dieser Regierungserklärung nach konkreten Vorstellungen über die Möglichkeiten einer Lösung des Deutschland-Problems im Sinne jener Postulate auch der neuen Bundesregierung suchen. Das ist nicht erstaunlich — denn nach Lage der Dinge gibt es solche Möglichkeiten nicht mehr, wie schon die letzten Jahre der Kanzlerschaft Dr. Adenauers

gelehrt haben. Die Kluft zwisen den Bonner Vorstellungen von der Lösung des Deutschland-Problems und den weltpolitischen Realitäten ist immer größer geworden — und auch der neue Bundeskanzler hat sie noch nicht geschlossen. Sie läßt sich nur schließen durch ein konsequentes wirklichkeitsgerechtes außenpolitisches Umdenken, wie man es bei Prof. Erhard vorerst vergeblich suchen wird.

So verstärkt sich denn, je eingehender man sich mit den ersten Verlautbarungen der neuen Bundesregierung beschäftigt, der Eindruck einer beunruhigenden Zwiespältigkeit, ja einer besorgniserregenden Zweideutigkeit, von der man noch nicht weiß, ob sie der Ausdruck einer gewissen Unklarheit in den Vorstellungen des neuen Kanzlers oder aber das Ergebnis der innerparteilichen und koalitionspolitischen Kompromisse ist, die er vor der Übernahme seines Amtes hat schließen müssen. Ein Beispiel für diese Widersprüchlichkeit ist nicht zuletzt die Ernennung des bisherigen Präsidenten des BvD, Krüger, zum neuen Vertriebenenminister. Bundeskanzler Erhard hat in der Regierungserklärung gesagt, die neue Bundesregierung werde der weiteren Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten „ihre volle Aufmerksamkeit widmen. Sie ist bereit, mit jedem dieser Staaten Schritt für Schritt zu prüfen, wie man auf beiden Seiten Vorurteile abbauen und vorhandenen Sorgen und Befürchtungen den Boden entziehen kann". So weit, so gut. Doch es läßt sich schwer begreifen, wie die „vorhandenen Sorgen und Befürchtungen" der vom nationalsozialistischen Deutschland heimgesuchten osteuropäischen Völker gemildert oder gar, wie es zu wünschen wäre, entkräftet werden sollen, wenn als Vertriebenenminister ein Mann in die neue Bundesregierung berufen wird, dem nicht gerade der Ruf eines besonnenen Verständigungspolitikers vorausgeht. Kaum Minister geworden, hat Herr Krüger denn auch schon aus seinen politischen Überzeugungen kein Hehl gemacht. Wenige Tage nach seinem Amtsantritt forderte er die Wiederherstellung Deutschlands, des, wie er in einem Interview mit der „Welt am Sonntag" sagte, „dreigeteilten" Deutschland, in den Grenzen von 1937. Das bedeutete nichts anderes als den von Krüger auch ausdrücklich erhobenen Anspruch auf Rückgabe der Gebiete östlich von Oder und Neiße an Deutschland. Nur mit Betroffenheit wird man solche Äußerungen zur Kenntnis nehmen können, und dies um so mehr, als der neue Vertriebenenminister nicht grundlos erklärt hat, er spreche damit nicht für sich allein, sondern für die neue Regierung. Tatsächlich weist auch die Regierungserklärung Prof. Erhards in diese Richtung. Wir können uns nur der Auffassung des „Kölner Stadtanzeigers" anschließen, der zu den Erklärungen Krügers am 22. Oktober schrieb:

> „Krüger ist, wie jetzt bekannt wurde, der einzige Minister, den Erhard selbst ausgesucht hat. Wenn der neue Kanzler nicht schleunigst von dieser Erklärung des Vertriebenenchefs abrückt, wird man schließen müssen, daß diese Ernennung kein Zufall, kein Mißgriff, sondern ein Programm war. Bundesaußenminister Schröder kann dann die Akten über viele Monate einer neuen, behutsam sich vortastenden Ostpolitik schließen, und die Handelsmission der Bundesrepublik in Warschau kann getrost nach Hause fahren."

Tatsächlich wäre nichts verhängnisvoller als eine Fortsetzung dieser Zweideutigkeiten in der Konzeption der neuen Bundesregierung. Nur wenn Bundeskanzler Erhard sich mit Konsequenz von den Kräften befreit, die bisher die Exponenten eines ausgesprochen „harten Kurses" in der Außenpolitik (und, nicht zufällig, auch in der Innenpolitik) waren und es noch sind, nur wenn sich seine Regierung von diesen Kräften emanzipiert, wird sie ihrem eigenen Grundsatz folgen und eine „Politik der Mitte und der Verständigung" verwirklichen können.

Eine solche Emanzipation der Bonner Politik von den Wortführern des Kalten Krieges setzt aber auch eine weit entschiedenere Haltung jenes zahlenmäßig

durchaus nicht mehr schwachen, sich seiner potentiellen Stärke aber bisher kaum bewußten Teiles der deutschen Öffentlichkeit voraus, der sich bei seinen außenpolitischen Überlegungen von der Einsicht leiten läßt, daß nur eine konsequente deutsche Entspannungspolitik der Weg zur Sicherheit und der unerläßliche Umweg zur Wiedervereinigung Deutschlands ist. Noch besteht die Gefahr, daß eine Minderheit blindwütig-verständigungsfeindlicher Scharfmacher durch nackten Terror schon die bloße öffentliche Erörterung neuer politischer Konzepte zu verhindern sucht. In zweifacher Hinsicht schockierend und lehrreich waren in diesem Zusammenhange die Geschehnisse in Dortmund am 24. Oktober. Wir zitieren hier zunächst aus dem diesbezüglichen Eigenbericht der FAZ:

> „Im Zusammenhang mit den vorsichtigen Schritten Bonns zu einer beweglicheren deutschen Ostpolitik hatte das ‚achte Ostseminar der Stadt Dortmund' dem öffentlichen Gespräch die Frage vorangestellt: Verständigung mit Polen — aber wie? Von polnischer Seite waren zwei in Bonn akkreditierte Warschauer Journalisten erschienen. Über 500 Menschen hatten sich als Zuhörer eingefunden. Unter ihnen befanden sich die Randalierer, die den Verlauf des Abends störten. Umsonst bat der Diskussionsleiter um Sachlichkeit und Toleranz. Die deutschen und die polnischen Gesprächspartner wurden wiederholt von Zwischenrufern provoziert. Als die beiden polnischen Sprecher den Standpunkt ihrer Regierung wiederholten, für Polen sei die Oder-Neiße-Linie kein Grenzproblem mehr, sondern die selbstverständliche Voraussetzung für den Frieden, wurden Rufe laut wie: Polen raus . . .
>
> Deutsche Gesprächsteilnehmer, die für eine Aussöhnung mit den Polen eintraten, mußten sich von aggressiven Zwischenrufern als Verräter bezeichnen lassen . . .
>
> Das Gebäude, in dem das deutsch-polnische Gespräch stattfand, mußte zeitweilig von Einsatzkommandos der Polizei geschützt werden. Ein anonymer Anrufer hatte gedroht, unter dem Podium werde eine Bombe hochgehen, wenn nicht noch in letzter Minute die ganze Diskussion verboten werde." (FAZ v. 25. 10. 63)

Besorgniserregender noch als dieser Terror einer amoklaufenden Minderheit erscheint uns die Tatsache, daß offenbar die zahlenmäßig weit stärkeren Einsichtigen und Besonnenen der Terroristen nicht Herr geworden sind, sondern sich von ihnen haben das Gesetz des Handelns aufzwingen lassen. Der Vorfall zeigt einmal mehr, daß es leichtfertig wäre, in der üblichen Weise von einer „verschwindenden Minderheit" Radikaler zu sprechen, von der keine ernsthafte Gefahr drohe. Eine solche droht durchaus, solange die Mehrheit nicht bereit ist, mit Entschiedenheit für eine Politik der Vernunft und der Verständigung einzutreten, wenn es sein muß, in offener Auseinadersetzung mit jenen Scharfmachern.

Und noch etwas muß zu diesem „Fall Dortmund" gesagt werden, der in mancher Hinsicht an den nicht weniger symptomatischen „Fall Marburg" vom Januar 1961 erinnert (damals wurde der zu einer öffentlichen Diskussion eingeladene Volkskammerpräsident Dieckmann buchstäblich niedergeschrien und mit dem Lynchmord bedroht. Vgl. 2/61, S. 167 ff.). In beiden Fällen hat man nachher beschwichtigend gesagt, natürlich seien solche Ausschreitungen nicht im Sinne der Bundesregierung, sondern eben nur die Sache einer kleinen extremistischen Gruppe. Aber so einfach wird man es sich nicht machen dürfen. Die allen Beteuerungen zum Trotz seit Jahr und Tag einem wirklichen Ausgleich mit den osteuropäischen Völkern entgegenstehende Doktrin der Bundesregierung und der von ihr getragenen Kräfte hat immer wieder jene Radikalen ermutigt. Sie ziehen nur die letzte Konsequenz aus der notorischen Intransigenz Bonns in der Frage einer Entspannungspolitik gegenüber dem Osten, sei es die Sowjetunion, sei es Polen, sei es die DDR. So wird man denn auch einen höchst beunruhigenden inneren Zusammenhang zwischen der Berufung des Herrn Krüger zum Vertriebenenminister und dem Terror von Dortmund sehen müssen. Und abermals wird man

sich der Zweideutigkeit und Widersprüchlichkeit der Regierungserklärung des neuen Kanzlers bewußt.

Wer heute noch den seit Jahren in der Bundesrepublik propagandistisch geförderten ostpolitischen Illusionismus unterstützt, und sei es nur dadurch, daß er es an entschiedenem Widerspruch gegen alle diese Tabus und ihre Repräsentanten fehlen läßt, der bereitet einem Anti-Verständigungs-Terror im Stile Marburgs und Dortmunds, aber in einem viel größeren Rahmen, den Weg. Daran ist die deutsche Öffentlichkeit heute ebenso zu erinnern wie die Regierung des Bundeskanzlers Erhard. Das schlimmste bei alledem ist nun wiederum die Haltung der SPD. Auch sie ist gerade in der Frage Oder-Neiße-Grenze von kaum noch überbietbarer Zweideutigkeit. Der Regierungserklärung Erhards haben die Sozialdemokraten ausgerechnet dies vorgeworfen: daß sie nicht eindeutig genug vom Heimatrecht aller Deutschen gesprochen habe. In einem Gespräch mit Repräsentanten der Vertriebenen haben maßgebliche SPD-Politiker unmittelbar nach der Übernahme der Regierung durch Erhard Erklärungen abgegeben, die gar nichts anderes darstellen als eine neue Ermutigung des von uns schon einmal erwähnten ostpolitischen Illusionismus. Ja, man hat den Eindruck, als wolle nun auch die SPD die Vertriebenenverbände als eine Art Kader-Truppe im „Kampf um das Selbstbestimmungsrecht" benutzen, ein Unterfangen, das nur zu einer neuen Stärkung der unbedingt verhandlungs- und verständigungsfeindlichen Elemente in der Bundesrepublik führen kann. Wir zitieren dazu aus der „Frankfurter Rundschau" vom 23. Oktober:

> „Der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Jaksch, SPD, wies darauf hin, daß die Vertriebenen bei der Vertretung des deutschen Rechtsstandpunktes gerade jetzt besonders aktiv sein müßten. Der einzige moralische Ausgangspunkt für die Vertretung ihrer Belange sei das Selbstbestimmungsrecht. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner erklärte bei dem Gespräch, die SPD werde beharrlich das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen vertreten. Dabei dürfe der deutsche Rechtsstandpunkt weder verschwiegen noch verwischt werden."

Zusammenfassend sei hier zum außenpolitischen Teil der Regierungserklärung Prof. Erhards gesagt: Gewisse Differenzierungen in der Stellungnahme zu den Problemen unserer Westpolitik sind unverkennbar und lassen erkennen, daß die neue Bundesregierung keineswegs gewillt ist, der vor allem aus militär-politischen Gründen ausgesprochen de Gaulle-freundlichen Gruppe Adenauer, Brentano, Krone und Strauß zu folgen, vielmehr das Hauptproblem in der angemessenen Koordination ihrer eigenen mit der amerikanischen Außenpolitik sieht. Das schließt freilich eine Fortsetzung des Strebens nach atomarer Gleichberechtigung und Mitsprache, nun auf dem Wege über die viel diskutierte „multilaterale Atomstreitmacht", nicht etwa aus, sondern ein. Und das wiederum bedeutet abermals den Primat der Militärpolitik gegenüber einer echten, d. h. vor allem nach politischen Lösungen für politische Probleme suchenden Außenpolitik.

Zum anderen werden ungeachtet gewisser Nuancierungen die ostpolitischen Probleme denen der Westpolitik eindeutig nachgeordnet, kaum je als eigenständige deutsche politische Lebensprobleme verstanden. Nach wie vor wird man in Bonn vergeblich nach einer gesamtpolitischen Konzeption suchen, die dem außerordentlich komplizierten Wechselverhältnis zwischen west- und ostpolitischen Problemen, damit unserer eigenen Lage als geteiltes Land zwischen Ost und West, Rechnung trägt.

Diese noch keineswegs überwundene, fast vollständige Vernachlässigung der Ostpolitik ist nicht zuletzt auf die jahrelange, nahezu unangefochtene Herrschaft gewisser außenpolitischer Schlagworte und Tabus in der Bundesrepublik zurückzuführen. Eine ernsthafte außenpolitische Diskussion hat es in diesem Lande seit

Jahr und Tag weder im Parlament noch in der Öffentlichkeit gegeben. Nicht daß es an Alternativ-Vorschlägen zu der antiöstlichen Aufrüstungspolitik der Regierungen Adenauer gefehlt hätte. Doch über diese Vorschläge ist nicht sachlich diskutiert, sondern lediglich in denunziatorischer Weise gerichtet worden. Dies vollends seit der außenpolitischen Schwenkung der SPD. Die Folge war und ist ein erschreckender Tiefstand des politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik. Zu ihm hat sehr maßgeblich Konrad Adenauer mit seiner immer wieder demonstrierten Verachtung für die Intellektuellen und das Intellektuelle beigetragen. Die politisch wachen Intellektuellen wurden gleichsam zu Narren oder etwas noch Schlimmerem gestempelt. Der Kanzler verbat sich ein „Dreinreden" in die Geschäfte der Berufspolitiker von seiten derer, denen er von vornherein jeden politischen Sachverstand absprach. Dementsprechend war dann auch das Niveau einer aller sachlichen Erörterung ein für allemal entzogenen, dafür von einer gewaltigen Propaganda getragenen Außenpolitik. Ihr Fiasko ist allzu offenbar und in diesen „Blättern" auch schon allzu oft behandelt worden, als daß es in diesem Augenblick noch eines besonderen Wortes darüber bedürfte.

Der neue Kanzler hat in seiner Regierungserklärung gesagt, das Handeln entspringe anderen Gesetzen als das Denken, gleichwohl seien beide aufeinander angewiesen.

> „So sollten die Politiker auch das Gespräch mit denen suchen, deren Beruf es ist, über die Geschäfte der Menschen nachzudenken. Vielleicht wird dann der Rahmen deutlicher, in dem sich unser Handeln vollzieht und wie dieses sinnvoll angelegt sein sollte. Dieser Dialog scheint mir besser als eine einseitige Polemik gegen die Intellektuellen."

Dergleichen hat man bisher aus Bonn nicht gehört. Und so wird man diese Passage aus der Regierungserklärung zu ihren erfreulichsten zählen dürfen. Man kann nur hoffen, daß es sich dabei um einen Grundsatz handelt, dem entsprechende Taten folgen, und nicht nur um den Versuch einer Art entwaffnenden Umarmung der nicht grundlos Bonn gegenüber kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik.

Gerade auch die Außenpolitik der Bundesrepublik bedarf, und in diesen Monaten der Entspannungs-Diskussion zwischen Ost und West mehr denn je, des Dialoges von politischer Macht und Geist, von dem kürzlich in besonders eindrucksvoller Weise Prof. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker gesprochen hat. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".) Weizsäcker bedauerte in seiner großen Frankfurter Rede unter anderem das Fehlen einer breiteren Schicht von Kennern der Strategie der Abrüstung in diesem Lande und sieht darin einen Ausdruck des „politischen Provinzialismus der Bundesrepublik". Und er sagte: „Verstünden wir mehr von diesen Fragen, so würden wir vielleicht weniger in Versuchung sein, uns auf Grund spezieller nationaler Interessen, so wichtig sie für uns sind, notwendigen internationalen Schritten in den Weg zu stellen." Für Konrad Adenauer waren, wenn es einmal so formuliert werden darf, politischer Macht-Verstand und politischer Sach-Verstand identisch — die politische Bilanz der Ära Adenauer sieht dementsprechend aus. Wenn der neue Kanzler sich von einer solchen Identifizierung dessen, was gerade heute nicht dasselbe ist, sondern sich ergänzen muß, frei hält, positiv gesagt: wenn er zu einer ernsthaften Zusammenarbeit gerade auch mit der kritischen Intelligenz bereit ist, dann ist viel gewonnen für die Grundlegung und die Realisierung einer neuen, wirklich durchdachten Bonner Außenpolitik. An Anregungen, Ansätzen, konkreten Vorschlägen fehlt es weniger denn je. Erinnert sei an entsprechende außenpolitische Thesen etwa Golo Mann's, Hermann Rauschning's, Harold Rasch's, Karl-Hermann Flach's, Sebastian Haffner's u. a. Nichts wäre falscher als die Vorstellung, es gäbe heute nur die außenpolitische Konzeption der Regierung Adenauer, deren Unsinnigkeit offen-

bar ist — und keinerlei Alternative. Wer sich nicht an Tabus und Schlagworte klammern will, der findet sehr leicht den Ansatzpunkt für eine andere Konzeption. Und wenn Prof. Erhard gemäß seinem Wort von der „Politik der Mitte und der Verständigung" handeln will, dann wird er zumindest der blindwütigen, zudem ganz und gar undemokratischen Verketzerung jener außenpolitischen Alternativ-Thesen entgegentreten und zu einer wirklich sachlichen außenpolitischen Diskussion auch in der Öffentlichkeit bereit sein müssen.

Man wird nun allerdings gut tun, die Tragweite jenes Erhard-Wortes über den Dialog mit den Intellektuellen nicht zu überschätzen. Nicht nur, daß vorerst die anti-intellektuellen Tendenzen in der Bundesrepublik, durch jahrelange Propaganda gefördert, außerordentlich stark sind: es gibt gerade aus allerletzter Zeit ein Beispiel dafür, daß der neue Bundeskanzler Wort und Rat der Intelligenz doch nur in begrenztem Maße ernst zu nehmen gewillt oder in der Lage ist. Kurz vor der Regierungsumbildung hat ein großer Kreis namhafter Professoren, Schriftsteller, bildender Künstler etc. — und nicht er allein — den damaligen Vizekanzler Erhard telegrafisch gebeten, in sein Kabinett den durch die Affäre „Bundesamt für Verfassungsschutz" schon damals diskreditierten Bundesinnenminister Höcherl nicht aufzunehmen. In der Zwischenzeit haben sich weitere Anhaltspunkte für eine Belastung jenes Amtes und des Bundesinnenministers ergeben, ohne doß der neue Kanzler daraus Konsequenzen gezogen hätte. Herr Höcherl gehört der Regierung Erhard an — und das bedeutet nun innenpolitisch dasselbe wie außenpolitisch die Berufung des Herrn Krüger zum neuen Vertriebenenminister. Das Bekenntnis Prof. Erhards zur Sicherung der Freiheit in der Bundesrepublik, so begrüßenswert es ist, bedarf noch ebenso wie sein Wort über eine Verständigung mit den osteuropäischen Nationen der Bestätigung durch die T a t. Die Wiederernennung Hermann Höcherl's zum Bundesinnenminister ist nicht dazu angetan, das so notwendige Vertrauen der Öffentlichkeit zur neuen Bundesregierung zu fördern. Wiederum sehen wir Zweideutigkeiten und Widersprüche.

Es liegt im Interesse der Regierung Erhard selbst, daß sie sich auch in innenpolitischer Hinsicht als unzweideutig vertrauenswürdig erweist, willens und imstande, das auch in dieser Hinsicht böse Erbe der Ära Adenauer zu überwinden. In seiner Regierungserklärung hat der neue Kanzler in den Spuren des alten wiederum von der Dringlichkeit einer Notstandsgesetzgbung gesprochen. Es ist ihm darauf von Otto Brenner, dem Vorsitzenden der IG-Metall, eine sehr naheliegende Antwort zuteil geworden, die gerade einem Manne wie Ludwig Erhard, der sich nach seinen Worten als Kanzler des ganzen deutschen Volkes und nicht nur als Repräsentant seiner Partei versteht, nicht gleichgültig sein kann:

> „Bedauerlicherweise hat Erhard nichts Neues zur Notstandsfrage gesagt. Auch ihm hätten die „Spiegel"-Affäre und die Abhöraffäre zu denken geben müssen. Wer nach diesen Vorfällen unverändert an dem Standpunkt festhält, es bedürfe in der Bundesrepublik zum Schutze der Demokratie einer Einschränkung der Grundrechte, der hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Wir sehen darin jedenfalls eine Bestätigung der auf dem letzten DGB-Kongreß in Hannover gefaßten Beschlüsse. (Metall v. 29. 10. 63)

Das Mißtrauen gegen alle gouvernementalen Absichten ist in den letzten 12 Monaten, seit und infolge der „Spiegel"-Affäre, ständig gewachsen. Die neue Regierung wird ihm Rechnung tragen müssen — oder es wird auch ihr, je länger, desto mehr, nur die Flucht nach vorn, in immer neue fragwürdige Praktiken zur Ausschaltung der Kritik bleiben. Welche Hypotheken sie übernommen hat, das mag unter anderem ein Aufsatz in der Züricher „Tat" vom 25. Oktober deutlich machen. In einem Rückblick auf „Ein Jahr Spiegel-Affäre" schreibt der als politi-

scher Publizist hochangesehene Deutschland-Redaktor des Schweizer Blattes, F. R. Allemann, u. a.:

„Die Fülle der Rechtswidrigkeiten und Ungeschicklichkeiten, die mit den Maßnahmen gegen ein angebliches — und bis heute nicht erwiesenes — publizistisches „Verbrechen" verbunden waren, erscheint im Rückblick nach Jahresfrist vollends als das, was man schon im ersten Augenblick hinter ihr vermuten mußte: als Symptom einer Rechtsunsicherheit, die bestürzen muß, und als Ausdruck einer politischen Instinktlosigkeit, die in den Annalen demokratischer Regierungen nicht so leicht ihresgleichen findet. Was als Skandal begann, hat sich als Skandal fortgesetzt: Wenn Publizisten, gegen die so schwerwiegende und ehrenrührige Anklagen erhoben wurden, ein Jahr nach ihrer nächtlichen Verhaftung noch nicht wissen, ob sie überhaupt vor den Richter zitiert werden oder nicht, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Malaise über die politische Justiz der Bundesrepublik weiter um sich greift und durch alle begütigenden Erklärungen nicht mehr zu zerstreuen ist."

Die Bundesrepublik bedarf heute einer außenpolitischen Entspannungskonzeption nicht allein um der Sicherung unserer äußeren Freiheit und um der langfristigen Vorbereitung der Wiedervereinigung willen. Eine solche Entspannungspolitik ist unerläßlich auch als Voraussetzung für eine innenpolitische Gesundung des Staates. Je länger der Kalte Krieg dauerte, ein je aktiverer Faktor die Bundesrepublik darin wurde, desto mehr wuchs auch die Bedrohung unserer inneren Freiheit — in immer stärkerem Maße ist durch uns selbst das gefährdet worden, was wir außenpolitisch durch vermeintliche „Stärke" glaubten verteidigen bzw. erringen zu können. So muß man gerade auch im Interesse einer Regeneration der Demokratie in der Bundesrepublik auf weitere Schritte zur Entspannung beharren. Umgekehrt aber setzt eine deutsche Entspannungspolitik, die Freiheit und Sicherheit des deutschen Volkes fördert, eine Auseinandersetzung mit all jenen Kräften in der Bundesrepublik voraus, die im Kalten Krieg die Chance sah, ihre innenpolitische Macht ein für allemal zu etablieren und der demokratischen Kontrolle und Bestätigung mehr und mehr zu entziehen. Wir haben an anderer Stelle von der sei es offen, sei es latent terroristischen Minderheit gesprochen, die um jeden Preis eine Politik der Verständigung und des Interessenausgleichs zu verhindern versucht. Es ist diese Minderheit, von der, zusammen mit den mächtigen bürokratischen Tendenzen, die größte Gefahr auch für die innere Freiheit der Bundesrepublik ausgeht. Außen- wie Innenpolitik der Regierung Erhard werden vor allem danach zu beurteilen sein, ob und inwieweit sie dieser Minderheit, die sich nicht zuletzt aus Erhards eigener Partei rekrutiert, entgegentritt. An Rückhalt in der öffentlichen Meinung und in breiten Schichten der Bevölkerung, unabhängig von spezifisch parteipolitischen Interessen, wird es dem neuen Kanzler nicht fehlen, wenn er zu erkennen gibt, daß er wirklich bereit ist, erste Schritte auf dem Wege der politischen Vernunft zu tun.

Abgeschlossen am 3. November 1963

„Den Deutschen könnte die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen seit 1914 zeigen, daß in den gierigen Träumen, daß in den apokalyptischen Fragestellungen, mit Rußland gegen den Westen, mit dem Westen gegen Rußland, das Heil nicht liegt. Deutschland hat Illusionen und bitteres Ende der Machtpolitik wie kein anderes Land erfahren. Es kann heute keine machtpolitischen und auch keine territorialen Ziele verfolgen. Selbst in dem Ruf nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937 stimmt etwas nicht. Nicht bloß Hitler, alle deutschen Politiker haben ja über diese Grenzen Zeter und Mordio geschrien, solange sie bestanden. Die Länderordnung

von Versailles war eine viel zu künstliche, gebrechliche, allseits unbefriedigende, als daß die Rückkehr zu ihr heute ein konstruktives Ziel wäre. Und das trifft selbst auf die Grenzen von 1914 zu. War Deutschland denn mit denen zufrieden? Man kann nicht in die Vergangenheit zurück; am wenigsten in eine so momentane, zufällige, von andern, gleichfalls vergangenen Dingen abhängige vergangene Ordnung wie die von 1871 oder 1919. Das Zerstörte, mutwillig Gewagte, mutwillig Verlorene läßt sich nicht wiederherstellen. Deutschlands politische Ziele können heute nur funktioneller Natur sein: wirtschaftlich, moralisch, praktisch. Der Besiegte von 1945 hätte noch einmal die Chance, die der Besiegte von 1918 in den Wind schlug: auszubrechen aus dem verhexten Kreis der Streitereien um fiktive Gegenstände, um Expansion, Imperium, Prestige, Sicherheit und glaubensleere Religionen. Diese Chance wahrzunehmen, wird ihm von außen schwer genug gemacht; und nicht bloß von der russischen Seite. Aber das Außen gibt nie eine volle Erklärung und Entschuldigung dessen, was wir selber sind und tun."

Golo Mann, Deutschland und Rußland im 20. Jahrhundert, 1950, abgedruckt in: Geschichte und Geschichten, Seite 240.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Konrad Adenauer – ein Kapitel westlicher Außenpolitik

Der große Vereinfacher

„Wenn ich jetzt gehe, dann scheide ich nicht mit frohem und freiem Herzen", sagte Konrad Adenauer beim Abschiedsempfang, den ihm die Bundespressekonferenz am 14. Oktober in der Godesberger Redoute gab. „Mit frohem und freiem Herzen hätte ich mich verabschiedet, wenn für den Weizenverkauf an Sowjetrußland die Mauer gefallen wäre."

Man weiß nicht, was man mehr bestaunen soll: das totale Unvermögen des scheidenden Kanzlers, die politischen Weltverhältnisse einzuschätzen, oder die geduldige Nachsicht, die seine Zuhörer ihm bei diesem Bekenntnis entgegenbrachten. Daß der Westen imstande und willens gewesen wäre, von den „Sowjets" den Abbruch der Berliner Mauer zu verlangen, bevor sie für ihr gutes russisches Gold die amerikanischen Weizenüberschüsse kaufen dürfen —, das konnte nur noch Konrad Adenauer annehmen.

Er ist sich treu geblieben — sich und den Denkschablonen des Kalten Krieges, sich und seiner unnachahmlichen Fähigkeit zur Übervereinfachung der weltpolitischen Zusammenhänge. Es ist begreiflich, daß er schweren Herzens gegangen ist. Für den Mann, der 1952 im Hochgefühl des nahenden westlichen Sieges über den deutschen „Todfeind" und im Bewußtsein, diesmal auf „der richtigen Seite" zu sein, öffentlich erklären konnte, er hoffe, daß ihm noch Gelegenheit gegeben

werde, auch die „osteuropäischen" Angelegenheiten zu regeln, muß es eine bittere Enttäuschung sein, statt der Neuordnung Osteuropas die Mauer in Berlin zu hinterlassen. Es fällt schwer, zu begreifen, wie man auf den Gedanken gekommen ist, diesen Mann mit Bismarck zu vergleichen.

Bismarck wußte, daß Politik „die Kunst des Möglichen" ist. Adenauer wollte das Unmögliche. Bismarck glaubte, ein „Spiel mit fünf Kugeln" spielen zu müssen, um das künstliche Staatsgebilde seines Deutschen Reiches zwischen den Großmächten erhalten zu können. Adenauer setzte alles auf die Karte des Westens und half dadurch die Spaltung Deutschlands zu vertiefen. Zwei einander sich ausschließende Dinge wollte er vereinen: die militärische und wirtschaftliche Westintegration der Bundesrepublik und die Wiederherstellung der gesamtdeutschen Einheit. Es war der verhängnisvollste Fehler seiner Politik, daß er dabei das Wesen der östlichen Weltmacht so gründlich mißverstanden hat wie kein deutscher Staatsmann vor ihm. Es war die Verkennung der geographischen Lage Deutschlands und der geschichtlichen Bestimmung Mitteleuropas, die den rheinischen Kommunalpolitiker Adenauer dazu verführte, die weltpolitische Tatsache zu übersehen, daß das deutsche Volk als Nation nur existieren kann, wenn es sich weigert, die Avantgarde des Westens gegen den Osten zu sein. Es war der Grundirrtum des in der großen Politik unerfahrenen Kölner Oberbürgermeisters, fest darauf zu vertrauen, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion für immer miteinander verfeindet bleiben müßten und keine gemeinsamen Interessen haben könnten. Adenauers Herz schlug (getreu seiner politischen Herkunft in der Weimarer Republik) für Paris — nicht für Weimar oder Berlin, die „heidnische Stadt". Die Aussöhnung mit Frankreich ist sein Werk. Ob es ein historisches Verdienst genannt werden kann, muß dahingestellt bleiben. Denn diese Aussöhnung erfolgte auf der Grundlage der deutschen Teilung, also im Sinne einer jahrhundertelangen französischen Machtpolitik, deren Richtlinien schon Richelieu festgelegt hat. Das Bündnis Adenauers mit de Gaulle aber hat die engen Beziehungen zu den USA gelockert, die der Kanzler einst als „anerkannte Führungsmacht des Westens" gepriesen hat. Und so mußte der große Vereinfacher, als der Adenauer in die Annalen der Nachkriegszeit eingehen wird, am Ende seiner Regierungszeit feststellen, daß die Weltverhältnisse doch nicht so leicht auf einen simplen Nenner zu bringen sind, wie es die populären Schlagworte der acht siegesgewissen fünfziger Jahre wollten. Von 1950 bis 1958 ging es gut. Dann kam die große Wende. Die ersten Sputniks kreisten um die Erde. Die „Politik der Stärke" war gescheitert, und der Stern des ersten deutschen Bundeskanzlers mußte verblassen.

Die Bundespressekonferenz schenkte ihm zum Abschied einen goldenen Füllfederhalter, mit dem er seine Memoiren schreiben solle. Wir dürfen gespannt darauf sein, welcher der „drei Wahrheiten", zwischen denen er bekanntlich zu unterscheiden vermag, er dabei den Vorrang geben und ob er uns verraten wird, welche Gelegenheiten er versäumt hat, um das „Hauptanliegen der deutschen Politik", die Wiederherstellung der deutschen Einheit, seiner Verwirklichung näher zu bringen. — Adenauer bedankte sich bei der Presse mit herzlichen Worten und bescheinigte ihr, daß sie ihm bei der Durchsetzung seiner Politik eine „ungemein wertvolle Hilfe" geleistet habe. In der Tat — sie hat ihm, jedenfalls in ihrer überwiegenden Mehrheit, geholfen, die öffentliche Meinung jahrelang zu kanalisieren und, dem scheinbaren Gebot der Stunde folgend, alle Alternativen zu seiner Politik als utopisch, naiv, östlich gesteuert oder unrealistisch zu erklären. Es kann deshalb nicht ausbleiben, daß die „Ära Adenauer" im Bewußtsein vieler Deutscher nicht als die Ära der verlorenen Schlachten des Kalten Krieges, sondern als die Zeit des materiellen Wohlstandes, des raschen Wiederaufstieges

aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges und der Herstellung guter Beziehungen zu den Westmächten haften bleiben wird. In nicht allzu ferner Zukunft wird es Leute unter uns geben, die — wenn jetzt die Ernte seiner Politik eingebracht werden muß — von ihm genau so reden werden, wie manche Deutsche einst vom „Kaiser" sprachen, unter dem doch alles so viel besser und so viel schöner war, natürlich vor dem Krieg und vor dem „Dolchstoß".

Aber die Geschichte ist eine unbarmherzige Richterin. Sie präsentiert die unbeglichenen Rechnungen, und der erste Bundeskanzler des westdeutschen Staatsgebildes hinterläßt am Ende seiner „Ära" deren nicht wenige. Seine Erben, die Weggefährten seiner vierzehnjährigen Amtszeit, nahmen ihm das Steuer aus der Hand, weil ihnen von außen klar gemacht worden war, daß das Boot der deutschen Außenpolitik von ihrem Chef und Meister in eine Richtung gelenkt wurde, die den Bonner Staat in Gegensatz zu seiner amerikanischen Schutzmacht bringen würde. Die „Gaullisten" in Bonn beunruhigte das nicht, wohl aber die „Kennedyaner". Sie waren es, die sich ängstlich fragten, wo die Reise enden soll. Sie gaben Adenauer den Abschied. Das Siegesbewußtsein, das sich ihrer in den ersten fünfziger Jahren bemächtigt hatte, war längst von ihnen gewichen. Sie wissen heute, daß es keine „Sicherheit in der NATO" gibt und nie gegeben hat. Sie wissen inzwischen auch, daß die sowjetischen Raketen nicht nur „hoch", sondern tatsächlich auch weit fliegen können, daß die Atomwaffen keine „Weiterentwicklung der Artillerie" sind, daß die Sowjets nicht an den Verhandlungstisch gezwungen werden konnten, indem wir „stärker" wurden, daß das „feste Bündnis mit Amerika" kein Garantieschein für die Wiedervereinigung ist und daß die „Neuordnung Europas" in der Drift der gaullistischen Außenpolitik eine gefährliche Angelegenheit sein könnte.

Zaudernd und halb verlegen entthronten sie trotz ständiger Machtkämpfe im eigenen Lager den Mann, dem sie einst zugejubelt und mit dankbarem Gelächter belohnt hatten, wenn er im Bundestag die Opposition bespöttelte. Die „Lage" begann nun wirklich „ernst" zu werden. Zu lange hatten sie sich in der Illusion wiegen lassen, daß die Sowjetunion im Begriff sei, vor der „Politik der Stärke" zu kapitulieren, und so fiel es ihnen schwer, die realpolitische Tatsache anzuerkennen, daß die Revolution der Waffentechnik die gegnerischen Weltmächte zur Koexistenz gezwungen hatte. Aber nach dem Bau der Mauer in Berlin und vollends nach der K u b a - K r i s e mußten sie zu der Erkenntnis kommen, daß die beiden Weltmächte im eigensten Interesse ein stillschweigendes Übereinkommen getroffen hatten, die Doppelstaatlichkeit Deutschlands als Grundfaktum ihrer Europa- und Entspannungspolitik zu behandeln.

Die Erben Adenauers stehen nun vor dem Scherbenhaufen einer illusionären Deutschlandpolitik und sollten über das pessimistische Wort nachdenken, mit dem sich der Kanzler von der Bundespressekonferenz verabschiedete, als er nämlich — wiederum in beispielloser Vereinfachung — die Möglichkeit andeutete, daß infolge der Entspannungspolitik die Gegensätze zwischen Washington und Moskau abgebaut würden „und nur noch der Gegensatz übrigbleibt zwischen der Sowjetunion und uns".

Es wäre leicht und allzu billig, die Kette der Fehlentscheidungen und Irrtümer, der Selbsttäuschungen und Selbstüberschätzungen in Erinnerung zu rufen, die während der vierzehnjährigen Amtsperiode des ersten westdeutschen Regierungschefs zu verzeichnen waren. Einige Grundzüge genügen, um die Leitbilder und Vorstellungen erkennen zu lassen, die es Adenauer unmöglich machten, der konkreten Lage des deutschen Volkes nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg gerecht zu werden.

Zu Beginn seiner Regierungszeit — im November 1949 — hat Kurt Schumacher ihn in einer Bundestagsdebatte den „Bundeskanzler der Alliierten" genannt und wurde dafür für zwanzig Sitzungstage vom Parlament ausgeschlossen. Damals ging es um das Petersberger Abkommen, das Adenauer ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften mit den drei westlichen Hochkommissaren geschlossen hatte. Der erregte Zuruf des Oppositionsführers (derzeit gab es noch eine Opposition) galt der Methode der Handhabung der Regierungsgeschäfte. Das alles ist längst vergessen. Kabinett wie Parlament gewöhnten sich an die „einsamen Entschlüsse" des Bundeskanzlers, und das Wort von der „Kanzlerdemokratie" schwand allmählich aus dem Wortschatz der immer zaghafter werdenden Kritik. Die allgemeine Bewunderung für die nicht „pingelige" Handhabung der Macht, an die das deutsche Volk ja so lange schon gewöhnt war, überdeckte das Unbehagen der andersdenkenden Minderheit.

Ob man später einmal Kurt Schumachers zornigen Ausruf rechtfertigen wird, möge dahingestellt bleiben. Eines Tages wird man die Archive öffnen und es wissen. Aber schon jetzt, am Ende der Ära Adenauer, dürfte deutlich geworden sein: es hat in dieser Ära keine deutsche Außenpolitik gegeben, die diesen Namen verdient. Das lag in der Natur der Dinge. Denn nachdem sich Konrad Adenauer entschlossen hatte, diesmal „auf der richtigen Seite" zu stehen, konnte die Bonner Regierung nur die Außenpolitik dieser „richtigen Seite" in Westdeutschland und Westeuropa verwalten. Die Gründung des einen Teilstaates auf dem Boden der westlichen Besatzungszonen zog die Gründung des anderen Teilstaates nach sich; und beides geschah im eisigen Klima des Kalten Krieges und ohne Befragung des deutschen Volkes. In Bonn wurde die amerikanische, in Ostberlin die sowjetische Außenpolitik vertreten. Eine deutsche gab es nicht und sie konnte sich auch nicht entwickeln, weil es keine gemeinsame Stellung des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn und anderen Völkern gibt.

Die Schaffung der Bundesrepublik entsprach den Erfordernissen des Kalten Krieges, den die USA gegen die Sowjetunion zu gewinnen hofften. Sie brauchten eine „Speerspitze" und einen „Brückenkopf" in Westeuropa, eine vorgeschobene Bastion, von der aus das potentielle Übergewicht des Westens sowohl in militärischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht wirksam werden konnte.

Da die Alliierten in dem ehemaligen Kölner Oberbürgermeister einen in der Weltpolitik gänzlich unerfahrenen, aber taktisch gewandten und obendrein zuverlässigen Sachverwalter der einseitigen Westorientierung entdeckt hatten, konnten sie schnell die Beschränkungen und Einengungen fallen lassen, die den Besiegten ursprünglich noch für Generationen auferlegt bleiben sollten. So begann das „deutsche Wunder". In demselben Maße, wie dank des sprichwörtlichen deutschen Fleißes sich die äußeren Existenzbedingungen der westdeutschen Bevölkerung besserten, konnte man ihren Blick auf die unmittelbare Gegenwart bannen und ihn von den Problemen der nationalen Zukunft ablenken. Im wachsenden Stolz auf die wirtschaftliche Leistung genoß das deutsche Bürgertum den materiellen Aufstieg und begab sich dankbar in den Schutz des Westens und in die Gefolgschaft eines „bedeutenden Kanzlers", der es vor den „Roten" bewahren wollte und ihm unermüdlich versicherte, daß die Zeit für den Westen arbeite. Die Rebellen, die von seiner Politik den Ausverkauf Mitteleuropas und die Zementierung der deutschen Spaltung befürchteten, wurden als weltfremde Utopisten verlacht oder mußten sich von Adenauer sagen lassen, daß sie „dumm oder Verbrecher" seien. Das alles wird nur verständlich, wenn man es auf dem Hintergrund der neuentstandenen „Kreuzzugideologie" begreift, die seit 1952 durch John Foster Dulles in Amerika popularisiert wurde und in der Bundesrepublik ihren idealen Vertreter in Konrad Adenauer fand. Beide waren ehrlich

davon überzeugt, daß das „christliche Abendland" und seine „heiligen Güter" im Westen beheimatet sind und daß die Welt in eine gute und eine böse Hälfte zerfällt. Daß das Gute siegen muß, war klar, und darauf gründete sich die Freundschaft Adenauer—Dulles. Die schönste, die hoffnungsvollste Zeit des Bundeskanzlers brach an, als Dulles 1953 Außenminister wurde. Seine Politik des „Zurückrollens" der Sowjetunion aus den Positionen, die sie 1945 gewonnen hatte, beruhte auf der mathematischen Errechnung einer ständig zunehmenden wirtschaftlichen und militärischen Übermacht der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, der schließlich die Sowjetunion erliegen sollte. John Foster Dulles war dieser Berechnungen so sicher, daß er glaubte, bis an (notfalls auch über) den Rand des Atomkrieges gehen zu können, wenn eine politische Krisensituation — man denke an Quemoy oder Indochina — es erforderlich erscheinen ließ. Das war der Sinn der „Politik der Stärke", deren bestechend einfache Konzeption dem Bundeskanzler wie nach Maß geschnitten erscheinen mußte.

Die Aussichten, die sich an der Seite Amerikas den Bonner Regierungspolitikern boten, waren von einzigartiger Anziehungskraft. Nicht nur Adenauer, sondern der größte Teil der westdeutschen „Führungsschicht" glaubte, die Chance ergreifen zu müssen, die sich ihnen bot, um die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen und die totale Niederlage Hitlerdeutschlands nachträglich in einen deutschen Sieg umwandeln zu können. Die deutsche Wiederaufrüstung sollte die Wiedervereinigung herbeiführen und bis dahin der Bundesrepublik die „Sicherheit in der NATO" geben. „Solange wir nicht zur NATO gehören, sind wir im Falle eines heißen Krieges zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten das europäische Schlachtfeld, und wenn wir in der Atlantikpaktorganisation sind, dann sind wir dieses Schlachtfeld nicht mehr", erklärte Adenauer kategorisch, obwohl es in klarem Widerspruch zu jeder militärischen Einsicht stand. Seine Anhänger stimmten ihm begeistert zu, und fortan beschränkte sich die amtliche Politik Bonns auf die Wiederbewaffnung, auf das „Stärker-werden". Die Frage der deutschen Einheit versank im Nebel allgemeiner Proklamationen. Der Streit um die Priorität der deutschen Wiedervereinigung vor der Westintegration der Bundesrepublik wurde von der Tagesordnung gestrichen. Er wurde durch vollzogene Tatsachen erledigt. Dieser Streit aber war in Wahrheit der Streit um die Möglichkeiten einer deutschen Außenpolitik im Rahmen der gegebenen Verhältnisse. Was man damals in Bonn deutsche Außenpolitik nannte, war amerikanische Machtpolitik, und alles, was bei uns geschah, stand in ihrem Schatten. Die „westeuropäische Einigung", die Wiederaufrüstung und schließlich auch der verhängnisvolle Beschluß des Bundestages zur Durchführung der Atombewaffnung waren Teile der amerikanischen Konzeption. Adenauer hielt unbeirrbar an ihr fest, als Washington schon zu zweifeln begann. In der Siegesgewißheit war Konrad Adenauer nicht zu überbieten und selbst seinem Freund Dulles weit voraus, der am Ende seines Lebens durch den „Sputnik"-Schock und andere unbestreitbare Anzeichen des sowjetischen Machtzuwachses seinen Optimismus zerrinnen fühlte. Es ist gewiß nicht richtig, aber doch auch nicht ganz unzutreffend, wenn später gesagt wurde, Adenauer habe jahrelang die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gemacht. Er hat Dulles bestärkt. Er hat ihn beeinflußt. Aber er hätte nichts tun können, wäre nicht die amerikanische „power elite", die tonangebende wirtschaftliche und militärische Schicht des Westens, damit einverstanden gewesen, daß ein „harter Kurs" gesteuert werden muß. Die Verantwortung für alles, was in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik seit 1949 geschah, tragen nicht einzelne, sondern die herrschenden Kreise, deren Exponenten die Eisenhower und Dulles, die Adenauer und andere sind.

Der gescheiterte „Europäer"

Adenauer hat Dulles überlebt. Er blieb allein zurück und kämpfte nunmehr weiter, wofür Dulles nicht mehr gekämpft hätte, auch wenn der Tod seinem Wirken kein Ende gesetzt hätte. Denn die Politik des „Zurückrollens", die „Politik der Stärke" war schon gescheitert, als Dulles noch am Leben war. Ende 1958 legte die Sowjetregierung den westlichen Besatzungsmächten ihre Berlin-Noten vor und forderte sie auf, binnen sechs Monaten in Verhandlungen einzutreten, andernfalls eine einseitige Regelung des Problems der Zufahrtswege durch das Gebiet der DDR erfolgen würde. Adenauer, der noch immer nicht die veränderten Machtverhältnisse wahrhaben wollte, hätte am liebsten gesehen, wenn die USA die Berlin-Noten genau so behandelt haben würde, wie es 1952 mit den sowjetischen Vorschlägen für den Abschluß eines Friedensvertrages geschehen war. Aber Dulles lenkte ein. Noch innerhalb der von Moskau gesetzten Frist kam es zur Genfer Außenministerkonferenz. Jedermann konnte nun klar sein, daß mit der „Politik der Stärke" nichts erreicht worden war. Die Sowjetunion war weder vor dem militärischen noch vor dem wirtschaftlichen Druck zurückgewichen. Sie war nicht schwächer, sondern stärker geworden. Sie hatte aufgeholt. Sie war nicht zusammengebrochen, sondern ein ernsthafter Konkurrent im „Wettlauf zum Jahre 2000" geworden. Dulles besaß wenigstens den Mut, das Scheitern seiner Konzeption einzugestehen. Als er bei der leidigen Frage der Kontrolle der Zufahrtswege nach Berlin die Theorie entwickelte, daß man notfalls die DDR-Behörden ja auch als „agents", also als Beauftragte der Sowjetunion, betrachten könne, und gleichzeitig seinem Freund Adenauer empfahl, „technische Kontakte" zu dem anderen Teil Deutschlands aufzunehmen, war das die Preisgabe seiner bisherigen Zuversicht, Osteuropa in Kürze „befreien" und damit zugleich auch die „deutsche Frage" lösen zu können.

Adenauer versuchte noch einmal alle Register des Kalten Krieges zu ziehen. Aber er mußte die Segel streichen und nach einigen Monaten der Hinzuziehung einer DDR-Delegation bei der Genfer Außenministerkonferenz zustimmen.

Seit 1958/59 änderte sich — trotz aller Querschläge und zeitweilig höchst kritischer Augenblicke für den Weltfrieden — das Verhältnis Amerikas zur Sowjetunion. Langsam nahm Washington Kurs auf eine andere Art der Politik. Unter dem Zwang der großen Veränderung, die durch die modernen Zerstörungsmittel hervorgerufen worden war, konnte der von Dulles zum politischen Grundsatz erhobene „Balancegang am Rande des Atomkriegs" nur noch als selbstmörderischer Wahnsinn erscheinen. Nachdem es sich erwiesen hatte, daß das amerikanische Mutterland in die Reichweite der sowjetischen Raketen gekommen und die Einkreisung der UdSSR durch das Bündnis- und Stützpunktsystem der USA weitgehend entwertet worden war, mußten die strategischen und politischen Vorstellungen der Ära Dulles aufgegeben werden. Diesem Tatbestand nicht Rechnung tragen zu wollen, blieb Konrad Adenauer vorbehalten. Er machte verzweifelte Anstrengungen, um den Fortgang der Entwicklung aufzuhalten und zu hemmen.

Zwei Umstände erleichterten es ihm, der Mehrheit der bundesdeutschen Bürger den totalen Zusammenbruch aller in den Glanzzeiten der amerikanisch-westdeutschen Übereinstimmung genährten Hoffnungen zu verschleiern: Die USA änderten zwar ihren Kurs, aber sie gaben keineswegs den großen Plan auf, die ganze Welt mit dem „American way of life" beglücken zu wollen, d. h. die „freie Welt" (im amerikanischen Sinne) blieb ihre Zukunftsvision, nur sollte sie mit anderen als den bisherigen Mitteln verwirklicht werden. Auf der anderen Seite hielten die sowjetischen Politiker trotz ihres Werbens für die „friedliche Koexistenz" an ihrer Überzeugung fest, daß die künftige Welt mit den „Errungenschaf-

ten des Sozialismus" leben, d. h. sich zu den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus bekennen wird. Die Gegensätze blieben also unverändert bestehen. Aber die Weltmächte suchten das Mindestmaß an Verständigung, das beiden die Möglichkeit des Überlebens gab.

In der Bundesrepublik wurden die Gegensätze hervorgehoben und die Unversöhnbarkeit der Standpunkte betont. Die seit 1958 nie wieder abgebrochenen Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA wurden stereotyp als bloße „Erkundungsgespräche" ausgegeben und der Eindruck erweckt, als seien sie ohne besondere Bedeutung, während es bei den dauernden sowjetisch-amerikanischen Kontakten in Wirklichkeit um eine Abgrenzung der beiderseitigen Einflußbereiche ging. So konnte hierzulande der Eindruck erweckt werden, als würde die Politik der Adenauerschen „Erfolgsjahre" fortgeführt. Hinzu kam als zweiter wichtiger Umstand, der das Scheitern dieser Politik verdeckte, daß Wehner die Kapitulation der SPD-Fraktion vor Adenauer vollzog. Die Fehlspekulationen des Kanzlers mußten nun als schicksalhafter Gang der Ereignisse angesehen werden. Die Opposition verzichtete auf eine Generalabrechnung (die ansatzweise, aber nur ein einziges Mal, von den Abgeordneten Dehler und Heinemann 1958 zur Debatte gestellt worden war).

Alles das verhalf Adenauer zur vierten Kanzlerschaft im Jahre 1961. Aber er stand bereits auf schwankendem Boden. Das „feste Fundament" der Freundschaft zu den USA war durch die wiederholten Störversuche Bonns bei der sowjetisch-amerikanischen Annäherung erschüttert worden. Seit Anfang 1959 begann sich deutlich abzuzeichnen, daß die Deckungsgleichheit zwischen den Interessen Washingtons und Bonns, die das Geheimnis der sogenannten „Erfolge" Adenauers in den fünfziger Jahren ausmachte, nicht mehr vorhanden war. Seither wurden die diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu den USA mit einer nicht mehr abreißenden Kette von Mißverständnissen, Garantieforderungen, Dementis und überflüssigen Freundschaftsbeteuerungen belastet. Das war schon vor der Amtsübernahme Kennedys der Fall. Es wurde nur noch deutlicher, nachdem er Präsident geworden war. Ganz unverkennbar wandten die Amerikaner ihr Interesse anderen bundesdeutschen Politikern zu, förderten zeitweilig den Gedanken einer „großen Koalition" in Bonn (für den Willy Brandt und die SPD sich stark machten) und bevorzugten (nachdem es dem rechten Flügel in der CDU gelungen war, dieses Vorhaben zu verhindern) solche Vertreter der Kanzlerpartei, die bereit waren, auf die „neue Linie" Washingtons einzugehen. Ohne den amerikanischen Rückhalt wäre es weder Schröder noch Erhard gelungen, sich gegen die Schachzüge Adenauers zu behaupten. Sie wären mattgesetzt worden. Aber hinter ihnen standen alle diejenigen, die auf Gedeih und Verderb mit den USA verbunden bleiben wollten und deshalb die Hinwendung Adenauers zu de Gaulle mit größter Sorge betrachteten.

De Gaulles Machtübernahme im Frühjahr 1958 ist von Adenauer noch mit deutlich bekundetem Mißbehagen aufgenommen worden. Der General, das wußte Adenauer, war kein Freund der Europapläne, die im Schatten der amerikanischen NATO- und EWG-Politik entwickelt worden waren. Zwar hatte auch er nichts gegen einen Zusammenschluß Westeuropas einzuwenden. Aber dieser Zusammenschluß sollte nach seiner Vorstellung nicht unter angloamerikanischem, sondern unter französischem Protektorat stehen. Er hielt der Konzeption einer „europäischen Integration" nach amerikanischer Auffassung sein Leitbild eines „Europas der Vaterländer" entgegen. Das widersprach ungefähr allem, wofür sich Adenauer bisher mit vollster Überzeugung eingesetzt hatte.

Der Widerstand Frankreichs gegen das europäische „Einigungswerk", dem sich der Kanzler verschrieben hatte, setzte genau zu dem Zeitpunkt ein, wo es deut-

lich wurde, daß die bisherige „Politik der Stärke" gegenüber Osteuropa gescheitert war und die veränderte Haltung der USA in den taktischen Fragen der Ostpolitik das Reden von der „Befreiung" der „Brüder und Schwestern" in der „Zone" immer illusorischer machte. Man wird Paul Sethe recht geben müssen, wenn er feststellt, daß Ende 1958 die „Ära Adenauer" im Grunde schon abgelaufen war. Die beiden als eine einzige Aufgabe betrachteten Hauptziele der Adenauer-Politik: Einigung Westeuropas zum Zwecke der Verstärkung des Druckes auf die Sowjetunion und damit Befreiung der „Satelliten" (einschließlich „Zone") waren unerreichbar geworden. Adenauer war einer phantastischen Täuschung erlegen. Er hätte zurücktreten müssen. Aber er blieb. Er blieb und versuchte nun, über einen Umweg zu erreichen, was auf der allzu geraden Bahn der Dulles-Theorien in ein Nichts zerronnen war. Als de Gaulle sich entschlossen zeigte, die schon bestehenden Pläne für die Schaffung einer französischen Atomstreitmacht zu verwirklichen, wurde Adenauer sein Bundesgenosse. Da der französische Staatschef unmöglich seine „force de frappe" in den Zusammenhang einer internationalen Entspannung einbauen, sondern ihre Notwendigkeit nur mit der Zwecklosigkeit von Gesprächen mit der Sowjetregierung motivieren konnte, ließ sich sehr leicht eine Brücke von Bonn nach Paris schlagen. Je zögernder die Amerikaner das von der Bundesregierung vehement geförderte Projekt einer NATO-Streitmacht behandelten, desto enger wurden die Bande zwischen Adenauer und de Gaulle. Der Plan einer gemeinsamen französisch-deutschen „Abschreckungswaffe" ist offiziell nie zugegeben worden. Daß er aber sehr schnell in seinen Umrissen erkannt wurde, ließ sich nicht vermeiden. Er trug erheblich zur Verstimmung der Amerikaner bei, die sich durch de Gaulles Alleingang in der Durchführung ihrer Absichten gestört fühlen mußten. Adenauer versuchte dennoch, die Bonner Politik auf das gaullistische Frankreich zu orientieren. Er ließ für de Gaulle eine Triumphfahrt durch die Bundesrepublik organisieren und glaubte, durch den Popularitätserfolg, den de Gaulle dabei verzeichnen konnte, die reibungslose Annahme des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages gesichert zu haben.

Aber de Gaulles Absage an Großbritanniens Beitritt zur EWG und seine betonte Distanzierung von den USA fielen — sicherlich nicht zufällig — mit der Unterzeichnung dieses Vertrages zusammen. Vermutlich glaubte der General, die Bundesrepublik nunmehr zu einer klaren Entscheidung zwingen zu können. Er löste damit zu Beginn dieses Jahres in den Bonner Regierungskreisen jene heftige Kontroverse aus, die seither zu einer neuen Kräftegruppierung in der Bundesrepublik geführt hat. Vielleicht wollte de Gaulle mit seiner aufsehenerregenden Pressekonferenz im Januar 1963 auch testen, wie stark Adenauer und seine Anhängerschaft tatsächlich noch waren. Wie es sich sehr bald herausstellte, waren sie nicht in der Lage, den de Gaulle-Kurs in Bonn durchzusetzen. Der Bundeskanzler hatte seine Gefolgschaft nicht mehr so fest in der Hand, wie es früher immer der Fall war. Er konnte es nicht verhindern, daß sein Pakt mit de Gaulle mit einer Präambel versehen wurde, die die bedingungslose Festlegung auf die französische Politik erheblich verwässerte.

Seit dem Streit um den Adenauer-de Gaulle-Pakt gibt es in Bonn „Gaullisten" und „Kennedyaner". Sie verteilen sich auf alle Bundestagsparteien. Es gibt nur noch wenige, die daran glauben, daß Bonn gleichzeitig auf zwei Klavieren spielen kann, auch wenn der abgeänderte deutsch-französische Vertrag diesen Anschein erweckt. Die „Gaullisten" erreichten es bei der Ratifizierung immerhin, daß die Tür zu Frankreich (und seiner „force de frappe") offen blieb. Die „Kennedyaner" setzten aber durch, daß man sie notfalls (wenn die Amerikaner es wollen) auch wieder zuschlagen, bzw. leise schließen kann.

Und nun?

Adenauer hinterließ bei seinem Abgang weder ein wiedervereinigtes Deutschland, noch ein geeintes Europa. Er hinterließ nicht einmal eine einige CDU/CSU. Den weiterhin auf eine „Politik der Härte" pochenden „Gaullisten" in der Bundesrepublik und den für eine „Politik der Beweglichkeit" plädierenden „Kennedyanern" ist gemeinsam, daß sie die deutsche Frage auf Eis gelegt haben. Beide verzichten darauf, eigene Vorschläge für eine Entspannung in Mitteleuropa zu entwickeln. Eine selbstverantwortliche deutsche Politik erklären sie übereinstimmend als „unzeitgemäß", „überholt" und „utopisch". Der Verzicht auf ein unabhängiges Handeln wird von beiden Gruppen mit der Treue zu „unseren westlichen Verbündeten" und dem Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik motiviert. Daß die „Sicherheit" kein militärisches, sondern ein politisches Problem ist, wird dabei mit Fleiß übersehen. Daß im Einvernehmen mit den Westmächten (Frankreich ausgenommen) die Aufgabe der eigenen Daseinsgestaltung wahrgenommen werden kann, läßt man bewußt außer acht, obwohl Bonn mehr als einmal aufgefordert wurde, seinen Beitrag zur Entspannung zu leisten. Eine Neuorientierung der deutschen Politik auf die Überwindung der west-östlichen Gegensätzlichkeit würde es erforderlich machen, die aus der Adenauer-Ära stammenden Urteile und Vorurteile über die „Sowjets" über Bord zu werfen und Kontakte zur DDR-Regierung aufzunehmen, die der tatsächlichen politischen Lage entsprechen. Dazu fehlt den bundesdeutschen „Kennedyanern" der Mut, den „Gaullisten" der gute Wille. Das erreicht zu haben, ist das Werk Konrad Adenauers.

Die Wahl Erhards zum Bundeskanzler — gegen den erklärten Widerstand Adenauers — beweist, daß die „Kennedyaner" vorerst das Übergewicht haben. Aber ihre Gegenspieler haben sich bereits zu Wort gemeldet. Auch wenn man nicht übersehen darf, daß der neue Kanzler eine Fülle ungelöster innenpolitischer Probleme übernehmen mußte, mit der Hypothek der „Spiegel"-Affäre, des Abhörskandals und des bösen Spiels um die „Panorama"-Leute belastet ist und ihm die Fraktion in Sachen Notstand und Verfassungsänderung die Hände gebunden hat, muß man doch damit rechnen, daß große Teile der Öffentlichkeit Erhard ein beachtliches Maß an Vertrauen entgegenbringen werden. Wer auf eine außenpolitische Kursänderung hoffte, ist durch Erhards Regierungserklärung enttäuscht worden. Wer sich dennoch innenpolitische Veränderungen verspricht, wird sehr bald eines besseren belehrt werden. Alle inneren Mißstände des Bonner Staates sind im Schlagschatten der Adenauerschen Rüstungs- und Machtpolitik entstanden. Halten seine Erben in der einen oder anderen Form daran fest, geben sie der „territorialen Verteidigung" den Vorrang vor einer Entspannung in Mitteleuropa, streben sie weiterhin nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen, fahren sie auch künftig fort, an der Trennung der beiden Weltmächte statt an ihrer koexistentiellen Verbindung mitzuwirken, dann kann sich die innere Entwicklung in der Bundesrepublik nur noch verschlechtern.

Adenauer hat es wie kein anderer verstanden, seine Gegner, aber auch seine Freunde, gegeneinander auszuspielen. Er war kein Erzieher zur Demokratie. Er regierte nicht, er herrschte. Und unter seiner Herrschaft verkümmerte das parlamentarische Leben, verstummte die Opposition, siegte der Konformismus in einem Lande, dessen Bevölkerung niemals gelernt hatte, den „Staat" nicht als „Obrigkeit", sondern als bloßes Instrument ihres eigenen Willens zu betrachten. Es dürfte der CDU/CSU kaum gelingen, den Autoritätsglauben breiter Schichten, den sie auf Adenauer gelenkt (und auch selber für ihn gehegt) hat, ohne weiteres auf Erhard zu übertragen, ganz zu schweigen von den inneren Spannungen, mit denen sie gegenwärtig belastet ist. Um so wichtiger wird es ihr erscheinen, dem „Notstand" vorzubeugen. Ob es ihr gelingt, die dafür erforderlichen Gesetze durch-

zubringen, hängt nicht nur von ihrer Initiative ab. Es hängt davon ab, ob es genügend Kräfte gibt, die die Ära Adenauer und ihre Folgen richtig zu bewerten wissen.

Von der deutschen Geschichte her gesehen, war diese Ära eine der unerfüllten Versprechungen und der versäumten Gelegenheiten. Es ist eine akademische Streitfrage, ob Adenauer nur vorgegeben hat, die deutsche Wiedervereinigung zu wollen, oder ob er tatsächlich daran geglaubt hat, sie im Zuge des antiöstlichen Kreuzzugsprogramms seines Freundes Dulles verwirklichen zu können. In der Geschichte zählen nur die Fakten. Und ein Faktum ist es, daß dasjenige, was man Adenauers Außenpolitik nennt, die Wiedervereinigung ausschloß. Er dachte rheinisch und westeuropäisch. Für das Land der Mitte fehlte ihm das historische Verständnis. Er hatte kein Verhältnis zur Geschichte. Deshalb beurteilte er nicht nur die Russen falsch, sondern auch die Briten, die Amerikaner und sogar die Franzosen. Ob man ihn daher einen „großen Staatsmann" nenn kann, wird nicht erst die Geschichte entscheiden. Es dürfte längst entschieden sein.

Einigung „Europas" oder der „Welt"?

Dies ist eine Prüfungs-Abhandlung einer nicht genannt sein wollenden westdeutschen Abiturientin vom April d. J. Wir drucken sie unverändert ab, weil wir meinen, sie verrate nicht nur eine genaue Kenntnis der verschiedenen europäischen und UNO-Strukturen und Institutionen, sondern auch einen heute wie vor Monaten gleichbleibend aktuell gebliebenen, für einen so jungen Menschen erstaunlich sicheren kritischen Blick und ernstes Nachdenken über die entscheidenden Fragen der Zeit. D. Red.

I

Die moderne Wirtschaft beruht auf Arbeitsteilung und Tausch; ihr Tauschmittel ist das Geld. Das war nicht immer so. In der Frühzeit bestand die geschlossene Hauswirtschaft. Da erzeugte eine Familie oder Dorfgemeinschaft alles oder jedenfalls den größten Teil ihres Bedarfs selbst. Auch Länder und Völker gab es, die sich wirtschaftlich selbst genügen, vom Ausland unabhängig, autark, ein „geschlossener Handelsstaat" sein wollten. Ihr Ziel war, die Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energiequellen ganz oder überwiegend aus dem Inland zu gewinnen, ihre Industrie auf- und auszubauen und die Ausfuhr zu steigern. Das war die Politik der absolut regierten Staaten im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Es war Lehre und System des Merkantilismus. Auch jetzt gibt es noch und wieder Merkantilisten. Sie bedienen sich der Einfuhrverbote, Einfuhrkontingente, Einfuhrpreisvorschriften, des Schutzzolls und offener oder versteckter Ausfuhrprämien mit Steuererleichterungen und Vorzugstarifen für Eisenbahn, Binnenschiffahrt und Hafenverkehr. Aber es ist eine alte Weisheit, die besonders der britische Freihändler und Moralphilosoph Adam Smith mit Nachdruck vertrat, daß, wer nicht kaufe, auf die Dauer auch nicht verkaufen könne. Der Eigennutz, sagte er, sei die Triebfeder der Wirtschaft, und freier Wettbewerb diene durch die Verflechtung der Bedürfnisse auch dem Gemeinwohl.

Vor dem Ersten Weltkrieg war die Weltwirtschaft im wesentlichen zwischen Rohstoff- und Industrieländern geschieden. Europa war geistiges Zentrum, der Sitz der Kolonialmächte und die technisch-industrielle Pumpe der Welt. Es war

die große, volkreiche Werkstätte, zu der von überall her landwirtschaftliche Überschüsse, Kolonialprodukte und industrielle Rohstoffe gebracht wurden, und von der die Fertigerzeugnisse in alle Welt hinausgingen. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika waren damals noch nicht die Industrie- und Finanzmacht von heute. In der Kapitalversorgung waren sie weitgehend von Europa abhängig. Hier war Großbritannien die erste, das Deutsche Reich die zweite oder, nach Frankreich, dritte Geldmacht.

Die europäische Selbstzerfleischung in zwei Weltkriegen hat diese Lage der Weltwirtschaft umgestürzt. Zwei Weltmächte, die USA und die Sowjetunion, sind beherrschend heraufgestiegen, eine dritte, China, schickt sich an, auf den Plan zu treten. Die naturwissenschaftliche und technische Entwicklung geht mit geradezu explosionsartiger Beschleunigung vor sich. Die Beförderungsmittel werden immer schneller, die Entfernungen schrumpfen zusammen, die Verflechtungen des Verkehrs, des Güteraustauschs und des Nachrichtenwesens werden immer dichter und enger. Ein Weltfernsehen bahnt sich an. Die farbigen Völker haben aus kolonialer Abhängigkeit den Weg zu Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gewonnen. Die Rohstoffländer industrialisieren sich rasch mit ausländischer Hilfe. Sie stellen nicht mehr nur Massen- und Stapelgüter, sondern zunehmend auch verfeinerte und spezialisierte Fabrikate her. Vor dieser Lage stehen wir, wenn wir den Versuch unternehmen, die Frage „Einigung Europas oder der Welt"? zu prüfen und zu beantworten.

II

Europa ist gespalten, geteilt, das europäische „Konzert der Mächte" seit dem Paukenschlag des Ersten Weltkriegs zu Ende. Dort stehen sich jetzt Ost und West, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihren Bundesgenossen und Satelliten Aug' in Aug' gegenüber. Wer im Westen „Europa" sagt, meint die der NATO angehörenden europäischen Länder, die Neutralen (Schweden, Schweiz, Österreich), Spanien und Portugal. Als ob nicht auch Staaten des Warschauer Pakts geographisch, geschichtlich und wirtschaftlich zu Europa gehörten! Die stürmische wirtschaftliche Erschließung der Sowjetunion östlich des Urals macht es schwieriger, zwischen einem europäischen und einem asiatischen Rußland zu unterscheiden. Es zeigt sich, daß Europa eigentlich eine Halbinsel, ein Subkontinent Asiens ist, mit dem es eine geschlossene Landmasse (Eurasien) bildet. Das hat seine wirtschaftlichen und politischen Folgen. Nicht einmal das Rußland westlich des Urals und Kaspischen Meeres geographisch und politisch zu Europa zählen zu wollen, wäre gegen Geschichte und Wirklichkeit. Das Europa des westlichen Sprachgebrauchs ist nur ein fragmentarisches Europa, ein Rumpfeuropa, ein Europa geminderter geographischer Ausdehnung und politischer Macht auch gegenüber dem transozeanischen Land, das hier massiv gegenwärtig ist.

Es sind zahlreiche Versuche unternommen worden, dieses Resteuropa unter nordamerikanischer Führung wirtschaftlich, politisch und militärisch zu organisieren, ja in staatlichen Zusammenschlüssen zu einigen, bei denen Hoheitsrechte an eine supranationale Einrichtung abgetreten werden. Planungen, Bewegungen und Organisationen sind wie Pilze aus dem Boden geschossen. So gibt es eine Europäische Bewegung mit dem Sitz in Brüssel und einem deutschen Zweig derselben in Bonn, die Paneuropa-Union des Grafen Coudenhove-Kalergi und andere. Die Ziele der einzelnen Gruppen reichen von einer losen Zusammenarbeit und von Einrichtungen für besondere Aufgaben bis zu einem Staatenbund und Bundesstaat. Die Sowjetunion wird meist nicht einbezogen. Manche wollen sogar Großbritannien nur in einer besonderen, losen Form zulassen.

Bereits 1930 legte Aristide Briand einen Plan zu einer engeren europäischen Zusammenarbeit vor, aber er scheiterte. Nach dem Zweiten Weltkrieg griff Wiston Churchill den Gedanken auf. Er regte einen Europarat mit Beratender Versammlung, Ministerausschuß und Generalsekretariat an. 1949 wurde dieser Rat dann mit dem Sitz in Straßburg von fünfzehn europäischen Ländern „zur Wahrung des gemeinsamen Erbes und der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts" ins Leben gerufen. Er hat aber schon wegen des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen dem nur beratenden Parlament und dem beschließenden Ministerrat keine wirkliche politische Macht. Einen ausgesprochen wirtschaftlichen Zweck verfolgen der Europäische Wirtschaftsrat, die OEEC, und die Europäische Zahlungsunion, die EZU, beide mit dem Sitz in Paris. Die OEEC ist ein Zusammenschluß europäischer NATO-Länder und Neutraler. Die EZU (EPU) ist eine Einrichtung zur Erleichterung der Zahlungen zwischen den Mitgliedern der OEEC. In letzter Zeit ist die OEEC infolge der EWG-Krise mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ist 1954 ruhmlos an ihrer Ablehnung durch das französische Parlament gescheitert. Die als Ersatzlösung gedachte, 1955 erfolgte Erweiterung des Brüsseler Pakts zu einer Westeuropäischen Union (WEU) war, wie sich neuerdings wiederum zeigte, ein totgeborenes Kind. Ein Spezialgebilde ist die 1951 von Frankreich, der Bundesrepublik, Italien und den Benelux-Staaten gegründete Montanunion, der später auch England beitrat. Sie ist ein Zusammenschluß zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Eisen. In ihr wurden erstmals Hoheitsrechte auf eine supranationale Stelle (Hohe Behörde in Luxemburg) übertragen. Auch die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) mit dem Sitz in Wien, die 1957 gleichzeitig mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet wurde, ist eine Einrichtung für besondere Aufgaben. Sie soll Industrien für die Verwertung von Atomenergie entwickeln, einen gemeinsamen Markt für diese schaffen und die Sicherung gegen den Mißbrauch von spaltbarem Material gewährleisten.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ist von Frankreich, der Bundesrepublik, Italien und den drei Benelux-Ländern nach Vorverhandlungen in Messina 1957 durch den Vertrag von Rom gegründet worden. Sie sollte eine überstaatliche Organisation mit eigenen Hoheitsrechten sein. Nach englischer Anregung wären an sie die übrigen westeuropäischen Länder nur in lockerer Form anzugliedern (zu assoziieren) und so die EWG zu einer Europäischen Freihandelszone zu erweitern und zu ergänzen. Die Kernstücke der EWG sollen ein gemeinsamer Markt sowie eine Zollunion mit dem stufenweisen Abbau der Binnenzölle und kontingentsmäßigen Beschränkungen und mit der Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifs bilden. Sonderregelungen gelten für die Landwirtschaft, die handelspolitische Angliederung überseeischer Gebiete und die Beiträge für deren Entwicklung.

Die EWG ist eine kleineuropäische Organisation. Sie soll zunächst, wie ihr Name sagt, nur wirtschaftlichen Charakter haben. Im Hintergrund aber steht eine politische Absicht der Mehrheit ihrer Gründer und Schutzherren. Romantiker der Politik möchten in ihr den Kern eines späteren Staatenbundes oder sogar Bundesstaates sehen. Gewiß kennt die Geschichte Fälle, in denen eine wirtschaftliche Einigung die Vorstufe zu einer nachfolgenden politischen Einigung bildete. So wurde durch den Deutschen Zollverein von 1833 die spätere politische Einigung im Deutschen Reich von 1871 angebahnt und vorbereitet. Ein solcher Fall setzt aber voraus, daß die Einigung den wirklichen Interessen aller Partner entspricht, nicht eine wesentlich von machtpolitischen Überlegungen und Zielsetzungen diktierte künstliche Konstruktion, und die Zeit zu solcher Lösung reif ist. Diese Vor-

aussetzungen sind bei der EWG nicht gegeben. Kein Wunder, daß sie jetzt in eine sehr ernste Krise, zumindest in eine Sackgasse geraten ist.

Das gaullistische Frankreich, das die dauernde deutsche Spaltung und die Oder-Neiße-Linie bejaht, will kein juristisch integriertes, also kein konföderiertes oder gar föderiertes Kleineuropa, es will ein kontinentales Europa selbständiger Nationen, der „Vaterländer", in dem es die erste Geige spielen und das reiche wirtschaftliche Potential der Bundesrepublik für seine Zwecke benützen kann. Es ist voll Argwohn gegen die US-Politik. Es will sich und seine Atommacht. Mit Hilfe der EWG möchte es die selbständig gewordenen afrikanischen Kolonialvölker der Union Française wieder stärker an sich binden. Nicht zuletzt will es die Zurückdrängung der nordamerikanischen Anwesenheit in Westeuropa, überhaupt die Verminderung des anglo-amerikanischen Einflusses in Europa. Seit 1940 träumt de Gaulle als „Baumeister eines neuen Europas" davon, die Staaten längs des Rheins, der Alpen und der Pyrenäen in einem wirtschaftlichen, politischen und strategischen Block zu vereinen und zur dritten Weltmacht zu machen. Die Vereinigten Staaten sollen auch nicht über England ihren Fuß beherrschend im westlichen Kontinentaleuropa haben und dieses mit seinen vor allem landwirtschaftlichen Überschüssen überschwemmen können. De Gaulle weiß, daß die USA ein geeintes kontinentales Westeuropa nicht zur Rolle einer unabhängigen Dritten Kraft, die eines Tages als Schiedsmacht zwischen West und Ost auftreten könnte, aufsteigen lassen wollen. Er denkt im Stile Charlemagnes und Ludwigs XIV., er denkt bonapartistisch (Kontinentalsperre). Darum hat er in Brüssel mit schroffem Veto die Aufnahme oder auch nur Assoziierung des „insularen" Englands, das auf seine besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sowie auf seine Landwirtschaft und die Vorzugsregelungen (Präferenzen) innerhalb des Commonwealth Rücksicht nehmen muß, verweigert und verhindert. Der französische Außenminister hat es dort brüsk ausgesprochen:

> „Ich sage es nochmals, wir trachten nicht nach einem größeren oder kleineren Europa, sondern danach, daß das von uns geschaffene Europa ein europäisches Europa ist."

Aus seinem Hegemoniestreben und seinem Gegensatz zu England heraus hat de Gaulle in einem Sondervertrag mit der ihm dienstgeneigten Bundesrepublik eine obligatorische Konsultation über Fragen vereinbart, die teilweise zur Zuständigkeit der EWG, WEU und NATO gehören. Ähnlich hat 1850 Preußen — allerdings erfolglos (Olmützer Punktation) — eine Union mit deutschen Mittel- und Kleinstaaten als besonderen Bundesstaat innerhalb des Deutschen Bundes zu dessen Beherrschung oder Lockerung betrieben. Es paßt in das Bild, daß Frankreich nun auch die WEU, der England angehört, lahmlegt. Die Krise schwelt weiter. Innerhalb der EWG werden stufenweise die Binnenzölle gesenkt, nach außen aber wird bereits ein schutzzöllnerischer Tarif aufgebaut. Von der oft beteuerten wirtschaftspolitischen Liberalität der EWG ist nichts zu merken. Vielmehr läßt der Entwurf des Außenzolltarifs die Benachteiligung des Handels dritter westlicher Länder schon jetzt mehr und mehr fühlbar werden. England seinerseits zog die Folgerung aus der französischen Haltung, indem es sich mit Schweden, Finnland, Österreich, der Schweiz und Portugal zu einer Gegenorganisation, der EFTA (European Free Trade Agency), zusammentat.

Das westliche Lager ist von tiefgehenden Vertrauenskrisen heimgesucht. Es lebt in einem Knäuel von Gegensätzen, Vorbehalten, Einsprüchen und Ablehnungen. Was bis jetzt erreicht wurde, ist ein buntscheckiges Stück- und Flickwerk. Die französische Politik blockiert die Einigung, die an sich unter der sengenden Strahlung des Ostens leidet. Sie wirkt wie ein Spaltpilz und gefährdet die NATO. Der französisch-deutsche Vertrag ist Partikularismus gegen die westeuropäische

Einigung. Er wird sich geltendmachen, auch wenn er durch eine Präambel im Bonner Ratifizierungsgesetz und durch eine Entschließung des Bundestages formell an die EWG, WEU und NATO angehängt wird. Das Bild bleibt unverändert, es wird nur gerahmt. Bundeswirtschaftsminister Erhard meinte nach dem französischen Veto, die EWG sei jetzt nur ein Mechanismus, kein lebendiges Gebilde mehr. Der Franzose Jean Monnet, der „Vater" der EWG, klagte: „Jetzt droht uns die Uneinigkeit mit allen ihren Gefahren." Und Premier Macmillan gestand im Fernsehen:

> „Was in Brüssel geschehen ist, war schlimm. Schlimm für uns, für Europa, für die ganze Welt."

Neuerdings haben de Gaulle und sein Außenminister die Form ihrer Unversöhnlichkeit etwas gemildert. Aber das ist Taktik, um die internationale Stellung Frankreichs zu verbessern und seine Isolierung zu verhindern. Es ist bloße „Akzentverschiebung". In den Grundlagen und Hauptzielen seiner Politik gibt das gaullistische Frankreich nichts auf. Es erweist sich, wie schwer es ist, gegensätzliche Interessen unter einen Hut zu bringen. Auf dem Papier und am grünen Tisch mochte sich die westeuropäische Einigung wunderschön ausnehmen, aber hart in der Wirklichkeit stoßen sich die Dinge. Es hat in der jüngsten Vergangenheit schon einmal den Plan einer europäischen funktionellen Arbeitsteilung unter der Führung und Herrschaft des deutschen „Herrenvolkes" gegeben. Aber zur Verwirklichung dieses nationalsozialistischen Vorhabens fehlte nur eine Kleinigkeit: der Sieg.

EWG-Anhänger gehen davon aus, daß nur eine wenigstens wirtschaftlich geeinte freie Welt auf die Dauer in der Lage sein werde, ohne Rückschläge die wachsenden Verteidigungslasten aufzubringen und den Entwicklungsländern gegenüber eine Politik der Offenen Tür zu betreiben. Aber auf dem eingeschlagenen Wege wird das nicht zu erreichen sein. Die Zeiten des Marshallplanes, in denen Washington in Westeuropa unumschränkt herrschte, sind vorbei. Der große Plan der amerikanischen Politik, das ihr entgleitende Westeuropa durch den Beitritt Englands zur EWG wirtschaftlich und politisch zurückzuholen, ist mit dem französischen Veto und dem französisch-deutschen Konsultationsvertrag fehlgeschlagen. Auch militärisch mehren sich die Gegensätze. In einer Zeit, da sich ein weltweiter Ausgleich zwischen Ost und West, auch zwischen der Sowjetunion und dem Vatikan, anbahnt und der Ruf der österlichen Friedens-, Liebes- und Toleranz-Enzyklika des Papstes (Pacem in terris) die Koexistenz als Wesenselement einer christlichen Friedensordnung anerkennt, erscheint es überholt und verfehlt, eine Organisation Westeuropas auf feindlichem Blockdenken aufzubauen. Menschen kommen und gehen, eine Regierung löst die andere ab, die Politik wechselt, weil sich die Verhältnisse ändern.

III

Es erhebt sich daher die Frage, ob und wie eine Einigung der „Welt" denkbar ist. So richtet sich der Blick auf die Vereinten Nationen (UN), New York. Sie sind eine Vereinigung von Staaten, die an die Stelle des Genfer Völkerbundes getreten ist. Sie wurde 1945 durch die Charta von San Franzisko geschaffen. Ihr Zweck ist die Wahrung des Weltfriedens und der Sicherheit, die Förderung und Pflege freundschaftlicher Beziehungen der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, die internationale Zusammenarbeit zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme und die Förderung der Menschenrechte ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion. Die Hauptorgane sind die Vollversammlung, der Sicherheitsrat (mit

Vetorecht jedes einzelnen Mitglieds), der Treuhänderrat für treuhänderisch verwaltete Gebiete und das Generalsekretariat. Sonderorgane, in denen auch Nichtmitglieder der UN vertreten sein können, sind die Internationale Arbeitsorganisation, Genf, die Internationale Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Welternährungsrat), Rom, und der Internationale Währungsfonds, Washington, mit seiner Internationalen Bank für Wiederaufbau (Weltbank). Die Bundesrepublik ist Mitglied der Arbeitsorganisation und des Währungsfonds; die Sowjetunion und die Schweiz gehören dem letzteren nicht an.

Sanguiniker, Optimisten, Träumer wollten in den UN bereits den Keim zu einer Weltregierung sehen. Die Vereinigten Staaten ihrerseits glaubten, in den UN und ihrer Mehrheit ein zuverlässiges Werkzeug ihrer eigenen Weltpolitik zu haben. Über ein Jahrzehnt erfüllte sich diese ihre Erwartung. Seit der Aufnahme zahlreicher aus dem Kolonialstatus ausgeschiedener Länder aber haben sich die Mehrheitsverhältnisse grundlegend geändert. Die US-Politik besitzt in den UN keine ihr hörige Mehrheit mehr; die Mehrheiten wechseln. Das Forum der Vereinten Nationen ist nicht schon Einrichtung einer geeinten Welt. In dem Glaspalast am East River bestehen vielfache und starke Gegensätze, auch solche der Rassen. Die Vertreter der ehemaligen Kolonialvölker hegen einen in absehbarer Zeit kaum zu besänftigenden Groll gegen die Weißen, ihre einstigen Herren. Auch finanzielle Schwierigkeiten stören und hemmen die Tätigkeit der UN, weil der Ostblock gewisse Sonderbeiträge (beispielsweise für den Kongo und andere) nicht zahlen will.

Auch das etwa 40 Mitgliedstaaten zählende GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) brachte keine wesentlichen Fortschritte in der Einigung der Welt. Es wurde zur Förderung des Außenhandels, besonders durch Herabsetzung der Zollschranken, 1947 in Genf abgeschlossen. Da dem amerikanischen Vorhaben mit England und der EWG ein Erfolg versagt blieb, unternimmt Washington jetzt eine neue Runde zur Ausdehnung seines wirtschaftlichen und politischen Einflusses. Die amerikanische Zahlungsbilanz ist seit Jahren passiv, die Arbeitslosigkeit nicht gering, der Bundeshaushalt nicht ausgeglichen und der Preisanstieg unaufhaltsam. Das Defizit im Außenhandel muß durch Goldausfuhren abgedeckt werden. Nun hat sich der US-Präsident vom Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus) in einer Trade Expansion Act ermächtigen lassen, die amerikanischen Einfuhrzölle auf Gegenseitigkeit zu senken. Diese Liberalisierung der Einfuhr möchte er im Rahmen des GATT durchführen, zu dessen Mitgliedern auch England, die Sowjetunion und die Bundesrepublik zählen. Zollvorteile, die sich einzelne GATT-Mitglieder einräumen, kommen grundsätzlich allen Mitgliedern zugute. Bisher sind solche Zugeständnisse stets nur mühsam Ware für Ware ausgehandelt worden. Jetzt schlägt Amerika vor, jeweils gleich über ganze Warengruppen zu verhandeln.

Aber schon hat Frankreich, dem seine exklusive EWG vorgeht, wissen lassen, es werde fordern, die Verhandlungen im GATT über die Zollsenkungen nach der Trade Expansion Act erst dann beginnen zu lassen, wenn alle offenen Fragen in der Landwirtschaftspolitik der EWG geregelt sind. Mit anderen Worten: die Zollverhandlungen zwischen Amerika und der EWG sollen erst dann aufgenommen werden, wenn der gemeinsame kleineuropäische Agrarmarkt durch Marktordnungen und Einfuhrschleusen so umwehrt ist, daß für landwirtschaftliche Einfuhren aus dritten Ländern keine Möglichkeit mehr besteht. Die Partner Frankreichs ihrerseits wollen fordern, daß die Verabschiedung der noch ausstehenden Agrarverordnungen der EWG nur erfolgen darf, wenn gleichzeitig von Frankreich garantiert wird, daß es die Verhandlungen im GATT nicht ebenso durch sein Veto blockiert, wie es dies bei den Beitrittsverhandlungen mit England getan hat.

So sieht die Einigung Westeuropas oder der Welt gegenwärtig aus. Es sind noch zerbrechliche, fragwürdige Gebilde. Für eine wirkliche Einigung Westeuropas im Sinne eines staatenbündischen oder bundesstaatlichen Zusammenschlusses fehlen alle Voraussetzungen. Schwer vorauszusehen ist, daß und wann einmal eine Weltregierung kommt, also „eine öffentliche Gewalt, deren Macht überall auf der Erde Geltung haben muß" (Osterenzyklika).

Es ist wohl sinnvoller und realistischer, vorerst weniger von Einigung und Zusammenschluß als von Zusammenarbeit der friedlich nebeneinander existierenden Länder und Völker zu sprechen. Als erstes Mittel dazu mag die Einberufung eines Welthandelskongresses dienen.

Joachim C. Fest

Die technizistische Amoral

Das Bild Albert Speer's

In diesen Tagen erscheint im Münchener Piper-Verlag das Buch „Das Gesicht des Dritten Reiches" von Joachim C. Fest, dem wir den folgenden Beitrag als Vorabdruck entnehmen. Bewußt wählten wir Ausschnitte aus dem Kapitel über Albert Speer aus — den Mann, der, wie es scheinen konnte, gar kein Nazi war und dennoch dem verbrecherischen Regime an hervorragender Stelle diente. Die Frage der vorgeblich Unpolitischen, die, oft gegen ihren Willen, der politischen Reaktion Vorschub leisten, wird in unserem Lande noch lange aktuell bleiben.

D. Red.

Die Prozesse der Demoralisierung gehen meist unmerklich und tief verborgen in den sozialen Strukturen vor sich. Erst große Erschütterungen brechen von Zeit zu Zeit die festen Schalen trügerischer Selbstgewißheit auf und legen den wirklichen Zustand des allgemeinen Bewußtseins bloß. Im Verlauf ihres atemberaubenden Aufschwungs während der vergangenen hundert Jahre hat die Technik, zusammen mit einer eigenen Ideologie, eine eigene Moralbeziehung entwickelt, die auf älteren Vorstellungen vom Selbstverständnis wissenschaftlichen Geistes beruhte. Danach war nicht nur die Technik selbst, sondern technische Tätigkeit überhaupt wertfrei, und wie es keine „bösen" Erfindungen und Entdeckungen gibt, so bleibt auch der technische Genius unberührt von der moralischen Seite eines Dienstverhältnisses, in das er sich begibt. Denn im Grunde, das war die unausgesprochene Hintergrundgewißheit, dient Technik gar keiner fremden Macht, sie ist selber Macht. Längst ihrer ursprünglichen Werkzeugfunktion entwachsen, ist sie nicht mehr Herrschaftsinstrument, sondern Herrschaftsträger.

Hinter solchen Überzeugungen war ein ethischer Subjektivismus wirksam, der geringschätzig auf die öffentlichen Dinge herabsah und in der Moral ausschließlich eine Sache der privaten Existenz sah. Tief befangen in der Welt der Zwecke, sah und dachte er konzentriert nur auf die selbstgesetzten Ziele und überließ den Staat, wer immer sich darum balgen mochte. Die Genugtuung persönlichen Wohlverhaltens in der eng begrenzten Zone individuellen Handelns ging einher mit dem Verzicht auf die Erkenntnis der Wirkungszusammenhänge, in denen alles Tun sich vollzieht. Diese Verhaltensweise, die in einer geordneten, auf identische

Überzeugungen und Maßstäbe gegründeten Welt ihre Rechtfertigung in sich tragen mochte, ist jedoch in den Strudel der Problematik gerissen worden, den die modernen totalitären Systeme unter der Oberfläche aller herkömmlichen Auffassungen erzeugt haben. Die politische „Naivität", die an ihrem Platze, wo immer auch, leistete, was Pflicht oder traditionelles Berufsethos zu gebieten schienen und sich keine Rechenschaft ablegte über die Kraftfelder, in die auch das streng sachbezogene Handeln unaufhebbar eingebettet liegt, ist in ihrer ganzen Fragwürdigkeit offenbar geworden, zumal die totalitäre Herrschaft gerade damit rechnet und darauf einen wesentlichen Teil ihrer Erfolge aufbaut.

Die selbstgewählte Isolierung des technischen Geistes ist gerade eine der entscheidenden Voraussetzungen seiner totalen Diestbarkeit, und der versachlichte Mensch, der sich nur noch als Funktion in einem Zusammenhang begreift, den er weder überschaut noch überschauen will, kommt den Bestrebungen dieser Herrschaft überaus entgegen. Hitlers gelegentlich behauptete Zukunftsvorstellung vom Termitenstaat ging von diesem Bilde des total vereinzelten, nur noch an seinem begrenzten Zwecken orientierten Menschen aus und führte konsequent zu Ende, worauf einst ein elitäres Bewußtsein gegründet war, das freilich die Möglichkeiten solcher Pervertierung schon immer enthielt. Die Ansätze dieser Entwicklung wurden sichtbar, als im Jahre 1933 zahllose Menschen ohne den Anflug einer Beunruhigung ihren technischen und organisatorischen Sachverstand den neuen Herren zur Verfügung stellten und damit den reibungslosen Übergang zum Dritten Reich auch auf diesem Gebiet ermöglichten — eine auffällige und für die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft entscheidende Parallele zu jenem „Einschnappen" des bürokratischen Mechanismus, das Max Weber in einer seiner Arbeiten als Voraussetzung moderner Machtergreifungsprozesse erkannt hatte.

Wie kaum ein anderer hat während des Dritten Reiches Albert Speer, der Architekt und spätere Rüstungsminister Hitlers, diesen Typus des sachlich verengten Menschen und dessen technokratische Amoral repräsentiert, ehe beides in ihm die Widerlegung fand. Denn es waren nicht so sehr die Einflüsterungen eines nur sich selbst verpflichteten Ehrgeizes, die Verlockungen einer beispiellosen Karriere und die nahezu unbeschränkten Schaffensmöglichkeiten eines Künstlers bei Hofe, die ihn über viele Jahre hin an ein Regime banden, dessen Herrschaftspraxis ihm nach Herkommen und Charakter zuwider sein mußte; sondern es war überwiegend das Bewußtsein, daß dies alles ihn im Grunde nichts anginge: der Terror, der ihm nicht verborgen blieb, die Verfolgung von Minderheiten, Willkür, Konzentrationslager, Aggression nach außen — „Politik" eben, während er selbst Architekt, Techniker, Künstler war. Noch in Nürnberg hat er sich darauf berufen, daß seine „Aufgabe eine technische und wirtschaftliche", nicht dagegen eine politische gewesen sei, und auf die Frage, ob er nicht als gebildeter Mann den völkerrechtswidrigen Charakter der Fremdarbeiterverschleppungen erkannt habe, geltend gemacht, er sei Architekt gewesen und habe seine Rechtskenntnisse nur aus der Zeitung gehabt. Es entsprach nur dem Charakter dieser Äußerung, die um ihre humane Ignoranz so wenig verlegen war, daß er vor dem Tribunal zwar regelmäßig und auch glaubwürdig seine Ablehnung aller Gewaltpraktiken bezeugte, aber weniger mit einer humanitären als vielmehr mit der sachlichen Begründung, dies habe gegen sein auf ständige Leistungssteigerung gerichtetes ministeriales Interesse verstoßen.

Es hieße den angedeuteten Sachverhalt in seiner Problematik gründlich mißverstehen, wollte man eine Erscheinung wie diejenige Albert Speers unter dem Aspekt der welt- und zeitfremden Unschuld des werkversessenen Künstlers interpretieren. Er war, bei all seinen außerordentlichen Gaben, kein génie bête, kein

dummes Genie, und auch nicht unempfindlich, phantasiearm oder taub gegenüber den Appellen des Gewissens. Er war vielmehr intelligent, lebenszugewandt und zweifellos auch sensibel, aber eben erfüllt von der traditionellen antigesellschaftlichen Gleichgültigkeit des Künstlers und Technikers, die ihm alle Anfechtungen aus politischem Ursprung ersparte. Mit dem Hinweis auf seinen unpolitischen Beruf hat er sich andererseits auch die Aufdringlichkeiten des Regimes vom Leibe zu halten versucht, und fraglos hat diese Erwägung beispielsweise seine Weigerung mitbegründet, einen Ehrenrang in der SS anzunehmen. Gegen Ende des Krieges allerdings, als er sich der vernichtungssüchtig von Hitler, Bormann und Goebbels betriebenen Radikalisierung des Untergangs gegenübersah, versagte dieses Argument zusehends seinen Dienst. Eine Zeitlang versuchte Speer, einer Entscheidung auszuweichen: seine Denkschriften aus jenen Monaten formulieren seinen apolitischen Isolierungswillen unaufhörlich neu und dokumentieren nachdrücklich die unhaltbare Situation eines Mannes, der den Konsequenzen einer Politik auszuweichen versuchte, die er an prominenter Stelle mitgemacht und zugleich ignoriert hatte. Zwar hat er später in Nürnberg privat bekundet, es sei Hitler gewesen, der am Ende die einstigen Prinzipien selbstlosen Sachwaltertums gebrochen und nur noch ruhm- und eigensüchtige Ziele verfolgt habe; doch war dies der gleiche Trugschluß, der, weit unaufrichtiger freilich, die Apologien vor allem der bürgerlich-konservativen Partner Hitlers beherrscht. Von dem Tage an, da er sich zur Eroberung der Herrschaft über Deutschland anschickte, bis zum Rückzug in die Betongruft tief unter der Reichskanzlei, der Parole „Aschenkrieg" und dem Ende in feuriger Lohe aus 200 Litern Benzin lag die Konsequenz auf seiten Hitlers, der den von allem Beginn an eingeschlagenen Weg nie verlassen hatte. Den Bruch dagegen vollzog Albert Speer, als er sich um die Jahreswende 1944/45 zum Widerstand entschloß und mit den Attentatsvorbereitungen gegen Hitler den Irrtum seines Lebens zu korrigieren versuchte, der zugleich der Irrtum mehrerer Generationen war: daß man am Tische der Macht sitzen und zugleich nicht daran sitzen kann.

Eigenartigerweise deutet der paradoxe Satz zugleich etwas von der tatsächlichen Stellung Speers unter den Gefolgsleuten Hitlers an. Stets wirkte er fremd in ihrem Kreis, als sei er versehentlich unter all diese macchiavellistischen oder beutehungrigen Kleinbürger geraten, und schon in seiner äußeren Erscheinung spiegelte sich die Distanz zu dem Typus, der die nationalsozialistische Bewegung durch alle Funktionärsgrade so unnachahmlich verkörperte: jenem braununiformierten Politischen Leiter, der, mit breitem Nacken und Gesäß, fest im stämmigen trainierten Speck stand und laut, humorlos und gewalttätig zusammen mit der nationalen Revolution die Sache des eigenen Vorteils betrieb. Erziehung, Intelligenz, aber auch eine besondere Festigkeit im Charakter machten Speer zu einer echten Ausnahmeerscheinung. Obwohl seine Laubahn alle Voraussetzungen enthielt, durch die Charaktere korrumpiert zu werden pflegen, bewahrte er bis zum Ende seine persönliche Integrität sowie die Fähigkeit, seine Überzeugungen offen auszusprechen, und der englische Historiker Hugh R. Trevor-Roper hat es, bei aller Schärfe der Bewertung im allgemeinen, freimütig ein „Mysterium" genannt, daß Speer, nach so vielen persönlichen Triumphen, weder auf seine objektive noch auf seine kritisch-intellektuelle Haltung je verzichtete. Nicht zu Unrecht hat man ihm die seltene Eigenschaft der Zivilcourage nachgerühmt, die ihn nachdrücklich aus dem medial beherrschten Gefolge Hitlers heraushob, wie denn überhaupt dessen unausgelüftete Dämonie an der sachlichen Prägnanz der Erscheinung Speers vergeblich ihre Macht versuchte . . .

Speer entstammte einer alten Baumeisterfamilie, hatte sich 1931 der NSDAP angeschlossen und, neben einigen kleineren Arbeiten als Privatarchitekt, im

darauffolgenden Jahre zwei Aufträge für die Gauleitung Berlin ausgeführt. Anfang 1933 wurde ihm die künstlerisch-technische Ausgestaltung der Großkundgebung zum 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld übertragen, eine Aufgabe, an der sich zum ersten Male sein improvisatorisches Geschick bewährte, indem er mit rasch aufgestellten Fahnenmasten und, in der Schlußveranstaltung am Abend, durch einfallsreiche Lichteffekte das von seinen Auftraggebern gewünschte Stimmungsgepräge erzielte. Damit hatte die nationalsozialistische Massenfeier jenen Stil gefunden, den Speer auf den Kundgebungen zum Erntedankfest auf dem Bückeberg, bei der Tannenbergfeier oder schließlich den Aufmärschen im Rahmen der Reichsparteitage ständig ausbaute. Mit außerordentlicher Einfühlung ins massenpsychologisch Wirksame vervollkommnete er den bis dahin allzusehr von riesenhaften Ausmaßen und Zusammenballungen allein bestimmten Veranstaltungsstil der NSDAP, indem er quaderartige Bauten, Treppen, Pylonen, Fahnenwände und die berühmten Lichtdome: Scheinwerfer, die, rings um das Aufmarschgelände postiert, unter dem nächtlichen Himmel eine pathetische Raumwirkung erzielten, mit gegliederten Menschenmassen zu jener Liturgie des Monumentalen kombinierte, die als Stilisierung kleinbürgerlicher Imponiersucht so überaus genau das psychologische Diagramm der Bewegung wiedergab und noch heute, vor allem im kommunistischen Herrschaftsbereich, ihre Nachahmer hat.

Mit diesen Erfolgen begann Speers steile Karriere, die dem noch nicht Dreißigjährigen eine Fülle von Ämtern und Aufgaben eintrug. Schon 1934 erhielt er den Auftrag für den Entwurf des Reichsparteitaggeländes in Nürnberg, im gleichen Jahre wurde er zum Leiter des Amtes „Schönheit der Arbeit" und Anfang 1937 zum Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt ernannt, dem, wie Hitler betonte, die planmäßige „Ausgestaltung Berlins zu einer wirklichen und wahren Hauptstadt des Deutschen Reiches" oblag. Mit ihm konzipierte Hitler — seinen einstigen Baumeisterträumen späte Befriedigung verschaffend — die Neugestaltung auch der übrigen deutschen Städte in Riesenbauten und Anlagen, die ein epigonenhaftes Stilgefühl bezeugten, indem sie antikisierende Formelemente, wuchtiges Übermaß und mangelnde Anmut zu einem Eindruck feierlich gebändigter Leere vereinigten. Der Königsplatz in München oder die Neue Reichskanzlei, die nach einer zeitgenössischen Quelle als „erster Staatsbau . . . für alle weiteren Bauten die Form vorgezeichnet" habe, aber auch zahllose Skizzen, Entwürfe sowie Halbvollendetes gaben und geben noch heute eine bedrückende Vorstellung dieser Pläne. Speer erwies sich dabei als genialer Verwirklicher der von Hitler inspirierten Linie überschnappender Monumentalität, und die erwähnte Quelle spricht denn auch von „Bauten des Glaubens", in denen sich „das Wort des Führers zum ‚Wort aus Stein' (ergänzt)". Bereitwillig übertrug er die persönliche Bewunderung für seinen Gönner und Führer auf dessen architektonische Ideen, von denen galt, was die Frau des Parteiarchitekten Paul Ludwig Troost von Hitlers Kunstauffassung überhaupt geäußert hat: er sei damit im Jahre 1890 stehengeblieben. Seiner Vorliebe für die pompöse Dekadenz eines Malers wie Hans Makart entsprach das Gefallen an dem schalen Klassizismus des Wiener Parlamentsgebäudes, das er, zusammen mit dem Opernhaus und den belanglosen Prachtbauten an der Ringstraße, als die stärksten architektonischen Eindrücke seiner Wiener Jugendjahre geschildert hat: stundenlang, so hat er versichert, konnte er bewundernd davorstehen. Das Schwüle und das Aufwendige, das Glatte, Anspruchslose und handwerklich Genaue, Richard Wagner und die Allegorie „Die Sünde" des Piloty-Schülers Franz Stuck waren die Orientierungspunkte seines Kunstsinns, den er in der staatlichen Kulturpolitik ebenso wie in den offiziellen Repräsentationsbauten mit der Rachsucht des gescheiterten Kunstschülers zur verpflichtenden Norm erhob. Auch zwischen Speer und ihm kam es

gelegentlich offenbar zu Meinungsverschiedenheiten; denn als Wilhelm Furtwängler einmal äußerte, es müsse „doch herrlich sein, so im großen Stil nach eigenen Ideen bauen zu können" soll Speer, dem Vernehmen nach, ironisch geantwortet haben: „Stellen Sie sich vor, jemand würde zu Ihnen sagen: Es ist mein unerschütterlicher Wille, daß die ‚Neunte' von nun an nur auf der Mundharmonika aufgeführt werden darf." Die gesamte Planung war eintönig-unterschiedslos von „*gigantischen*" Ausmaßen bestimmt, in denen sich der traditionelle Diktatorenehrgeiz bekundete, die Hinfälligkeit der allein in der eigenen Person begründeten Herrschaft in gewaltigen Bauten überdauernd zu machen . . .

In Berlin sollte eine Kuppelhalle von 350 Metern Höhe mit 100 000 Sitzplätzen errichtet werden. Unter den Parteibauten, die projektiert wurden, um der Stadt Nürnberg „ihr künftiges und damit ewiges Gepräge" zu geben, befand sich eine Kongreßhalle für 60 00 Personen, ein Stadion, „wie es die Erde noch nicht gesehen hat" für 500 000 und ein Aufmarschgelände für eine Million Menschen. 70 Kilometer Gleisanlagen waren allein für die Ausschachtungsarbeiten des Stadions erforderlich, 600 Millionen Ziegelsteine für die Fundamente, während die Außenmauern 90 Meter hoch werden sollten . . .

Trotz der wachsenden Zahl der Ämter, die Albert Speer im Verlauf seines Aufstiegs bekleidete, basierten seine Stellung und sein Einfluß ausschließlich auf der engen persönlichen Beziehung zu Hitler; und da er wußte, daß er keine institutionelle Macht, sondern nur eine Vertrauensposition besaß, hielt er sich von den Rivalitäten der führenden Funktionäre fern. Sein Ehrgeiz blieb unpolitisch, und bis zum Jahre 1942, als er zum Minister ernannt wurde, hat er „nie im Leben eine Rede gehalten". Zudem besaß er ein uneigennützigeres Temperament als die sich befehdenden Machtträger an der Spitze, das von den Aufgaben stärker als von der Macht angezogen war . . .

Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Speer eine der wenigen Ausnahmen war, denen gegenüber Hitler sein eingewurzeltes Mißtrauen gegenüber Menschen mit bürgerlicher Herkunft überwand, und Speer selbst hat bekannt: „Wenn Hitler Freunde gehabt hätte, dann wäre ich sein Freund gewesen." Von den zahlreichen Beweisen persönlicher Gunst, die Hitler ihm so offen bezeugte, blieb er im übrigen nicht unbeeinflußt. Zweifellos verehrte er ihn zu dieser Zeit uneingeschränkt und konnte, in all seiner artistisch-technischen Gesellschaftsfremdheit, keinen Grund finden, seinen Emotionen zu mißtrauen. Soweit die Wirklichkeit den leicht schwärmerischen Vorstellungen, die er sich davon machte, widersprach, blieb sie ausgeklammert. Nichts war ihm, der in der Mischung aus politischer Ahnungslosigkeit und fachmännischer Engstirnigkeit eine so bezeichnende Erscheinung im Typenkatalog jener Jahre war, weniger bewußt, als daß er zum Komplizen eines verbrecherischen Regimes geworden und die Freundschaft Hitlers eine fragwürdige Auszeichnung war. In seiner ersten öffentlichen Rede, am 24. Februar 1942, erklärte er denn auch fast bedrückt, daß er ein großes Opfer bringe: „Ich habe mich bis vor kurzem in einer idealen Welt bewegt."

Er war 36 Jahre alt, als er, nach dem rätselhaften Tod von Fritz Todt, das Ministerium für Bewaffnung und Munition übernahm. Schon gelegentlich mit organisations- und transporttechnischen Problemen befaßt, machte er sich jetzt energisch und mit unorthodoxen Lösungen an die neue Aufgabe und überwand binnen kurzem die ersten kritischen Störungen im Mechanismus der deutschen Rüstungsindustrie. Mit dem Mut zur Improvisation, der ihn auszeichnete, überbrückte er zerstörte Verbindungswege, richtete er Fabrikationsstätten wieder her, baute neue Industrien auf, reiste persönlich an die Front, um sich bei der Truppe von den Vorzügen oder Mängeln ihrer Waffen und Ausrüstungsgegenstände zu überzeugen, und fuhr, wie Goebbels in seinem Tagebuch notierte, mit

den „hohen Militärherren richtiggehend Schlitten". Eine unbürokratische Großzügigkeit verband er mit jenem „Instinkt für das Richtige", den er sich selbst zuerkannt hat, und formte das übernommene Ministerium nach seinen eigenen unkonventionellen Vorstellungen um, indem er an die Stelle der Beamtenhierarchie den sogenannten „typischen Speer-Apparat" setzte: eine qualifizierte Gruppe von relativ unabhängigen Fachleuten, die Initiative, Tatkraft und Sachkenntnis besaßen. Innerhalb kurzer Zeit stellten sich die Erfolge ein. Es gelang nicht nur, trotz der immer heftiger werdenden Luftangriffe, den Verkehr bis zum Kriegsende im Ganzen funktionsfähig zu erhalten, sondern die Produktion stieg von Monat zu Monat und erreichte trotz aller Widrigkeiten im Sommer 1944 ihren Höhepunkt. Allein die Flugzeugproduktion kletterte beispielsweise von 9540 Frontmaschinen im Jahre 1941 auf 34 350 Maschinen im Jahre 1944, und statt 2900 schweren Panzern wurden 1944 insgesamt 17 300 hergestellt. Zwar wird man bei diesen Angaben berücksichtigen müssen, daß nicht alle von Speer veröffentlichten Statistiken letzte Glaubwürdigkeit verdienen. Goebbels jedenfalls fragte Ende 1943, nachdem die Rote Armee soeben den Dnjepr überschritten hatte, mißtrauisch, wo denn die Mehrproduktion eigentlich geblieben sei. Aber die Erfolge waren doch unübersehbar, und Hitler nannte seinen jüngsten zugleich seinen „fähigsten Minister". Ohne die Aktivität Speers, der schon 1943 über 80% der deutschen Industriekapazität in seiner Hand vereinigte, hätte er den Krieg zweifellos nicht so lange fortsetzen können und möglicherweise, wie der Minister selbst vermutete, bereits 1942/43 verloren geben müssen.

Dieser Sachverhalt macht indes auch die ganze Fragwürdigkeit seiner Bemühungen deutlich, und gewiß hat Speer diesen Zwiespalt allmählich erkannt, wenn er ihn auch zunächst in seiner technokratischen Selbstsicherheit persönlich nicht empfunden haben mag. In seinen Reden aus jener Zeit zitiert er unaufhörlich Produktionsziffern, Stückzahlen, Endfertigungen, Kapazitäten wie im Rausch vor diesen trügerischen Erfolgsbilanzen, und der produktionstechnische Kommandojargon, den er verwendete, kennt ausschließlich die „Mobilisierung von Leistungsreserven", die „Überwindung von Engpässen" u. a. m., Chiffren sämtlich, die losgelöst waren von der politischen Wirklichkeit und einer nachdenklichen Wendung keinen Raum ließen. Erst als er im Frühjahr 1944 für mehrere Monate erkrankte, schien er sich erstmals von seinen fachmännischen Fixierungen zu lösen und jene Befangenheit abzustreifen, die allem voraussetzungslosen Denken ausschließlich in den Kategorien von Leistung und ‚efficiency' innewohnt. Denn es waren offenbar diese Wochen, die in ihm die Elemente jenes inneren Konflikts freisetzten, der ihn von nun an unablässig gefangennahm. Nach seinen eigenen Worten hatte er schon auf dem Höhepunkt der Erfolge, im Sommer 1940, erste Anzeichen für die inneren Mängel und Verächtlichkeiten des nationalsozialistischen Herrschaftswesens erkannt, seinen prahlerischen Hochmut, seine Gier und die Maßlosigkeit des schlechten Siegers. Gleichwohl hatte er weiter seinen fachmännischen Gleichmut bewahrt, hatte fortgefahren, seinen Ehrgeiz in der Mitte derer zu befriedigen, die er zu verachten begann, und dem Regime die Tempel seiner Tausendjahrerwartung zu bauen. Jetzt begann er zu entdecken, daß die ökonomisch-technische Verfügungsmacht, über die er gebot, politische Verantwortlichkeiten nach sich zog. Diese Erkenntnis mag immerhin ihren Ausgang von der Gewißheit genommen haben, daß inzwischen alle Produktionssteigerungen von der Substanz zehrten und nur noch begrenzte Zeit durchzuhalten waren. Auch war sie wohl in diesem Stadium des immer totaler geführten Krieges vorwiegend von sachlichen Antrieben bestimmt, nämlich der Bekümmerung des Technokraten angesichts der schon geschehenen und weiterhin drohenden Vernichtung so vieler Fabriken, Bergwerke, Straßen, Brücken und Verkehrsanlagen. Jedenfalls kehrte

er ohne jene überzeugungskräftige Sicherheit in sein Amt zurück, die ihn einst ausgezeichnet hatte. Die Zweifel verstärkten sich noch, als Hitler, den Beobachtungen Speers zufolge, vom Sommer 1944 an begann, die „Hauptschuld am Kriegsverlauf im Versagen des deutschen Volkes, keinesfalls aber bei sich selbst" zu suchen, und unter der Parole „Sieg oder Untergang" Anstalten traf, die immer sinnloser werdende Fortführung des Krieges in die Vorbereitung der totalen Selbstvernichtung hinüberzuleiten. Damit geriet Speer in die „Krise seines Lebens".

In ihm kämpften Gefühle der Loyalität mit dem Bewußtsein der Verantwortung. Gewiß verdankte er Hitler viel. Die Auszeichnung persönlicher Zuneigung, die großzügig gewährten künstlerischen Möglichkeiten, Einfluß, Ruhm — das alles hatte ihm viel bedeutet. Aber er hatte sich immer eine idealistische Beweitwilligkeit bewahrt, die die Sache über die Personen stellte, und seine Nüchternheit war durchsetzt von einem sehr deutschen, romantisch gestimmten Enthusiasmus, der hinter dem Pathos von Kalendersprüchen die ganze Wucht kategorischer Imperative empfand. Seine späteren Denkschriften an Hitler beweisen das sehr deutlich, und in einer von ihnen hat er bekannt, er könne nur mit dem Gefühl inneren Anstands, mit Überzeugung und Glauben arbeiten, Voraussetzungen, die Hitler nun zusehends in Frage stellte. Der Versuch, sich die Alternative zu verschleiern und der Entscheidung zwischen den persönlichen Gefühlsbindungen und den Interessen des Landes und seiner Menschen auszuweichen, wie ihn beispielsweise die Denkschrift vom 20. September 1944 noch einmal unternahm, dauerte daher nur kurze Zeit. Schon einige Wochen vorher hatte er vielmehr begonnen, die von Hitler angeordneten Zerstörungsmaßnahmen in den vom feindlichen Vormarsch bedrohten Gebieten zu durchkreuzen. Um ihn nachgiebiger zu stimmen und die Einsicht in den bereits aus wirtschaftlichen und technischen Gründen unvermeidbaren Zusammenbruch der Kriegsanstrengungen zu wecken, verfaßte er zahlreiche Memoranden. In einer Denkschrift vom 30. Januar 1945, die mit den Worten begann: „Der Krieg ist verloren . . .", versuchte er, den Trugbildern, die der Irrwelt des Führerhauptquartiers das unwirkliche Gepräge gaben, eine umfangreiche realistische Situationsanalyse entgegenzusetzen, ohne allerdings mehr zu erreichen als die von nun an unverhüllte Gegnerschaft sowohl von Bormann als auch von Goebbels, der lange zu ihm gehalten hatte. Hitler dagegen weigerte sich angesichts des Anfangssatzes, das Schreiben überhaupt weiterzulesen. Zusehends geriet Speer nun in Ungnade. Doch mit dem Mangel an blindem Respekt, der ihm eigen war, begann er daraufhin, den Untergangsplänen Hitlers systematisch entgegenzuarbeiten. Im Frühjahr 1945 spitzte sich die Auseinandersetzung dramatisch zu. Als Speer am 18. März im Führerhauptquartier eine Denkschrift überreichte, die den unmittelbar bevorstehenden „endgültigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft mit Sicherheit" voraussagte und die Verpflichtung der Führung betonte, dem Volk die Voraussetzungen seiner Weiterexistenz zu sichern, kam es zu einem heftigen Zusammenprall . . .

Während Hitlers Selbstsucht deutlich die Gestalt enttäuschten Hasses gegen das eigene Volk annahm, ging Speer zu offener Gegenaktivität über. Zwar war sein Weisungsrecht ausdrücklich aufgehoben worden; dennoch reiste er in die frontnahen Gebiete, überzeugte die örtlichen Behörden von der Sinnlosigkeit der Befehle, ließ Sprengstoff versenken und verschaffte den Leitern lebenswichtiger Betriebe Maschinenpistolen zur Verteidigung gegen die eingesetzten Sprengkommandos. Von Hitler schließlich zur Rede gestellt, erklärte er erneut, daß der Krieg verloren sei. Hitler gab ihm eine 24stündige Bedenkzeit. Doch statt der Versicherung wiedergewonnener Siegeszuversicht überreichte Speer ihm ein ausführliches Schreiben, das ihre gegenseitige Beziehung analysierte und die Auf-

hebung des Zerstörungsbefehls vom 19. März verlangte. Dennoch gelang es ihm schließlich, Hitler so weit zu versöhnen, daß er seine Amtsvollmachten zurückerhielt. Unter Ausnutzung des allgemeinen Befehlswirrwarrs gab er sodann, teils im Namen fremder Instanzen wie des OKW oder der Reichsbahn, teils im eigenen Namen, zahlreiche Anordnungen heraus, die er Hitler vorenthielt und die bisweilen nur dem Vorsatz dienten, das Zuständigkeitschaos zu erhöhen, um die in Gang gesetzte Aktivität der Vernichtung zu lähmen. Zugleich leitete er Schritte in die Wege, die die Absicht führender Funktionäre verhinderten, sich durch die Flucht ins Ausland der Verantwortung zu entziehen. Am Ende faßte er schließlich, in seiner „Verzweiflung", wie er sagte, den Plan, Hitler mit jener eigensüchtigen Kumpanei, die sich in apokalyptischer Endstimmung im Bunker der Reichskanzlei um ihn geschart hatte, durch Einführung von Giftgas in das unterirdische Entlüftungssystem zu töten; denn er hatte „seine Berufung einst vom Volke erhalten", so meinte Speer. „Er hatte kein Recht, mit seinem Schicksal auch das Schicksal des Volkes zu verspielen." Doch ein in letzter Minute von Hitler selbst verfügter Umbau des Luftschachtes machte die Durchführung des sorgfältig geplanten Unternehmens zunichte. Noch einmal war Hitler einem Attentatsplan entkommen.

Gleichwohl war dies nicht der Abschluß ihrer merkwürdigen Beziehung. Vieles kam zusammen: Eigenem Bekenntnis zufolge fürchtete Speer, feige zu erscheinen. Auch fühlte er wohl unter den Trümmern seines einstigen Treuegefühls noch vereinzelte Impulse lebendig, und am Ende mag jene psychologische Erscheinung im Spiel gewesen sein, wonach jeder Aufklärung noch einmal ein Rückfall in die bergende Dunkelheit des alten Aberglaubens folgt. Jedenfalls flog Speer, von „widerstreitenden Gefühlen" erfüllt, wie er selbst versicherte, am 23. April 1945 in das umklammerte, brennende Berlin, um sich von seinen Mitarbeitern zu verabschieden und „um mich nach allem, was geschehen war, Hitler zur Verfügung zu stellen". Ohne Zögern bekannte er sich zu den Maßnahmen, die er getroffen hatte, um den Befehl vom 19. März zunichte zu machen. Doch statt des erwarteten Zornesausbruchs blieb Hitler ruhig und schien eher beeindruckt von der Freiheit, mit der Speer ihm entgegentrat. Unbehelligt ließ er ihn gehen. Lediglich sein Name verschwand von der Kabinettsliste, die er wenige Tage später testamentarisch verfügte.

„Sie standen alle in seinem Bann", hat Speer von den führenden Gefolgsleuten Hitlers gesagt, „sie gehorchten ihm blind, ohne eigenen Willen — was immer die medizinische Bezeichnung für dieses Phänomen sein mag". Doch er selbst war die Ausnahme, die einzige Erscheinung, die in der näheren Umgebung Hitlers sowohl das Opfer des eigenen Willens als auch das von Vernunft und Charakter verweigerte, zu dem die Mehrzahl sich so eilfertig drängte. Die apologetische Natur der Memoiren und Selbstdarstellungen über jene Zeit hat der These von der bezwingenden Gewalt Hitlers und der angeblich unwiderstehlichen Magie seines Willens das Wort geredet. Die Erscheinung Speers beweist, daß es offenbar weit eher die Schwäche und Nichtigkeit der Charaktere in seiner Umgebung war, die dem ‚Führer' eine so unangefochtene Überlegenheit bis zum Ende sicherten.

Trotz aller offen zugestandenen menschlichen und moralischen Besonderheit hat der englische Historiker Hugh R. Trevor-Roper indes Albert Speer den „wahre(n) Verbrecher Nazideutschlands" genannt, denn „er vertrat, stärker als irgendein anderer, jene verhängnisvolle Philosophie, die Deutschland verheert und die Welt beinahe in den Untergang getrieben hat. Zehn Jahre lang saß er im wirklichen Zentrum der politischen Macht . . . aber — er tat nichts". Doch täuschte sich dieses Urteil ebenso über die Strukturmerkmale hochindustrialisierter Gesellschaften wie über das Wesen totalitärer Herrschaftssysteme und über die Möglichkeiten des Einzelnen zu entgegenwirkender Aktivität. Tatsächlich saß Speer

bis zum Jahre 1942 weder in irgendeinem relevanten Sinne im wirklichen Zentrum der Macht, noch hat er nichts getan. Aber er repräsentierte einen Typ, ohne den weder die nationalsozialistische noch irgendeine andere Spielart des modernen Totalitarismus erfolgreich gewesen wäre: jenen Typ der Fachleute, die sich im Rückzug auf die angeblich unpolitische Position ihres Berufs eine vorwurfsfreie Existenz zu sichern suchten und nur taten, was sie ihre Aufgabe nannten, um gerade ihr Nichtstun unter dem Gesichtspunkt der ‚Pflichterfüllung" zu glorifizieren. Indem sie sich, wie einflußreich sie auch sein mochten, vom Geschehen des Tages fernhielten, keine Uniformen anzogen, keine Willkürakte verübten, keine Gesetze erließen oder Menschen verhafteten, blieben sie gewiß frei von rechtstechnisch greifbarer Schuld. Dennoch taten sie, an ihrer Stelle und angesichts ihrer Möglichkeiten, nicht genug, um die Errichtung und Ausbreitung der Gewalt abzuwehren, und so trifft sie der Vorwurf verweigerter Verantwortlichkeit fürs Ganze. Denn die Pflicht ist sehr wenig, wenn in einem Staat Uniformen angezogen, Willkürakte verübt und Menschen verhaftet oder getötet werden. Wer sich nur auf sein individuell untadeliges Verhalten berufen kann, bleibt vom Vorwurf nicht verschont, so viel persönliche Genugtuung auch darin liegen mag, aus solchen Zeiten unkorrumpiert hervorgegangen zu sein.

Dr. Eugen Koller

Die Not unserer Schulen (I)

Der folgende Aufsatz stammt aus der Feder eines langjährigen, versierten Schulmannes, der die Verhältnisse aus hautnaher ständiger Berührung kennt. Hier werden zum größten Teil konkrete Belege aus der Praxis präsentiert — und wenn diese auch überwiegend aus dem Schulleben Bayerns stammen, sind sie doch auch, so glauben wir, von allgemeinem Interesse, und wenn auch nur als abschreckende Beispiele. D. Red.

I

„Wir wissen heute, daß in wenigen Jahren eine Krise der Schule und im Gefolge davon eine Krise unseres Staates und unserer Gesellschaft ausbrechen kann, die unsere gesamte Existenz bedroht".

Mit diesem Alarmruf warnte Dr. Georg Picht vor den Folgen des Lehrermangels. Dr. Picht ist Mitglied des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen und Leiter der Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg. Er kommt zu dem Ergebnis, „daß wir uns einem Notstand zubewegen, der schon den Umfang einer Katastrophe annimmt". („Süddeutsche Zeitung" vom 16. 11. 1962, Seite 7.)

„Schon 1960 fehlten in der Bundesrepublik 37 000 Volksschullehrer, d. h. etwa ein Fünftel des Bestandes. Bis 1970 wird sich das Defizit auf 80 000 Lehrer erhöht haben, das wäre ein Drittel des dann erforderlichen Gesamtbedarfes von 240 000 Lehrern. Dabei ist ein zehntes Pflichtschuljahr noch nicht einmal berücksichtigt worden, während bei unseren westlichen und östlichen Nachbarn bereits das elfte Pflichtschuljahr in Vorbereitung ist. Obwohl sich unser Schulwesen nach inter-

nationalen Maßstäben bereits im Rückstand befindet, können wir nicht einmal einen Bestand erhalten, von dem jeder Sachkenner weiß, daß er nicht genügt."
(Dr. Georg Picht, a.a.O.)

Im kulturpolitischen Ausschuß des bayerischen Landtags sagte der Abgeordnete Franz Förster über den Lehrermangel:

„Wenn hier nichts geschieht, steuern wir auf eine K a t a s t r o p h e zu."
(Bayerische Schule" 1963, Seite 106.)

Trotzdem geschieht fast nichts. Alle bisherigen Rettungsversuche sind nur Strohhalme, dem Ertrinkenden zugeworfen, damit man sagen kann, es sei etwas geschehen.

Denn die beiden Hauptursachen des Lehrermangels sind Tabus, die man nicht anzufassen wagt: 1) Das Bekenntnisschulsystem und die unheilvolle Zerreißung in angebliche Bekenntnisschulen. 2) Die leistungsschwachen Rumpfschulen.

Die Angst vor diesen Tabus tarnt sich heute sehr diplomatisch als demokratische Gesinnung. Mit großzügiger freiheitlicher Geste überläßt man die Verbesserung der Schulorganisation dem Landvolk. Aber auf solche Weise hätten wir niemals das achte Schuljahr bekommen, ja vielleicht nicht einmal die allgemeine Schulpflicht.

Sicherlich hat der Lehrermangel mehr als nur zwei Ursachen. Daß aber vor allem die ungeteilte Rumpfschule und das Bekenntnisschulsystem den Lehrernachwuchs abschrecken, ergibt fast jede Aussprache mit Abiturienten.

Als sich Abgeordnete im bayerischen Landtag gegen Mittelpunktschulen aussprachen, faßte eine Studentenversammlung der pädagogischen Hochschule Bayreuth folgende Resolution:

„Mit Besorgnis wird beobachtet, daß der bayerische Landtag in der Schulpolitik Entscheidungen gefällt hat, die nach Ermessen der Studentenschaft den Erfordernissen eines modernen Bildungswesens nicht mehr gerecht werden. Die Studentenvertretung wies darauf hin, ‚daß immer mehr Junglehrer von Bayern nach Hessen abwanderten. Bei einer Fortsetzung dieser Bildungspolitik geraten wir in eine Schulkrise ohne Ende.' Auf einem Protestmarch durch Bayreuth trugen die Studenten der pädagogischen Hochschule Transparente, die mit Beifall bedacht wurden: ‚Mit Maunz zurück ins Mittelalter?' — ‚Steht Gesangbuch vor Leistung?' — ‚Gleiche Bildungschancen für alle: Mittelpunktschulen!' — ‚Hessen beweist: Es geht auch anders!'" („Süddeutsche Zeitung" vom 22. 5. 63, Seite 19.)

Warum will die Junglehrerschaft Mittelpunktschulen? Weil die Nachteile der einklassigen, ungeteilten Schule am meisten den Junglehrer treffen. Gerade die jüngsten und unerfahrensten Lehrer müssen in diese schwierigste Schule, wo acht Jahrgänge zugleich von einem einzigen Lehrer in allen Fächern unterrichtet werden. Ältere Lehrer melden sich an größere Orte, wo ihre Söhne studieren können. Trotz mehrmaliger Ausschreibung bewirbt sich kein älterer Lehrer um eine ungeteilte Schule. Also werden die jüngsten abkommandiert. Ausgerechnet in der schwierigsten Schule soll der jüngste Lehrer seine erste dienstliche Beurteilung bestehen. Ist er unverheiratet, erhält er oft in dem kleinen Dorf kein Gasthausessen. Die Gemeinde ärgert sich, weil er die große Familien-Dienstwohnung nicht bezahlt. Ist er verheiratet, folgt ihm die Ehefrau nicht ins Dorf, weil sie an größere Orte berufsgebunden ist.

60 % unserer Lehrkräfte sind heute weiblich. Bald werden es 80 % sein. Wird man Junglehrerinnen auf die entlegenen einklassigen Dorfschulen schicken? Ledige werden diese Einsamkeit nicht ertragen. Die Ehemänner der verheirateten sind aber in der Stadt berufsgebunden.

Der zunehmende Lehrermangel wird die Abschaffung der ungeteilten Schulen

erzwingen. Aus Angst vor einklassigen Schulen werden Abiturienten den Lehrerberuf meiden, Junglehrer den Beruf wechseln oder in Bundesländer ohne Einklaßschulen übertreten.

Die Abschaffung der einklassigen Schulen ist in der DDR schon bald nach 1945 gelungen. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der bayerischen Einklaßschulen mehr als verdreifacht:

DDR	1945:	4400	Einklaßschulen	DDR	1956:	51	Einklaßschulen
Bayern	1945:	600	Einklaßschulen	Bayern	1958:	2200	Einklaßschulen

Angeblich sind einklassige Dorfschulen nur von den Verkehrsverhältnissen bedingt. Man wendet ein, Kinder können nicht 10 km laufen zur nächsten größeren Schule. Dagegen ist zu sagen: Stallmist fährt motorisiert aufs Land, sogar im kleinsten, entlegensten Dorf. Warum ist im westlichen Wirtschaftswunderland Motorisierung für Schulkinder noch nicht erfunden worden? Wieso konnte die DDR ihre Schulkinder motorisieren, obwohl sie kein Wirtschaftswunderland ist? Sogar in Jugoslawien werden die Kinder aus kleineren Dorfschulen zusammengefaßt in Zentralschulen. Omnibusfahrt zahlt die Gemeinde. („Welt der Schule" 1962, Seite 202.) Wir fangen an, hinter dem Balkan zurückzubleiben.

Viele unserer Einklaßschulen werden aber gar nicht von ländlicher Abgelegenheit verursacht, sondern vom Bekenntnisschulsystem: In W. besteht eine katholische Schule mit acht Lehrern und im gleichen Ort eine einklassige evangelische Schule. („Der Stern" 1961, Nr. 41, Seite 23.) Die evangelischen Kinder in W. könnten von der katholischen Schule leicht übernommen werden, ohne daß ein neunter Lehrer nötig wäre. Konfessionelle Zersplitterung verschwendet Lehrer und verschärft den Lehrermangel. In U. ist ein evangelisches Schulhaus mit zwei Lehrern. Einer führt den 1.—4. Jahrgang mit 33 Kindern, einer den 5.—8. Jahrgang mit 25 Kindern. Im selben Ort steht aber noch ein katholisches Schulhaus, wo ein Lehrer alle acht Jahrgänge mit insgesamt 23 Kindern unterrichtet. Die 81 Kinder in dem Dörfchen U. könnten leicht von zwei Lehrern betreut werden.

Das bayerische Schulorganisationsgesetz vom Jahre 1950 baut nicht auf, sondern ab:

> „Die Errichtung einer eigenen Schule für die Bekenntnisminderheit, die bisher die Schule der Bekenntnismehrheit besuchte, ist dann anzuordnen, wenn die Zahl der volksschulpflichtigen Kinder der Bekenntnisminderheit in den nächsten 5 Jahren voraussichtlich 25 beträgt." (Aus den Ausführungsbestimmungen zum bayerischen Schulorganisationsgesetz.)

Also keine pädagogische, sondern eine konfessionelle Flurbereinigung! Katholiken und Protestanten auseinanderzusortieren — war das nicht die Idee deutscher Fürstentümler vor 300 Jahren?

Sogar heute noch, 1963, wird von einer leistungsfähigen achtklassigen Schule (mit acht Lehrern) eine leistungsschwache Zwergschule abgespalten. Ob dies dem Willen der Eltern entspricht, wird durch ein „Gutachten der zuständigen kirchlichen Oberbehörden" festgestellt. Wie diese den Elternwillen feststellen, ist in den Ausführungsbestimmungen zum Schulorganisationsgesetz nicht gesagt. Klar gesagt ist aber, daß Schulräte keine Bedenken anmelden dürfen in bezug auf die Leistungsminderung der Schule: „Für etwaige schulaufsichtliche Erwägungen ist in diesem Falle kein Raum." Unterschrift: Dr. Hundhammer.

Die einklassige Schule wird uns fast nur noch von katholischen Klerikern emp-

fohlen: Aus dieser Schule seien die meisten Großen unserer Kirche und unseres Vaterlandes hervorgegangen. Man verschweigt dabei, daß die Einklaßschule immer nur sehr wenig Kinder zum Studium schickte, meistens auserlesene Naturtalente. Und für die Aufnahmeprüfung werden sie jahrelang in Privatstunden extra gebimst.

Der bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverein betont in seiner Denkschrift „Zum Schulorganisationsgesetz" (S. 7/8), Untersuchungen haben ergeben,

> „daß die durchschnittliche Leistungsfähigkeit ein- und zweiklassiger Schulen um vierzig Prozent hinter der der ausgebauten Schulen zurückbleibt".

Uber die ungeteilte Schule gibt es eine wissenschaftliche Dissertation von Dr. Hans Dümmler (Verlag Süddeutsche Lehrerbücherei in München). Sie kommt zu einem für die ungeteilte Schule vernichtenden Ergebnis. Und Schulrat Ernst Heywang, einer der besten Kenner und Praktiker der Einklaßschule, schreibt:

> „Die einklassige Schule ist eine völlig überlebte, völlig unzeitgemäße Schulform und muß so schnell wie möglich aus Deutschland verschwinden."

Einklaßschulen sind schuld an der schlechten Ausstattung mit Lehrmitteln. Jedem Laien ist klar, daß acht Einklaßschulen mehr kosten als eine Schule mit acht Lehrern. Heizanlage, Kanalisation, Aborte, Pausenhalle, Turnplatz, Hausdach, Werkraum, Globus, Wandkarte usw. usw. ist für die große Schule nur einmal, aber für die kleinen Schulen achtmal nötig.

Darum reicht in kleinen Landschulen das Geld nicht für die notwendigsten Lehrmittel. In einem Regierungsbezirk (der sonst zu den schulfreundlichsten gehört und durchaus nicht zu den ärmsten) meldeten 66,8% der Schulen, ihre Ausstattung liege unter den Mindestforderungen. 25,57% besitzen die Mindestausstattung. Nur 7,63% überschreiten das Mindestmaß an Unterrichtsmitteln. Großstädte sind in dieser Umfrage nicht inbegriffen, wohl aber alle Kleinstädte. Klammert man sie aus, ist das Bild der Landschulen noch düsterer. (Die Mindestforderungen sind amtlich festgelegt und jedem Lehrer bekannt.)

> „Was man gelegentlich an uralten Landkarten, Schulbänken, Wandtafeln und Demonstrationsmaterial zu sehen bekommt, gehört bestenfalls ins Altertumsmuseum ... Die Lehrer machen vielfach einen entmutigten, überforderten, ja resignierten Eindruck. Sie fühlen sich von München in ihren vielfachen täglichen Schulnöten im Stich gelassen." — So schreibt Dr. Hildegard Brücher, Landtagsabgeordnete, Schulexpertin der FDP, in der „Süddeutschen Zeitung" vom 6. 10. 1961, Seite 6.

> „Die Diskussionen um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft haben der Öffentlichkeit gezeigt, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer gegenwärtigen Verfassung international nicht konkurrenzfähig ist. Gewiß hat das eine Fülle von Ursachen, die nur ein Experte beurteilen kann. Alle Experten sind sich aber darin einig, daß jede Modernisierung der Landwirtschaft eine Hebung des Bildungsstandes der Bevölkerung auf dem Lande voraussetzt. An der Höhe der Subventionen, die der deutsche Steuerzahler im Rahmen des Grünen Planes für die Erhaltung der Landwirtschaft zu entrichten hat, läßt sich ablesen, welche wirtschaftlichen Folgen es hat, wenn sich ein Staat ein unterentwickeltes Schulwesen leistet. Die Maßnahmen, die ergriffen werden müßten, sind bekannt: Es müßte durch Errichtung von Mittelpunktschulen dafür gesorgt werden, daß die Jugend auf dem Lande die gleichen Bildungschancen erhält wie in der Stadt." (Dr. Georg Picht in der „Süddeutschen Zeitung" vom 16. 11. 1962, Seite 7.) (Wird fortgesetzt.)

Dr. jur. Ilse Staff

Bewältigung der Vergangenheit (I)

I

Wir haben in Deutschland die, wie man es nimmt, vortreffliche oder schlechte Gewohnheit, von Zeit zu Zeit Schlagworte in Umlauf zu setzen, deren Kurswert sich wie der jeder Ware nach Angebot und Nachfrage bestimmt. „Bewältigung der Vergangenheit" — es vergeht kaum eine Konferenz oder Tagung, begonnen bei den Zusammenkünften von Kultusministern, Universitätsrektoren, Forschungs- und Wissenschaftsräten, bei der nicht die Forderung nach der „Bewältigung der Vergangenheit" irgendwie Gegenstand von Beratungen und Diskussionen ist. Nun haben Worte und insbesondere Schlagworte die Eigentümlichkeit, im Sprachgebrauch verschiedener Personen nicht immer den gleichen konkreten Sachverhalt auszudrücken. Die Mediziner verstehen unter Umständen unter einer „Bewältigung der Vergangenheit" etwas völlig anderes als die Theologen und diese wiederum subsumieren diesem Begriff eine andere Vorstellung als z. B. die politischen Parteien oder private Vereinigungen. Auch die Juristen bedienen sich dieses Schlagwortes. Sie tun es entweder aus einem schlechten Gewissen — was nicht einmal das Schlimmste ist — oder gewissermaßen aus einem amtlichen Bezirk ihrer Existenz heraus. Sie glauben, daß ein in der Vergangenheit liegendes Unrecht, zumal wenn es eigentlich das einzige geistige und sittliche Gepäck einer vergangenen Epoche darstellt, nunmehr vor dem Forum der Gerichte der Rechtsfindung zugeführt werden sollte.

Schon hier könnte eine Interpretation über Zweck und Ziel der zu bewältigenden Vergangenheit den Kreis der Juristen in zwei sich gegenüberstehende Lager spalten, nämlich ein größeres, das im staatlichen Strafen — und das wäre ja wohl die von den Juristen gemeinte Form dieser Vergangenheitsbewältigung — Sühne oder Abschreckung sieht, und ein erheblich kleineres, das dieses Ziel in der Resozialisierung oder Unschädlichmachung nicht resozialisierbarer Elemente erblickt, die für die gegenwärtige und zukünftige Sicherheit des Staates einen ständigen Gegenstand der Besorgnis bilden. Die erstere Gruppe gelangt zu ihrer Auffassung vom Wesen der Strafe und damit der Vergangenheitsbewältigung auf Grund der Auffassung, daß mit der Sühne die vom Täter verletzte Rechtsordnung gewissermaßen wiederhergestellt werden soll. Für die Anhänger der kleineren Gruppe gilt es, gestrauchelte Menschen wieder in die soziale Ordnung einzugliedern und solche Täter, bei denen dies nicht möglich ist, als gefährlich vom öffentlichen Leben auszuschließen.

Eine kurze Überlegung zeigt, daß die juristische Betrachtung dieses Problems aus beiden möglichen Positionen sinnlos ist. Diejenigen, die den Sühnegedanken vertreten, werden sich von ihren Gegnern den Einwand gefallen lassen müssen, daß durch den Gedanken der Sühne oder Vergeltung begangenes Unrecht nicht wieder gut gemacht werden kann. Die Anhänger des kleineren Lagers müssen damit rechnen, daß ihre Gegner einwenden, daß die in das Unrecht der Jahre 1933 bis 1945 verstrickten Menschen mehr oder weniger Situationstäter waren, die — da eine Wiederholung dieser Situation unter dem beruhigenden Schutz des Bonner Grundgesetzes ausgeschlossen erscheint — solcher Maßnahmen nicht bedürfen; und daß im übrigen eine Ausscheidung aus der Gesellschaft nur für diejenigen in Frage kommen könnte, deren Täterpersönlichkeit für die Zukunft eine Wiederholung ihres kriminellen Handelns wahrscheinlich macht. Auch diese Möglichkeit, so werden sie argumentieren, ist unter der gegenwärtigen Konstella-

tion unserer sittlich-rechtlichen und vor allem politischen Wertordnung kaum als möglich in Erwägung zu ziehen.

Wir stehen hier vor dem Ergebnis, daß der Ruf nach „Bewältigung der Vergangenheit" formaljuristisch sehr schwer zu erfüllen ist. Das, was sich vor 1945 im sogenannten Dritten Reich ereignet hat, ist einer nachträglichen rechtsstaatlichen Lösung nur in Ausnahmefällen zugänglich. Soll das Wort von der zu bewältigenden Vergangenheit einen Sinn haben, so kann dieser Sinn nur im Historischen liegen. Den Generationen, die nicht Tatzeugen des damaligen Geschehens gewesen sind, müssen Tatsachen vor Augen geführt werden, die sich für Menschen, die unter einer bestimmten sittlichen Wertordnung aufgewachsen sind, jeder sittlichen Betrachtung entziehen. Durch eine solche Konfrontierung allein werden sie sich der Ungeheuerlichkeit bewußt werden, die sich auf deutschem Boden und im gleichen Umfang auf dem Boden fremder Länder unter dem Einfluß deutscher Menschen vollzogen hat. Das, was Gegenstand der vorliegenden Erörterung ist, gehört bereits jetzt der Geschichte an. Es ist abgeschlossen, vergangen, und es besteht die Gefahr, daß diese Dinge für die Gegenwart beinahe unwirklich sind. Da indessen in der Weltgeschichte, wie es Hegel ausgedrückt hat, alles nur eine stetige Erscheinung des Geistes ist, so haben wir, wenn wir unsere Blicke in diese Vergangenheit lenken, es mit ungeheuer Gegenwärtigem zu tun.

II

Es muß von der Erwägung ausgegangen werden, daß das, was im Jahre 1933 über das deutsche Volk hereinbrach, nicht etwas Zufälliges war — der geistige Mensch kennt den Begriff des Zufalls nicht —, daß diese Ereignisse vielmehr die Auswirkungen von Bedingungen waren, die schon lange vor diesem Jahre latent vorhanden waren und dem Einsichtigen auch nicht verborgen bleiben konnten.

Wenige Monate vor dem Beginn des Dritten Reiches schrieb einer der kultiviertesten und kenntnisreichsten Gelehrten, Ernst Robert Curtius, seine Mahnschrift „Deutscher Geist in Gefahr". (Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin, 1932.) Schon damals geisterte sowohl in der politischen Tagesdiskussion wie auch unter den berufenen Hütern des Geistes das Schlagwort: „Der Intellekt ist eine Gefahr für die Bildung des Charakters". Curtius weist demgegenüber mit Recht darauf hin, daß der Appell an das Irrationale (nicht nur damals, sondern auch heute!) immer eine sehr zweischneidige Waffe ist, denn es umfaßt nicht nur das, was höher ist als alle Vernunft, sondern auch das Untervernünftige und das Unvernünftige. Bereits ehe die Schwelle zum Dritten Reich überschritten worden war, hatte es das deutsche Volk zu einem bewußten Abbau der Vernunft- und Traditionswerte im Bereich des Geistigen gebracht, der sich aus der wie eine verheerende Seuche um sich greifenden Kulturindifferenz weiter Kreise unseres „gebildeten Bürgertums" ergab. Nicht die sogenannten Kämpfer der vormärzlichen Zeit des Jahres 1933 bewirkten dies, sondern gerade die Kreise, die berufen gewesen wären, sich solchen nihilistischen Bestrebungen entgegenzustellen. Es ist keine Übertreibung, wenn man mit Ernst Robert Curtius diese Situation als einen bewußten Bildungsabbau und Kulturhaß bezeichnet. Diese nihilistische Bewegung hat sich damals wie auch heute unter das Schlagwort des „Fortschritts" gestellt.

Hinzu kam eine zweite große Gefahr, nämlich die Fälschung des Geschichtsbildes durch einen aus dem gesunden National- und Vaterlandsgefühl heraus hypertrophierten Fanatismus, dem Nationalismus in seiner weitesten Prägung. Die Gefahren dieses Nationalismus hatte schon Grillparzer in den Worten zusammengefaßt: „Der Weg der neueren Menschheit geht von der Humanität durch

die Nationalität zur Bestialität". Das deutsche Volk hat schon mehrfach im Verlaufe seiner Geschichte die fatale Eigenschaft gezeigt, sich zwischen Extremen hin- und herwerfen zu lassen. Waren die wichtigsten kulturellen Leistungen des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften und des Rechts, insbesondere der Gerichtsverfassung, und der Begriff der Rechtsstaatlichkeit die Frucht der Bemühungen des liberalen Bürgertums (von einem eigentlichen Arbeiterstand konnte ja in der Geburtsstunde dieser Dinge noch nicht die Rede sein), so wurden diese Werte von den Nutznießern bereits am Ende des gleichen Jahrhunderts und noch gar in den beiden ersten Jahrzehnten des folgenden in ihr Gegenteil verkehrt und mußten daher nicht nur im Inneren eine Verwirrung der Geister hervorrufen, sondern führten auch zu den gefährlichsten außenpolitischen Spannungen gerade der nationalen und innerstaatlichen Sicherheit. Die Säkularisierung des mittelalterlichen Staatsbegriffes hat den Völkern der Welt nicht viel Segen gebracht, und die kulturellen Wirkungen der Aufklärung wurden in Bibliotheken und Museen abgelagert, als die Technik schon um die Wende des Jahrhunderts begann, sich gegenüber geistigen Werten die Suprematie anzumaßen.

Es ist hier nicht der Ort, die Frage zu erörtern, ob die Geschichte, ähnlich der Naturwissenschaft, in der Lage ist, bestimmte Gesetze aufzuzeigen, die geeignet wären, uns vor Rückfällen in der Zukunft zu schützen. Wir lernen Geschichte ja auch nicht — oder sollten es zumindest nicht tun, — um sie wissensmäßig zu erfassen, sondern um sie zu durchdenken und aus diesem Durchdenken gewisse, zumindest wahrscheinliche Folgerungen für die Zukunft zu ziehen. Zumindest ist die Geschichte eine Auslegung des Geistes in der Zeit.

Wenn aber die Lehrer der Geisteswissenschaft jungen Menschen, anstatt ihnen geschichtliche Zusammenhänge klar zu machen, jahrelang predigten:

„Gesteht! Was man von je
Gewußt,
Es ist durchaus nichts wissenswürdig",

so kann man sich nicht darüber wundern, daß solche Sirenengesänge offene Ohren fanden und die künftigen juristischen Theoretiker und Praktiker nicht die Abwehrkräfte hatten, der kriminellen Bewegung von 1933 bis 1945 wirksame Waffen entgegenzusetzen.

Ortega y Gasset hat diese Haltung in seiner Arbeit „Das Wesen geschichtlicher Krisen" mit den Worten gekennzeichnet:

> „Heute dagegen ist der durchschnittliche Mensch infolge seiner historischen Ignoranz fast in der Lage des ersten Menschen, und daher kommt es u. a., daß in der Tat aus seiner alten und überzivilisierten Seele plötzlich unerwartete Formen der Rohheit und der Barbarei hervorbrechen." (Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, 1951.)

Diese Barbarei haben wir dann mit der bestialischen Ermordung von vielen Millionen Menschen in einem Zeitraum von 12 Jahren erlebt.

III

Während die zivilisierte Menschheit aus den Konzeptionen der kirchlichen Rechtsdenker schon im 13. Jahrhundert wußte, daß nicht jedes Recht, das vom Staate gesetzt ist, Recht im Sinne einer sittlichen Wertordnung bedeutet, daß die Welt eine völkerrechtliche Familie auch ohne dahingehende internationale Normen bildet, waren diese Gedankengänge für den Juristen des Jahres 1933 größtenteils nicht mehr vorhanden. Die Urteile der Richter entbehrten gewiß auch in diesen Jahren nicht der Sorgfalt, aber ihren Verfassern kam größtenteils nicht einmal der Gedanke, den der Heilige Augustinus einmal in die Worte gekleidet hat: „Wenn das Recht beseitigt ist, was sind dann Staaten anderes als große

Räuberbanden." Savigny hatte bereits in seiner Schrift „Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft" (Heidelberg, Mohr und Zimmer, 1814) darüber geklagt, daß der historische Sinn unter den Juristen des 18. Jahrhunderts „ungemein wenig" zu finden sei. 1933 war er kaum noch vorhanden, und heute wird er vielfach durch eine rein kasuistische Rechtstechnik ersetzt. Die Ignorierung des Geschichtlichen hat nicht nur in der Zeit des Nationalsozialismus im Innerstaatlichen jeden Widerstand im Keim erstickt, sondern auch, gepaart mit dem hypertrophierten Nationalismus, in frecher Verblendung jede Verständigung im zwischenstaatlichen Bereich unterdrückt. Aber auch diese Erscheinung war lange vor dem Hitlertum vorhanden. Sie veranlaßte schon Pascal zu dem skeptischen Ausruf:

> „Es gibt fast nichts Rechtes oder Unrechtes, das nicht mit dem Wechsel der Himmelsgegend seine Natur wechselte. Drei Grad Polhöhe stürzen die ganze Jurisprodenz um, ein Meridian entscheidet über die Wahrheit. Nach wenigen Jahren des Besitzes ändern sich grundlegende Gesetze, das Recht hat seine Epochen. Eine spaßhafte Justiz, die ein Fluß oder ein Berg begrenzt. Wahrheit diesseits der Pyrenäen, Irrtum jenseits."

Es wäre verfehlt, dem Richter der Zeit des Dritten Reiches einen Vorwurf daraus zu machen, daß er die Grundlagen seiner juristischen Bildung von einer Rechtswissenschaft empfangen hatte, die diese Dinge bewußt ignorierte.

Einen Typ des Juristen gibt es aber, dem schlechterdings diese beklagenswerten Erscheinungen seiner Erziehung nicht mildernd zugute gehalten werden können. In einem Aufsatz, den Alexis de Tocqueville im Jahre 1836 veröffentlichte, schildert er diesen Typ des Juristen, von dem man nicht mehr sagen kann, daß er das Opfer bzw. Ergebnis einer falschen Erziehung geworden sei:

> „Wenn man aufmerksam untersucht, was sich in der Welt zugetragen hat, seit die Menschen die vergangenen Ereignisse im Gedächtnis bewahren, könnte man mühelos feststellen, daß sich in allen zivilisierten Ländern neben einem Despoten, der befiehlt, fast immer ein Rechtsgelehrter befindet, der dessen willkürliche und unzusammenhängende Willensakte in eine Ordnung und Übereinstimmung bringt. Die allgemeine und unbestimmte Liebe zur Macht, die die Könige erfüllt, ergänzen sie durch die Freude an der Methode und die Kenntnis von den Einzelheiten der Herrschaft, über die sie selbstverständlich verfügen. Jene verstehen es, die Menschen vorübergehend zum Gehorsam zu zwingen; diese besitzen die Kunst, sie fast freiwillig zu ständiger Fügsamkeit zu beugen. Die einen liefern die Macht, die andern das Recht. Jene gelangen durch Willkür zur höchsten Macht, diese durch Legalität. An dem Schnittpunkt, an dem sie sich begegnen, entsteht ein Despotismus, der der Menschheit kaum die Luft zum Atmen läßt: wer nur an den Fürsten denkt, nicht an den Juristen, kennt nur die eine Seite der Tyrannei; um das Ganze zu erfassen, muß man aber beide zugleich im Auge haben." (Zitiert nach „Das Zeitalter der Gleichheit", herausgegeben von Siegfried Landshut, Kröner Verlag Stuttgart, 1954.)

Die Praxis und die Rechtswissenschaft der Zeit von 1933 bis 1945 hat dieses bittere Bild bis ins kleinste bestätigt. Gerade die bedeutsamsten und klügsten Lehrer des Strafrechts und vor allem des öffentlichen Rechts, aber auch des Zivilrechts, können sich heute und konnten sich damals, gerade weil sie im Gegensatz zu vielen anderen die geschichtlichen und politischen Zusammenhänge nur zu genau kannten, nicht darauf berufen und für sich zur Erklärung ihres Verhaltens in Anspruch nehmen, daß die Zwangsordnung des Dritten Reiches Recht gewesen sei. Sie waren sich völlig im klaren darüber, Handlangerdienste zu leisten, nicht, wie es Tocqueville vorschwebte, für einen Despoten, sondern für Verbrecher. Diese Männer gehören in die Gruppe jener Kriminellen, denen gegenüber der Gedanke der Sühne eine sittliche Blasphemie bedeutete, der Gedanke der Ver-

geltung eine inkommensurable Wertverschiebung, der Gedanke der Besserung einen Hohn. Für den Unrechtsgehalt ihres Handelns würde nach den Grundsätzen rechtsstaatlicher Auffassung nur die ständige Absonderung in Frage kommen, denn sie wären auch heute noch bereit, aus Ehrgeiz, Machthunger, Geltungsbedürfnis, Handlangerdienste jedem System zu leisten, das sich ihrer bedienen würde. Leider aber bietet unsere rechtspositivistische Ordnung nur in den allerseltensten Fällen die Möglichkeit, hier strafrechtliche Maßnahmen zu ergreifen. Karl Jaspers erklärt in seinem Aufsatz „Die Wissenschaft im Hitlerstaat":

„Die Wissenschaft als solche konnte nur durch die Forscher ruiniert werden. Daß dieses geschah, ist die Schmach unserer Universitäten ... Es ist erschütternd, was bei den Nachforschungen jetzt unter dem einmal Gedruckten gefunden wird aus der Feder von Männern, bei denen es kaum jemand erwarten würde ... Man muß im Blick auf die Gesamtpersönlichkeiten und ihre Leistungen Entgleisungen nicht als solche isolieren und allein bewerten, aber man darf bei der Anklage im ganzen sie auch nicht vergessen ... Der Zustand der Wissenschaftlichkeit war offenbar vor 1933 schon so brüchig, daß er nur geringen Widerstand leisten konnte. Diese Anklage richtet sich gegen den Boden, auf dem die nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Wissenschaft möglich waren ... Was der Nationalsozialismus mit Sterilisierung, Geisteskrankenmord und Rassenwahn verwirklichte, das war längst vorher entworfen in einem Mißbrauch der Wissenschaft ... Ermöglicht wurde der Sturz der Wissenschaften infolge des nationalsozialistischen Verbrechens durch die vorher verbreitete Unklarheit darüber, was Wissenschaft ist ..." (Piper Verlag München, 1958.)

Das, was zahlreiche Juristen während des sogenannten Dritten Reiches getrieben haben, war zumindest ein bis dahin kaum in der Geschichte bekannter geistiger Selbstmord. Leider ist auch der bedeutende Wissenschaftler immer das Geschöpf seiner Zeit und seiner Anlagen, und so kommt es, daß auch in eigentlich „geistigen Taugenichtsen" ganze Vergangenheiten geschichtlicher Epochen ad absurdum geführt werden können. Hier muß des Briefes jenes berühmten Dekans der philosophischen Fakultät einer deutschen Universität gedacht werden, durch den Thomas Mann von der Aberkennung seiner Doktorwürde in Kenntnis gesetzt wurde. (Wortlaut in „Sorge um Deutschland", Fischer Verlag, 1957, S. 65.) Dieser Gelehrte mag zu vielem gezwungen gewesen sein, aber zu einem war er nicht gezwungen: zu der pöbelhaftesten Form seines Verhaltens einem Mann gegenüber, der einer der wenigen wahrhaft großen geistigen Menschen jener Zeit war.

Dabei war auch im Dritten Reich durchaus eine humanistische Haltung möglich. Sie spiegelt sich wohl in nichts besser wieder als in jenem Brief, den Karl Reinhardt an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin unter dem 5. Mai 1933 aus Frankfurt am Main gerichtet hat:

„Dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teile ich ergebenst mit, daß ich mich außerstande sehe, derzeit meine Vorlesungen aufzunehmen. Zur vorläufigen Begründung beehre ich mich hinzuzufügen: Nachdem ich mich bisher auf Grund meiner venia legendi zu den Traditionen des deutschen Humanismus bekannt habe; nachdem diese Traditionen an den preußischen Universitäten in einem Maße, wie es die deutsche Geschichte bisher nicht gekannt hat, verlassen worden sind; nachdem die deutsche Universität als solche in ihren hierzu berufenen Organisationen für ihre Idee zu kämpfen aufgehört hat und nachdem die Erfüllung meiner Amtspflichten auf Schritt und Tritt Opfer der Gesinnung, und zwar Opfer solcher Art von mir fordert, wie ich sie als gerechtfertigt im Sinne des deutschen Gedankens keineswegs betrachten kann, sehe ich mich gegenwärtig der Möglichkeit beraubt, mein Lehramt sinngemäß zu verwalten." (Zitiert nach „Vermächtnis der Antike", herausgegeben von Carl Becher, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, 1960.)

(Wird fortgesetzt.)

Aus der Wirtschaft

Ost-West-Handel

Präsident Kennedy hat am 10. Oktober den Verkauf von amerikanischem Weizen im Wert von 250 Millionen Dollar an die Sowjetunion genehmigt. „Damit wird auch eine Weizenausfuhr im Wert von rund 60 Millionen Dollar an die Tschechoslowakei, Bulgarien und Ungarn möglich. Die Gesamtausfuhr, die durch Privatfirmen abgewickelt werden soll, wird sich damit auf rund sieben Millionen t Weizen belaufen." Der Weizen darf ausschließlich an die Sowjetunion und an die europäischen Ostblock-Staaten, d. h. nicht an Kuba oder China geliefert werden. (FAZ v. 11. 10. 63)

Eine sowjetische Handels-Delegation unter Leitung des stellvertretenden Handelsministers Borisow ist am 21. Oktober zum Abschluß des Vertrages über den Kauf von amerikanischem Weizen für den Betrag von 250 Millionen Dollar in New York eingetroffen. (Neue Zürcher Zeitung v. 23. 10. 63)

Nach einem Bericht der Deutschen Zeitung vom 19./20. Oktober aus New York haben sich in einer Umfrage unter 1500 amerikanischen Exporteuren 70% für eine Normalisierung der Handelsbeziehungen mit den Ostblockstaaten ausgesprochen. Es heißt dort weiter, auf Grund der neuesten Gespräche habe sich in Washington der Eindruck bestätigt, die Sowjetunion wünsche nicht nur Getreide, sondern auch industrielle Erzeugnisse und vor allem Maschinen und Fabrikeinrichtungen von den USA zu kaufen.

Der amerikanische Handelsminister Luther Hodges erklärte am 25. Oktober in einer Rede in Houston, Texas, der Ostblock habe im Jahre 1962 für insgesamt fast 4,5 Milliarden Dollar Waren in nichtkommunistischen Ländern gekauft. Der amerikanische Anteil an diesem Geschäft habe weniger als 3%, 125 Millionen Dollar, betragen. „Von den 4,5 Milliarden Dollar entfielen allein 2,2 Milliarden auf Japan und die NATO-Alliierten, Länder, deren Industrie gesamthaft genommen nicht an diejenige der Vereinigten Staaten heranreiche. Die Bundesrepublik Deutschland habe für 719 Millionen Dollar, Großbritannien für 369 Millionen, Frankreich für 267 Millionen, Italien für 240 Millionen und Japan für 166 Millionen Ostgeschäfte getätigt. Die meisten dieser Lieferungen hätten nicht etwa Weizen oder andere Agrarprodukte, sondern Chemikalien, Maschinen und Fertigprodukte eingeschlossen. Die Bundesrepublik habe für 214 Millionen Dollar Fertigprodukte, für 192 Millionen Maschinen und Transportausrüstungen und für 55 Millionen Chemikalien geliefert."

Der amerikanische Handelsminister deutete die Möglichkeit einer Aufhebung der bisherigen Beschränkungen für den amerikanischen Osthandel an. Er wies vor allem auf die Bedeutung des Handels für die Minderung der politischen Spannungen in der Welt hin. (Neue Zürcher Zeitung vom 27. 10. 63)

Das amerikanische Handelsministerium hat den Export von 50 000 t Getreide zum Preise von 3,3 Millionen Dollar an Ungarn genehmigt.

Eine tschechoslowakische Handelsmission wird zur Verhandlung über Weizenkäufe in Washington erwartet. (Die Welt vom 26. 10. 63)

Am 8. Oktober hat Bulgarien mit Kanada einen Kontrakt über die Lieferungen von 300 000 t kanadischen Weizens bis Juli 1964 (falls das Volumen der kanadischen Ernte es erlaubt, sollen weitere 150 000 t geliefert werden) für den Betrag von etwa 33 Millionen Dollar abgeschlossen. (Neue Zürcher Zeitung v. 10. u. 17. 10. 63)

Zwischen Frankreich und der Sowjetunion wurde in Paris ein Vertrag über die Lieferung von 80 000 t französischen Weizenmehls in den Monaten Oktober bis März abgeschlossen. (Deutsche Zeitung v. 4. 10. 63)

In einem Eigenbericht meldet die Deutsche Zeitung vom 16. Oktober, einflußreiche amerikanische Wirtschaftskreise drängten nunmehr die Regierung, das über die Volksrepublik China verhängte Handelsembargo aufzuheben. Der Vorsitzende der Organisation der amerikanischen Handelskammern hat sich zum Sprecher dieses Verlangens gemacht. „Er führte dabei auch das Argument an, daß sich japanische — sogar kon-

servative — Konzerne über ihre Diplomaten eifrig bemühen, mit den Rot-Chinesen ins Geschäft zu kommen . . . Die japanischen Unternehmen betreiben die seit 1960 erheblich gestiegenen Exporte nach Rot-China und die Importe durch Vermittlung des Funktionärs der Außenhandels-Organisation in Peking, Liao Tscheng-Tschih, wobei die Verträge durch die Regierung genehmigt werden müssen. Die gegenwärtigen Jahresumsätze bewegen sich um rund 50 Millionen Dollar. Das ist nicht viel. Offenbar aber befürchten die amerikanischen Geschäftsleute, Japan werde allmählich auf dem einst traditionellen amerikanischen China-Markt die Oberhand gewinnen."

Über die Absicht Japans, seinen Handel mit China auszuweiten berichtete am 14. Oktober in einem Eigenbericht aus Tokio auch die FAZ. Es heißt dort: „Die Diskussion um Japans Handel mit China und den Ostblockstaaten hat in diesen Tagen neuen Auftrieb erhalten. Anlaß ist die Absicht der amerikanischen Regierung, ihre Handelspolitik gegenüber den kommunistischen Ländern zu überprüfen. In Tokio haben diese Erklärungen uneingeschränkte Zustimmung gefunden. Regierungs- und Wirtschaftskreise machten kein Hehl daraus, daß Japan jede Erleichterung im Warenverkehr mit den kommunistischen Ländern — vor allem wenn sie von den Amerikanern selbst ausgehen — willkommen heißen würde. Wie üblich in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Stimmen, die die Regierung drängen, jetzt rasch zu handeln, weil man sonst vielleicht schon zu spät kommen könnte. Japans Minister für Handel und Industrie hat insofern auch sofort reagiert und mit Hinweis auf die amerikanischen Absichten eine sofortige Überprüfung der zurückgehaltenen Röhrenlieferungen an die Sowjetunion angekündigt. Seiner Erklärung war zu entnehmen, daß Japan mit einem New Look im Osthandel rechnet."

Es verlautete Anfang Oktober, die Sowjetunion habe die Absicht, in den nächsten Monaten bis zu 300 000 Tonnen Weizenmehl in der Bundesrepublik zu kaufen, zum Weltmarktpreis von 284 DM pro Tonne. Bis Ende Oktober sind von den zuständigen Bonner Behörden Exportlizenzen für etwas mehr als 150 000 t Weizenmehl an die Sowjetunion erteilt worden. Weitere Exportlizenzen werden erwartet. (Die Welt v. 29. 10. 63)

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Film-Zensur

Die Bundesrepublik ist ein unterentwickeltes Filmland. Die hier hergestellten Streifen liegen unter dem Niveau internationaler Kunstmaßstäbe. Auf den großen Festspielen von Cannes bis Venedig, wo die Weltproduktion in Konkurrenz tritt, erscheinen sie — wenn überhaupt — unter der Rubrik „Ferner liefen . . ." Sie erlangen keine Aufmerksamkeit, geschweige denn Auszeichnungen. Noch weniger ist von neuen Stilprägungen die Rede, wie das in Italien, Frankreich, Schweden oder Polen der Fall ist. Das Fragwürdige des sogenannten Nachkriegs-Wunders demonstriert die Film-Misere besonders deutlich. Es gelang nicht — wurde es überhaupt erstrebt? —, den Film als künstlerische Gattung, die ästhetischen Anforderungen entspricht und das menschliche Bewußtsein schärft, zu etablieren. Er wurde uneingeschränkt zur Unterhaltungsware herabgewürdigt, als reines Geschäftsobjekt von Händlern ausgebeutet. Statt dem Ziel der Kunst, geistiger Aufklärung, zu dienen, wurde niedrig liegendem, von beschränkten Traditionsbegriffen und Illustrierten-Methoden geprägtem Geschmack entsprochen, dem Amüsierklamauk und der Verhärtung blinder Vorurteile gefrönt. Statt ein Bild unserer

Verhältnisse zu entwerfen, wurden sie optimistisch mit Rühmann- (des bundesdeutschen Films liebstes Kleinbürgeridol) und Soldatenhumor verkleistert oder mit Hausmädchentragik sublimiert. Statt ein Spiegelbild unserer Gesellschaft und ihrer Probleme zu sein, spiegelt der bundesdeutsche Film die amtlichen Vorstellungen und Tabus wider. Er fürchtet die Wirklichkeit, fürchtet „Anstoß zu erregen", fürchtet kritische Scharfsicht, fürchtet die Freiheit individuellen Experiments. Seine Helden sind noch immer rauhe, doch edle Seebären, brave Mutterherzen, autoritätsstrotzende „echte Männer", treue Landser. Geistige Höhepunkte sind noch immer der reuevoll heimkehrende Sohn, das geständige gefallene Mädchen, der mit Frauenwäsche behangene Draufgänger. Selbst dort, wo gegenwärtige oder vergangene Zustände aus Distanz behandelt werden, bricht gewöhnlich humorige Laune ihre Gefährlichkeit und macht sie annehmbar (kennzeichnend dafür war z. B. „Wir Wunderkinder"). Gewiß, hin und wieder glimmte ein Licht auf (Staudtes „Rosen für den Staatsanwalt" und „Kirmes", Wickis „Brücke" und „Das Wunder des Malachias" u. a.), doch konnte das Dunkel des Ganzen dadurch nicht verändert werden. Es blieben Einzelversuche, die die allgemeine Tendenz nicht störten.

Die Freiheit künstlerischen Schaffens, der unser Staat verpflichtet zu sein behauptet, ist auf dem Gebiet des Films ein nicht existenter Begriff, wo machtvolle industrielle Interessen, gepaart mit den Regeln des politischen Konformismus, einen Wall errichten, an dem künstlerischer Wille ohnmächtig zerbricht. Selbstredend half bisher die Bundesregierung diesem Prozeß, statt ihn zu hindern. Durch finanzielle Unterstützung prämiierte sie eher die schlechten als die guten Produkte. So erhielten im letzten Jahr die 200 000-DM-Preise des Innenministers Höcherl flaue Unterhaltungsartikel wie „Es muß nicht immer Kaviar sein" oder aggressive politische Machwerke wie „Flucht nach Berlin", während das anspruchsvollere „Wunder das Malachias" und die enthüllende Dokumentation „Das Leben von Adolf Hitler" von Robert Neumann—Helga Koppel leer ausgingen. Solchermaßen wird dem Respekt vor Tabus kräftig nachgeholfen und der künstlerischen Initiative weiter Widerstand entgegengesetzt. In der gleichen Richtung wirkt die Freiwillige Selbstkontrolle (FSK), ein Gremium, dem neben Vertretern von Filmindustrie, Kirchen, Verbänden und Kritik auch Regierungsabgesandte angehören. Die Tätigkeit dieses Organs entspricht immer mehr einer Schere, die jeden Ausbruch aus den Bahnen offizieller Ansichten rücksichtslos zurechtstutzt, vor Verstümmelungen und Sinnentstellungen nicht Halt macht. Das ergiebigste Feld ist dabei der ausländische Film, der jenseits geheiligter Bonner Tabus gedeiht. Da schnippelt die Schere der Filmbanausen, daß es eine wahre Lust ist.

Eine ihrer letzten, jedoch typischen Untaten beging sie an den „Eingeschlossenen von Altona", den de Sica nach Sartres Bühnenstück drehte. Schon bevor die Schere ansetzte, hatte sich hierzulande eine Pressefehde erhoben, die dem italienischen Regisseur „Entstellungen" vorwarf. Dem mußte abgeholfen werden. Die FSK tilgte Namen von deutschen Großindustriellen, die mit dem Nationalsozialismus zusammengearbeitet hatten. Dies geschah, wie einer ihrer Vertreter kommentierte, weil die betreffenden Industriellen „heute in der Welt durch eindrucksvolle Leistungen auch in den unterentwickelten Ländern hoch angesehen seien". Es sei „unstatthaft, durch tendenziöse Beleuchtung geschichtliche Tatsachen zu verfälschen". Gerade solche Rechtfertigung läßt allerdings den Verdacht aufkommen, daß die FSK, nicht de Sica, sich der Fälschung geschichtlicher Tatsachen schuldig macht, indem sie mit aus der Gegenwart entnommenen Thesen die Vergangenheit zurechtzubiegen versucht. Das Bildnis von Strauß paßte ihr ebenfalls nicht, obwohl der höchste dramatische Konflikt des Films der Begegnung eines Wehrmacht-Offiziers mit der aktuellen bundesdeutschen Wirklichkeit entspringt. Aber der FSK zufolge gehört wohl Franz-Josef-Strauß nicht zu ihr.

„Die vier Tage von Neapel" — ein wichtiges Kapitel des italienischen Widerstands, mit Ernst und Können behandelt — blieb überhaupt in den Fängen der Kontrolleure hängen, nachdem Außen- und Verteidigungsministerium ihr Veto ausgesprochen hatten: ein Vorgang, der völlig illegal ist, da das Grundgesetz proklamiert: „Eine Zensur findet nicht statt ... Kunst und Wissenschaft sind frei". Widerstandsfilme haben es schwer; rasch werden sie als „antideutsch" etikettiert, wobei solche Rezensenten nur zu gut verraten, welchem Deutschland sie sich zugehörig fühlen. Das spontan-kraftvolle Werk Rosselinis „Rom,

offene Stadt", mußte mehr als zehn Jahre warten, bevor es verstümmelt auf westdeutsche Leinwand projiziert werden durfte. Aber nicht nur dem Antifaschismus wird zu Leibe gerückt. Der international preisgekrönte polnische Streifen „Die heilige Mutter Johanna von den Engeln" — die Episode einer Hexenverfolgung im Mittelalter — scheiterte am Machtwort des katholischen Kirchendelegierten. „Eva und der Priester", in Frankreich gedreht nach dem Roman der katholischen Schriftstellerin Beatrix Beck, wurde ebenfalls nach den Normen konformistischer Heuchelei korrigiert. Eisensteins „Alexander Newski", vor fünfundzwanzig Jahren entstanden und in aller Welt als Klassiker geltend, darf bei uns nicht öffentlich gezeigt werden, in Seminarvorführungen und halböffentlichen Veranstaltungen um ein Drittel gekürzt. Diese Zensur bedeutet nicht nur einen Anschlag auf ein Kunstwerk; es gelang ihr, seinen Inhalt völlig zu entstellen. Sie machte, wie die wache Zeitschrift „Filmkritik" unterstrich, „aus einem angeblich antideutschen Eisensteinfilm einen antikommunistischen"!

Kann man nicht verblüfft sein angesichts solcher Zensurtriumphe in einem Lande, in dem es doch gesetzlich keine Zensur gibt? Tatsächlich wütet sie bei uns nachdrücklicher, umfassender als in Ländern wie Frankreich und Italien, die amtliche Zensuren kennen. In einem lesenswerten Band berichtet Walter Schmieding, daß heute in der Bundesrepublik mehr Beamte der Jagd auf mißliebiges Filmwerk nachgehen als in der Weimarer Republik, die legale Zensoren kannte! Wir haben es mit einem geradezu perfekten Beispiel der Umgehung eindeutiger Verfassungsgrundsätze durch diejenigen zu tun, die mit ihrem Schutz beauftragt sind. Neben der FSK wirkt ein „interministerieller Ausschuß", dem die besondere Aufsicht über Ost-Filme obliegt. Man kennt sie kaum bei uns, obwohl nur schlechter Wille sie unter dem Motto „kommunistische Propaganda" abtun kann. Aber soll nicht vielleicht die Einsicht verhindert werden, daß der östlichen Kunstaktivität mit keinem Propagandaschema mehr beizukommen ist, da sie selber ein solches immer mehr hinter sich läßt? Während wir von der sehr überschätzten Neuen Welle des französischen Films vieles erfuhren, wissen wir kaum etwas von der Polens.

Doch läßt die Film-Misere auf die inoffiziell (man könnte fast sagen: um so wirksamer) tätige Zensur allein sich nicht zurückführen: Der Konformismus wird von mannigfachen Quellen außerhalb des Films genährt. Die allgemeine gesellschaftliche Tendenz wirkt mächtig im Sinne der Verflachung, der Ungeistigkeit, der Anbetung verstaubter Traditionsschemen, die zwar einen „gemütlichen Abend" erlauben, aber mit künstlerischer Aufklärung nicht das geringste zu tun haben. Verleiher und Filmtheaterbesitzer geben sich meist einer negativen Auswahl hin: schlechte ausländische Filme haben bei uns größere Aussicht, gespielt zu werden, als gute. Der seichte Dirnen-Schwank „Irma la douce" kommt sofort ins Land. Ingmar Bergmans „Träume der Frauen" mußte acht Jahre warten. Antonionis Meisterwerk „Avventura" wurde aus reinem Geschäftsinteresse um vierzig Minuten auf Normallänge gekürzt, als handele es sich um die Meterware eines Modestoffs. Kann man rückhaltloser den Vorrang des Geschäfts vor dem Kunstanliegen betonen? Das intensiv betriebene Herabdrücken des Niveaus hat das Publikum zum Gewohnheitsverbraucher des Vulgären erzogen. Die Erziehung zum Schlechten war nicht ohne Erfolg, und heute können die Verantwortlichen schmunzelnd darauf hinweisen, daß „Heimweh nach St. Pauli" besser „ankommt" als Ingmar Bergman. Das gewaltige Instrument von Volkserziehung und -kultur, das der Film sein kann, ist bei uns gründlich verschandelt worden. In solchem Maße, daß sogar das, was nur Geschäft sein sollte, letzten Endes droht, auch kein Geschäft mehr zu sein. Die Filmindustrie hat aufgehört, sorglos zu leben, seit das Fernsehen ihr die Kunden abjagt. Von Jahr zu Jahr nehmen die Kinobesucher ab; auch Talente, die die Filmindustrie erdrückt, widmen sich eher dem Fernsehen, das bisweilen größere Freiheit bietet.

Die Frage stellt sich: Soll es noch einen bundesdeutschen Film geben und wie soll er aussehen? Wird er sein heutiges Aussehen behalten, dann wird er nicht nur ein Instrument von Unkultur bleiben, er wird auf Kosten der Steuerzahler sein Siechtum zu bestreiten suchen. „Laßt Papas Kino ruhig schrumpfen", verlangte vor kurzem „Die Zeit". Schafft Neues, heißt es, gebt Jungen eine Chance, laßt die bundesdeutsche Neue Welle rollen! Ein Manifest solchen Inhalts veröffentlichten angehende Filmschaffende vor mehr als einem Jahr in Oberhausen. Die Wellen der Diskussion kräuselten, doch die Neue Welle blieb aus.

Papas ergrautes Kino fuhr fort, Unterhaltungsware dritter Güte auszustoßen. Gleichsam zum Hohn auf die Reformer unterbreitete der Bundestagsabgeordnete Martin, unterstützt von CDU und SPD, ein Gesetzesprojekt, das gerade den bestehenden Zustand erhalten soll: Finanzielle Zuwendungen sollen die Produzenten ihrem geschäftlichen Erfolg entsprechend erhalten. Und da gewöhnlich belanglose Erzeugnisse auch den größten Erfolg haben, würde der Staat die niedere Qualität unterstützen. Der filmischen Unkultur würden dann, von der Regierung ermuntert, noch viele gute Jahre beschert sein. Das Projekt stieß auf Widerspruch und wurde auf einer Tagung der Evangelischen Akademie zerpflückt. Ein neuer Vorschlag will den Werken junger Regisseure mit 100 000 DM zum Start verhelfen. Doch ist noch nichts gesichert, alles fragwürdig. Und dann ist zu bedenken: Geld allein tut es nicht, nur das Zugeständnis vollständiger Freiheit an den Kunstausübenden, gemäß dem Grundgesetz, vermöchte eine Wandlung herbeizuführen. Bedeutende Filmwerke konnten immer nur entstehen inmitten eines Klimas geistiger Freiheit, in dem die Sonde der Kritik scharf angesetzt wurde. Die Richtlinien scherenbewaffneter Ministerialräte sind dazu denkbar ungeeignet. So weist die Film-Misere auf den allgemeinen Zustand intellektuellen Gehorsams hin. Erst wenn ihm ein Ende gesetzt ist, könnte der Film bei uns wieder zu einem Mittel der Kunst, des Geistes werden.

Noch etwas anderes ist ersichtlich: Die vielbesungene Freie Marktwirtschaft, das spontane Spiel der Kräfte, erweist sich als außerstande, auch nur halbwegs der Kultur einen Dienst zu erweisen. Das Rennen nach dem Gewinn ließ das Filmniveau so sehr sinken, daß jetzt nurmehr der Ruf nach der Staatskasse übrigbleibt. Diese Hoffnung in düsterer Stunde ist solange problematisch, als der Staat am gleichen geistigen Konformismus teilhat wie die Industrie. Zwischen diesen beiden Klippen droht die westdeutsche Filmhoffnung endgültig unterzugehen. Wieweit Freiheitsproklamationen vom wirklichen Zustand abweichen, läßt sich gerade auf diesem Sektor erfahren. Kultur kann nicht herbeikommandiert werden, Freiheit ist etwas anderes als die kühle Floskel ministerieller Reden: sie bewährt sich im Tagesgebrauch. Wir zeigten, wie es damit bestellt ist. Heinz Abosch

Meißnertag 1913—1963

1.

Der Titel des bekanntesten Werkes der Schwedin Ellen Key, 1902 auch in deutscher Übersetzung erschienen, war zur großen Losung geworden: „Das Jahrhundert des Kindes." Unermüdlich wies Adolf Damaschke auf das großstädtische Wohnungselend mit all seinen Schäden für Kinder und Jugendliche hin, in das er als Lehrer in Berliner Arbeitervierteln einen tiefen Einblick gewonnen hatte, und suchte nun als eifriger Vorkämpfer der Bodenreformbewegung einen gründlichen Wandel zu schaffen. In Bundesgenossenschaft mit ihm bemühte sich der Kampf gegen den Alkoholismus, das Elend der Kinder in zerrütteten Familien zu beseitigen und fortzuräumen, das die Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen und sittlich tüchtigen Jugend hinderte. Der „Vortruppbund" erstrebte eine engere Zusammenarbeit aller Erneuerungsbewegungen im Interesse einer größeren Wirkung. Zwei führende kulturkritische Zeitschriften schenkten diesem Pioniertum eine erfreuliche Aufmerksamkeit, weil sie darin einen wertvollen Beitrag für eine allgemeine kulturelle Erneuerung erkannten, der von Ferdinand Avenarius herausgegebene „Kunstwart" und Eugen Diederichs' „Tat". Wertvolle Unterstützung kam auch vom „Dürerbund", der allen vom Kunstwart ausgehenden Anregungen eine breitere Basis zu schaffen suchte.

Alle großen Hoffnungen, die man an das neue Jahrhundert knüpfte, schienen dann eine besondere Bestätigung zu erhalten in dem selbständigen Aufbruch der Jugend. In aller Stille hatte er 1896 begonnen mit Wanderungen eines Stenographenvereins am Steglitzer Gymnasium, die Karl Fischer führte. Als aus diesem bescheidenen Anfang 1901 der „Wandervogel, Ausschuß für Schülerwanderfahrten" entstand und aus diesem wiederum 1904 der „Steglitzer Wandervogel e. V." und der „Altwandervogel" hervorgingen, da war die Bewegung nicht mehr aufzuhalten, die bis in die Schweiz und die deutschen Gebiete Österreichs ihre Kreise zog. Sie fand ihren Höhepunkt 1913 im „Freideutschen Jugendtag" auf dem Meißner, dem höchsten Berge Niederhessens.

2.

Eine Aussprache auf dem Hanstein, die dem Fest auf dem Meißner 1913 unmittelbar

vorausging, sollte ergründen, was die einzelnen Verbände der Jugend und der Erwachsenen an Gemeinsamem verband. Als man sich nun gegenseitig über Zielsetzung und Arbeit unterrichtete, schilderte der ehemalige Seeoffizier Hans Pasche mit dem ihm eigenen Temperament die Nöte der Zeit und mit ganz besonderem Nachdruck die Alkoholfrage. Er schloß mit dem Ausruf: „Es brennt im Deutschen Haus — wir sind die Feuerwehr!"

Mit der auch ihm eigenen Leidenschaft erhob daraufhin Gustav Wyneken, Leiter der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, den Vorwurf, man suche die Jugend suggestiv für seiner Meinung nach jugendfremde kulturpolitische Sonderzwecke zu gewinnen, so wertvoll diese auch an sich sein mögen. Zwei Gegensätze klafften auseinander: hier die Forderung einer unbedingten Beschränkung auf die Bedürfnisse der Jugend, besonders im Hinblick auf die so notwendige Erneuerung der Schule, dort der Aufruf an die Jugend zur Tat innerhalb der großen sozialen Gemeinschaft, der gewiß Selbsterziehung und Selbstbestimmung nicht ausschließen sollte. Zerfiel an dieser Stelle nun schon wieder die Einheit, die man doch vorher so lebendig gefühlt hatte?

Am nächsten Morgen auf dem Meißner einigte man sich dann aber auf die bekannte Formel: „Die Freideutsche Jugend will ihr Leben nach eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, in innerer Wahrhaftigkeit gestalten. Für diese innere Wahrhaftigkeit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein. Die Veranstaltungen der Freideutschen Jugend sind alkohol- und nikotinfrei."

Der letzte Satz bedeutete mehr als etwa bloß eine Brücke zu den von Hans Paasche vertretenen Forderungen. Knud Ahlborn, der damals an der Abfassung der Formel mitbeteiligt war, erläuterte ihn in seinem Rückblick auf dem Meißnertag 1963: „Dieser Zusatz sollte vor allem zum Ausdruck bringen, daß wir die eigenen Gestaltungskräfte nicht durch die genannten Genußgifte schwächen und verunreinigen wollten. Zugleich kam darin die Ablehnung der gesellschaftlichen Bräuche zum Ausdruck, die ohne diese Genußgifte keine Feste feiern konnten."

Der „Freideutsche Jugendtag" wurde zu einer unvergeßlichen Kundgebung des neuen Feststils der Bewegung, der mit einem so völlig geringen Aufwand an äußeren Mitteln durch das frohe Mittun aller im Volkstanz, Spiel und Singen eine echte Gemeinschaft schuf, die sich auch der Aufnahme hoher und ernster Gedanken öffnete.

Das heilige Feuer, das Gottfried Traub, Gustav Wyneken, Ferdinand Avenarius und selbst der wundervolle Eiferer Hans Paasche zu entzünden verstanden, war so ganz anders als das hohle Pathos der meisten vaterländischen Feiern im kaiserlichen Deutschland. Es war eine Vaterlandsliebe ohne nationalen Dünkel, ohne Feindschaft gegen irgendein Nachbarvolk.

3.

Leider fehlte es der neuen Bewegung an Macht, um verhindern zu können, was ein Jahr später über uns hereinbrach. Aber als „die vernünftigste politische Äußerung aus der ganzen Geschichte der Jugendbewegung" bezeichnete Professor D. Helmut Gollwitzer*) auf dem Meißnertag 1963 das Telegramm, das am 28. Juli 1914 der Bundestag der „Deutschen Akademischen Freischar" an den Kaiser sandte: „Schützen Sie die Jugend der ganzen Welt vor dem entsetzlichen Unglück eines Krieges! Machen Sie in letzter Stunde die äußerste Anstrengung für den Frieden!"

Wer hat ein Recht, heute der Meißnerjugend vorzuwerfen, daß sie sich dann doch beim Ausbruch des Krieges fast ausnahmslos vom allgemeinen Begeisterungsrausch mitfortreißen ließ? Tief bewegt steht man in der Ausstellung „Monumenta Judaica" in Köln in dem Raum, der dem Gedächtnis der in den Kriegen 1870—71 und 1914—18 gefallenen Juden gewidmet ist, und liest dort: „Von gleicher nationaler Begeisterung ergriffen wie die übrigen Deutschen, zogen die deutschen Juden 1870 und 1914 ins Feld. Im Ersten Weltkrieg fielen 12 000 von ihnen auf deutscher Seite. Diese Zahl entspricht prozentual der Zahl der Gefallenen der übrigen deutschen Bevölkerung." — Und hier das Blutopfer der Meißnerjugend: Von rund 14 000 feldgrauen Wandervögeln und Freideutschen sind nahezu 7000 nicht zurückgekehrt.

Kriegsende 1918 und Revolution trugen viel Verwirrung und Zwiespalt in die Jugendbewegung. Viel eindringlicher als 1913 auf dem Hanstein stand nun vor den Gruppen und Verbänden die Frage, ob sie weiterhin nur der Selbsterziehung dienen sollten oder ob nicht die Zeit T a t gemeinschaf-

*) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"

ten verlangte. An dieser Stelle schieden sich „Politische" und „Unpolitische", es schieden sich aber auch „Völkische" und die „Linken".

Zur gleichen Zeit aber erhob sich eine neue Welle der Jugendbewegung und schlug auch in die bisher von Erwachsenen geleiteten konfessionellen, politischen und zweckbetonten Jugendorganisationen über. Auch ein neues Bedürfnis zur Sammlung meldete sich an. Als zunächst vollkommen unabhängige lockere Zusammenschlüsse bildeten sich Jugendringe, die vielerorts zu sehr aktiven Kampfgemeinschaften gegen Schundliteratur, Schundfilme und volksschädigende Genußgifte wurden. Das weitere Bild der Jugendbewegung wurde aber am stärksten wohl bestimmt durch den Zusammenschluß der Wandervogel-Bünde und einiger anderer Gruppen 1926 mit dem „Großdeutschen Pfadfinderbund" zum „Bund der Wandervögel und Pfadfinder", der sich ein Jahr später „Deutsche Freischar" nannte.

Treffpunkte, wo man sich weiterhin über alle Richtungsunterschiede hinweg in der ursprünglichen Aufgeschlossenheit kameradschaftlich zusammenfand, wurden die nun überall entstehenden Jugendherbergen und ganz besonders die Jugendburg Ludwigstein an der Werra. Mittelpunkte besonderer Prägung entstanden im freideutschen Jugendlager Klappholttal auf Sylt, auf Burg Rothenfels der katholischen „Quickborn"-Jugend und in dem Musikheim zu Frankfurt a. d. Oder.

In aufrichtigem Bemühen, über Gewinn und Irrtümer der Jugendbewegung Rechenschaft zu geben, hat Professor Gollwitzer die ernste Frage aufgeworfen: „War sie nicht am Abrichten für den Heldentod und am Heraufkommen des Dritten Reiches kräftig beteiligt?" Die weitgehende Verästelung ihres ursprünglichen Stammes nach dem Ersten Weltkrieg, besonders nach allen politischen Richtungen hin, verbietet eine einseitige Antwort. Selbst dort, wo Kreise der „Bündischen Jugend" sich sehr bedenklich nationalsozialistischer Ideologie genähert hatten, gab es 1933 neben schmählicher Kapitulation doch auch Kräfte des Widerstandes. Stellvertretend für Hunderte aus der gesamten Jugendbewegung, die im Widerstand ihr Leben opferten, von den Geschwistern Scholl bis zu den vielen Unbekannten, gedachte der Meißnertag ehrend Adolf Reichweins.

4.

Was ist aus jenem Untergang neu erstanden, um vielleicht erst in der Zukunft voll auszureifen? In „Informationsgruppen" in Bad Soden-Allendorf suchte man durch persönliche Zeugnisse einzelner Sprecher den Einfluß der Jugendbewegung auf eine vernünftige Lebensgestaltung, auf Pädagogik, soziale Ordnung, auf Naturschutz und Landschaftsgestaltung und selbst auf politische Tätigkeit nachzuweisen. Die stärkste Auswirkung liegt unbestreitbar auf pädagogischem Gebiet, wenn auch die dort geschaffenenen Modelle und Erfahrungen, wie Professor Gollwitzer auf dem Meißner feststellte, noch längst nicht zur Genüge ausgewertet sind.

Mit den tieferen, nicht ohne weiteres sichtbaren und greifbaren Wirkungen beschäftigte sich die Rede des Altbischofs Wilhelm Stählin in der Göttinger Universitätsaula. Er bekannte, daß er selbst Entscheidendes der Jugendbewegung verdanke und sich immer wieder in beglückender Weise mit Menschen verbunden gefühlt habe, die gleich ihm von ihr geprägt worden seien. Als unbedingt notwendig bezeichnete er es, daß die geistig-ethischen Gehalte der Jugendbewegung für unsere Zeit zurückgewonnen werden müßten: Wahrhaftigkeit und Verantwortung, Offenheit von Mensch zu Mensch und Verlangen nach menschlicher Ganzheit und Echtheit. Es haben 5000—6000 Meißnerfahrer aller Lebensalter die ernste Mahnung vernommen, die Professor Gollwitzer in Erinnerung an die beiden Weltkriege an sie richtete: „Uns muß klar sein, daß die vergangenen Todesopfer sinnlos waren und die kommenden es noch mehr sein werden." Wir sollten daraus die Verantwortung ableiten, die dritte der von Professor Carl Friedrich von Weizsäcker*) in der Paulskirche aufgestellten Thesen als ganz persönliche Verpflichtung zu übernehmen: „Der Weltfriede erfordert von uns eine außerordentliche Anstrengung."

Die großen Erwartungen, die an den Beginn unseres Jahrhunderts sich knüpften, wurden bitter enttäuscht. Der hier gewünschte Impuls vom Meißner her müßte verhindern, daß große Hoffnungen wieder einmal in Massengräbern enden.

Dr. Heinrich Otto

*) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"

Fernseh-Spalte

Was wird aus „Panorama"?

Die Geschichte von „Panorama" ist die Geschichte der systematischen Ausschaltung einer Bastion kritischer Meinungsbildung. Gert von Paczensky, schon vor seiner Fernsehtätigkeit ein Dorn im Auge der CDU/CSU, wurde bereits 1961 wegen seiner Algerien-Sendung „Der siebenjährige Krieg" heftig angegriffen. „Spiegel der Zeit" hieß damals noch der Rahmentitel. Aus ihm ging „Panorama" hervor, das seitdem unablässig im Kreuzfeuer der christlichen Demokraten stand. Dufhues forderte inquisitorische Maßnahmen. „Bild" assistierte: „Der Spitzbart muß weg". Die „Politisch-Soziale Korrespondenz" von Heinrich Krone leitete die publizistischen Attacken gegen Gert von Paczensky und bald auch gegen Rüdiger Proske. Der Sturmangriff setzte bekanntlich sofort nach den „Panorama"-Verlautbarungen über eine vermeintliche Telefon-Abhöranlage im Bundestag ein. Der Intendant des NDR, Schröder, und die „Panorama"-Redaktion hatten sich im übrigen auf Informationen verlassen, die — was allerdings noch immer unbewiesen ist — falsch waren. Ein geradezu lächerlicher Vorwand, um eine ganze Redaktion abzulösen. Die Situation hätte einen brüllenden Protest verständlich erscheinen lassen. Er kam nicht. Selbst der überwiegende Teil der Presse fand die Entfernung Proskes richtig. Die Staatsautorität donnerte, und die öffentliche Meinung stand stramm. Dr. Gerstenmaier zürnte, „Panorama" habe das Ansehen des Deutschen Bundestages geschädigt. Über die ungeheuerlichen Geschehnisse von der „Spiegel"-Affäre bis zum SS-Skandal im Verfassungsschutzamt zeigte er sich bis heute völlig unbeeindruckt. Was ist das für eine Moral?

Gleichviel, die Meinungsnivellierer haben zunächst gesiegt. Und es sieht nicht so aus, als würden sie nun Ruhe geben. Am 27. September erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Gerhard Fritz in Ludwigshafen: „Die Monopolstellung des Fernsehens als Meinungsmedium muß gebrochen werden." Als hätte das von einem dichten staatlichen Kontrollnetz abgesicherte Fernsehen schon jemals eine solche Position angestrebt oder gar bekleidet. „Panorama" stand schon immer an exponierter Stelle. „Panorama" aber war ein Produkt der Zivilcourage seiner Redakteure. Es war, an bundesdeutschen Verhältnissen gemessen, eine Ausnahmeerscheinung. Und es ist kaum anzunehmen, daß es in seiner bisherigen Form wiedererstehen wird. Hatte Neven-du Mont nach dem Sturz Rüdiger Proskes aus der Verlegenheit noch eine Tugend gemacht und dem Betrachter eine erfrischende Lektion in britischer Demokratie erteilt, so war die Interregnums-Rolle Werner Baeckers doch fast schon eine Fehlbesetzung. Er führte mit zu vielen Worten durch eine Sendung, die insofern von ihrer bisherigen Aufgabenstellung abwich, als ihre Beiträge teils ressortfremd waren (Wahlen in der DDR), teils auf Sekundär-Meinungen zurückgriffen. Mit anderen Worten: bisher stützte sich „Panorama" auf eigenständige Analysen und Ansichten. Nichtsdestoweniger haben wir die Tutzinger Diskussion zum Thema „Stolz auf Deutschland?" und den hervorragenden polnischen Film „Fleischers Album" dankbar begrüßt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß ein Teil des „Panorama"-Publikums durch die regierungsoffiziellen Angriffe in die gewünschte Anti-Stimmung versetzt wurde. Wieviele indolente Untertanen sind jetzt wohl der Meinung, die „Panorama"-Leute hätten tatsächlich ein Staatsverbrechen begangen? Und was wird aus „Panorama" werden? Man würde sich schon fast nicht mehr wundern, wenn nach Werner Baecker ein Peter Frankenfeld diese Sendung betreuen würde. Indessen hat uns unerwartet die letzte Sendung der Serie „In diesen Tagen ..." (Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz) Anlaß zu spärlicher Hoffnung gegeben. Norbert Mais „Versuch einer Zwischenbilanz" der „Spiegel"-Affäre darf als Musterbeispiel einer sachlichen und kritischen Reportage über einen juristischen und politischen Mißstand gerühmt werden. Wenn diese Linie beibehalten wird, dürfte für jenes „Panorama", das wir so geschätzt haben, bald ein akzeptabler Ersatz herangewachsen sein.

E. H. Wahl

Carl Friedrich von Weizsäcker

Bedingungen des Friedens

Dem Physiker und Philosophen Prof. Dr. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker, Hamburg, ist anläßlich der diesjährigen Frankfurter Buchmesse am 13. Oktober 1963 in der Paulskirche der „Friedenspreis des deutschen Buchhandels" überreicht worden. Im Anschluß an die Preisverleihung hielt Prof. von Weizsäcker die folgende Rede:

Als erstes danke ich dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels für die Verleihung seines Friedenspreises. Bei der ersten Nachricht habe ich einen Augenblick gezaudert, ob ich diesen Preis annehmen dürfe. Hat jemand von uns, und gar ich, genug für den Frieden getan? Ist der Friede so weit gesichert, daß man für ihn einen Preis verleihen kann?

Aber man soll diesen Preis wohl nicht als Anerkennung einer vollzogenen Leistung verstehen, sondern als Unterstützung einer fortdauernden Anstrengung. Diese Anstrengung ist freilich nicht die Arbeit eines einzelnen. Ich bin heute aufgefordert, als einer von vielen und im Namen dieser vielen zu sprechen. Man bittet mich wohl insbesondere zu sprechen im Namen des Kreises der Atomphysiker, weitergespannt der Naturforscher, überhaupt der Wissenschaftler. Der Wissenschaft ist in den letzten beiden Jahrzehnten der Friede in einer vorher nicht geahnten Weise zu ihrem besonderen, unausweichlichen Problem geworden.

In den vergangenen Jahren habe ich mehrmals, teils gemeinsam mit Kollegen und Freunden, teils allein, öffentlich gesagt, was meiner Überzeugung nach heute in unserem Lande politisch notwendig ist. Die Bereitschaft zu solchen Äußerungen erscheint mir als staatsbürgerliche Pflicht. Ich habe nichts von dem damals Gesagten zurückzunehmen und bin bereit, mich, wenn es nötig scheint, wieder zu konkreten Anliegen des Tages zu äußern. Heute habe ich aber ein anderes Ziel. Ich will über die allgemeinen Bedingungen sprechen, unter denen alle konkreten Einzelentscheidungen beurteilt werden müssen. Die politischen Reaktionen, die man bei uns öffentlich zu sehen bekommt, sind zu sehr von zwei Elementen bestimmt: Lethargie und blinder Emotion. Beide machen denselben Fehler; sie verzichten aufs Denken. Jeder, der mit überlegten Vorschlägen an die Öffentlichkeit tritt, macht die bittere Erfahrung, daß die Kritik und oft auch die Zustimmung an Einzelheiten hängenbleibt, die nur vor dem Hintergrund eines Bildes der gesamten Weltlage beurteilt werden könnten. Diese Weltlage ist kompliziert; sie stellt unser Denken vor schwierige Probleme. In der vereinfachenden Weise, die in einer halbstündigen Rede allein möglich ist, will ich von diesen Problemen sprechen. Bitte verkennen Sie hinter dem kühlen Ton der Analyse nicht, daß diese Analyse auf die Ermöglichung sicherer Tritte auf dem praktischen Weg zum Frieden zielt.

Ich spreche also von den Bedingungen des Weltfriedens. Beim Nachdenken über sie sind verschiedene Aufgaben zu unterscheiden. Es gibt so etwas wie eine politische Generalstabsarbeit, die eine „Strategie der Friedenssicherung" entwirft. Diese Arbeit muß sich aufs Detail einlassen. Es ist eine der Stärken der heutigen amerikanischen Politik, daß sie sich auf solche Arbeit stützen kann. Wir werden dieser Politik weder gute Bundesgenossen, noch, wenn das einmal nötig sein sollte, gute Kritiker sein, wenn wir nicht ebenso planen lernen. Es ist mein Anliegen, im Sinne solcher Planung zu sprechen. Ich kann Ihnen jedoch nicht Ergebnisse derartiger Arbeit vortragen. Sie ist in unserem Land erst in den Anfängen, und in ihren Einzelheiten ist sie nicht mein Beruf. Aber diese Planung vollzieht sich vor dem vorgegebenen Hintergrund der Struktur der heutigen und der Möglichkeiten der morgigen Welt. Über diese Struktur und diese Möglichkeiten nachzudenken, gehört zu meinem Beruf; über sie will ich sprechen. Die besonderen Angelegenheiten Deutschlands werde ich dabei nur in einzelnen Bemerkungen streifen.

Ich beginne mit drei Thesen:

1. Der Weltfriede ist notwendig.
2. Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter.
3. Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung.

Diese Thesen scheinen mir heute schon fast selbstverständlich. Nehmen wir sie ernst, so folgt aber viel aus ihnen. Ich wiederhole sie daher, zunächst mit wenigen erläuternden Sätzen:

1. Der Weltfriede ist notwendig. Man darf fast sagen: Der Weltfriede ist unvermeidlich. Er ist Lebensbedingung des technischen Zeitalters. Soweit unsere menschliche Voraussicht reicht, werden wir sagen müssen: Wir werden in einem Zustand leben, der den Namen Weltfriede verdient, oder wir werden nicht leben.

2. Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter. Nicht die Elimination der Konflikte, sondern die Elimination einer bestimmten Art ihres Austrags ist der unvermeidliche Friede der technischen Welt. Dieser Weltfriede könnte sehr wohl eine der düstersten Epochen der Menschheitsgeschichte werden. Der Weg zu ihm könnte ein letzter Weltkrieg oder blutiger Umsturz, seine Gestalt könnte die einer unentrinnbaren Diktatur sein. Gleichwohl ist er notwendig.

3. Eben darum fordert der Weltfriede von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung. Er ist unsere Lebensbedingung, aber er kommt nicht von selbst, und er kommt nicht von selbst in einer guten Gestalt. Seit die Menschheit besteht, hat es, soweit wir wissen, den Weltfrieden nicht gegeben; etwas Beispielloses wird von uns verlangt. Die Geschichte der Menschheit lehrt, daß das bisher Beispiellose oft eines Tages verwirklicht wird. Dies geschieht nicht ohne außerordentliche Anstrengung; und wenn der Friede menschenwürdig sein soll, muß die Anstrengung moralisch sein.

Ich gehe nun ins einzelne, und gleichsam als Überschrift wiederhole ich die Thesen ein drittes Mal mit je einem begründenden Zusatz:

Der Weltfriede ist notwendig, denn die Welt der vorhersehbaren Zukunft ist eine wissenschaftlich-technische Welt.

Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter, sondern sein Herannahmen drückt sich in der allmählichen Verwandlung der bisherigen Außenpolitik in Welt-Innenpolitik aus.

Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung, denn wir müssen überhaupt eine Ethik des Lebens in der technischen Welt entwickeln.

Wie sehen diese Zusammenhänge im einzelnen aus?

*

1. Der Weltfriede ist notwendig, denn die Welt der vorhersehbaren Zukunft ist eine wissenschaftlich-technische Welt. Inwiefern ist sie eine wissenschaftlich-technische Welt? Wie tief greifen ihre Forderungen? Inwiefern macht sie den Frieden notwendig? Ich wähle die primitivsten Beispiele, versuche sie aber weit genug zu verfolgen.

Die Technik ernährt uns. Was haben Sie heute zum Frühstück gegessen oder getrunken? Vom dänischen Ei über das Brötchen aus kanadischem Weizen zum Kaffee aus Brasilien sind diese Lebens- und Genußmittel auf rationalisierte, technische Weise erzeugt, mit modernen technischen Mitteln herbeigebracht, frischgehalten, gebacken, gekocht. Eine Erinnerung zwanzig Jahre zurück genügt, uns klarzumachen, was geschieht, wenn uns diese Apparatur nicht mehr zuverlässig bedient. Heute müssen die Entwicklungsländer sich industrialisieren und ihre Landwirtschaft technisieren, wenn sie dem nackten Hunger entgehen wollen. Unsere eigene Landwirtschaft wird andererseits in der Weltkonkurrenz höchstens noch bestehen können, soweit sie sich entschlossen modernisiert; wo das nicht zureichend gelingt, werden staatliche Subventionen nur ihr Ende hinauszögern. Die technische Welt gewährt uns zwar ein Leben in bisher beispielloser Fülle materieller Güter. Aber die Gesetze ihres Funktionierens sind nicht minder erbarmungslos als die des Lebens in der Natur.

Warum sind denn viele Völker der Erde heute vom nackten Hunger verfolgt? Ich gehe hier nicht auf das große Problem der richtigen Güterverteilung ein, das schon zur Welt-Innenpolitik gehört. In den vortechnischen Jahrtausenden gab es keinen großen Welthandel mit den elementaren Nahrungsmitteln, und diese Völker haben doch, wenngleich mit periodischen Hungersnöten, zu essen gehabt. Warum? Damals war die Bevölkerungs-

zahl über lange Zeit etwa konstant, oder die Landnahme konnte mit ihr Schritt halten. Die wissenschaftliche Einsicht und die technischen Mittel der modernen Medizin und Hygiene haben ein vorerst unaufhaltsam scheinendes Wachstum der Bevölkerungszahlen in Gang gebracht. Wissenschaft und Technik scheinen uns wohl mit Recht nirgends so segensreich wie in der Medizin. Eben dieser Segen wird hier zur Quelle des vielleicht schwierigsten Lebensproblems unserer Zeit. Welche Abhilfen gibt es? Ich sehe nur zwei, die Aussicht bieten, in der Breite Erfolg zu haben, und zwar indem sie zusammenwirken; beide gehören selbst der Welt der Technik und der wissenschaftlichen Medizin an: Vermehrung der Lebensmittelproduktion und Beschränkung der Geburtenzahl.

Der Vermehrung der Lebensmittelproduktion als vordringlichem Ziel dient die Technisierung der Entwicklungsländer mit dem durch sie erzwungenen Umsturz uralter Gesellschaftsordnungen. Auf diesem Wege ist viel zu erhoffen. Aber eines Tages muß die Geburtenzahl zum Stehen kommen, denn die Erde ist endlich, und der Weltraum ist der Massenauswanderung verschlossen. Je später die Geburtenzahl zum Stehen kommt, desto schärfere Anforderungen werden an das Gewebe der Produktion und Verteilung gestellt, desto verletzlicher wird also der Apparat, an dem die Ernährung der Menschheit hängt. Ungestörtes Funktionieren der Weltwirtschaft setzt den Weltfrieden voraus; schon aus diesem Grunde ist er notwendig. Die Geburtenzahl ihrerseits wird nicht aus biologischen Gründen zum Stehen kommen; wenigstens bietet unsere Kenntnis der Gesetze des Lebens keinen Anlaß zu einer so bequemen Hoffnung. Ihre Beschränkung wird also entweder als eine sich durchsetzende Sitte oder aus Anordnung des Staates kommen. So tief wird der Mensch in der wissenschaftlich-technischen Welt genötigt, in seine Natur und in die Ausübung seiner Freiheit einzugreifen. Die ethischen und weltinnenpolitischen Folgen dieser Tatsachen versuche ich hier nicht auszumalen.

Heute schon allen sichtbarer geht die Notwendigkeit des Friedens aus der Entwicklung der Waffentechnik hervor. Wissen erzeugt Macht. Die Atomphysik, aus rein wissenschaftlichem Interesse entstanden, hat uns die Möglichkeit der Atomwaffen eröffnet. Der politische und gesellschaftliche Zustand der Menschheit ist so, daß von einer solchen Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, einerlei ob einzelne sich der Teilnahme verweigern. Als Erkenntnis ist die Möglichkeit der modernen Waffen nicht mehr auszurotten; in diesem Sinne müssen wir für alle vorhersehbare Zukunft mit der Bombe leben. Dennoch kann ein manifestierter Akt der Verweigerung der Teilnahme an ihr seinen Sinn haben. Er kann darauf hinweisen, daß der politische und gesellschaftliche Zustand der Menschheit, der diese Gefahr mit sich bringt, geändert werden muß.

Es gibt ab und zu Phasen vorübergehender Selbststabilisierung im historischen Prozeß, die wie ein Begriff einer gnädigen Vorsehung, wie eine uns zur Nutzung gewährte Frist erscheinen. So ist heute die Gefahr des großen Kriegs gerade durch die Erkenntnis der vernichtenden Wirkung dieser Waffen gemindert. Aber das behutsame Verfahren der führenden Staatsmänner ist selbst ein Akt schwererrungener Einsicht. Diese Einsicht bedarf der Ausarbeitung im Detail. Sie bedarf der Expertenarbeit; sie bedarf einer Wissenschaft und Technik oder, wie ich eingangs sagte, einer Strategie der Friedenssicherung. Die technische Welt stabilisiert sich nicht von selbst; sie stabilisiert sich, soweit Menschen sie zu stabilisieren lernen.

Deshalb ist der bewußt gewollte, geplante und herbeigeführte Weltfriede Lebensbedingung des technischen Zeitalters. Vergleichen wir den Weg zu diesem Frieden mit der Besteigung eines noch nicht bezwungenen Felsenbergs. In früheren Jahrhunderten stieg die Menschheit durch Geröllhalden, in denen ein häufiges Zurückgleiten unvermeidlich, aber nicht tödlich war. Heute nähern wir uns der Gipfelregion. Sie bietet hartes Gestein; das Gestein historischer Notwendigkeit. In ihr kann man vielleicht sicherer steigen als früher. Aber man muß steigen wollen, und man muß es technisch können; und ein Ausgleiten hier oben ist wahrscheinlich tödlich.

Hierzu noch eine letzte klarstellende Bemerkung. Wie manche andere habe ich in den letzten Jahren gelegentlich öffentlich gesagt, ein mit planmäßigem Einsatz der verfügbaren Waffen heute geführter Weltkrieg würde vermutlich die Menschheit nicht völlig ausrotten. Ich habe das gesagt, weil mir wichtig schien, daß wir in allen Erwägungen das Maß behalten. Ich bin dann gelegentlich so zitiert worden, als dürfe hieraus abgeleitet werden, ein Krieg sei unter Umständen immerhin noch zu verantworten. Ich kann mir keinen törichteren und schrecklicheren Mißbrauch meiner Äußerungen denken. Freilich

wissen wir alle, daß die Regierungen der Weltmächte heute auf die Drohung mit einer letzten Bereitschaft zum nuklearen Krieg noch nicht zu verzichten vermögen. Aber diese Staatsmänner wissen selbst am besten, daß sie dabei zugleich mit dem Selbstmord alles dessen drohen, was sie selbst zu verteidigen wünschen. Wer diesen Krieg überleben würde — und in Europa würden es wenige sein —, der würde nur bedauern, daß er nicht unter den Toten ist. Von Freiheit und Demokratie würde nachher schwerlich noch die Rede sein, sondern von Hunger, Radioaktivität und der letzten Hoffnung auf eine starke Hand. Der billige Ausweg aus dem Nachdenken, der lautet „Entweder es bleibe Friede, oder wir sind alle tot" — dieser Ausweg ist uns versperrt.

*

2. Wir haben bereits den Fragenkreis der Weltpolitik betreten. Die zweite These lautete: Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter, sondern sein Herannahen drückt sich in der allmählichen Verwandlung der bisherigen Außenpolitik in Welt-Innenpolitik aus. Unter dem Titel Welt-Innenpolitik werde ich hier zwei verschiedene, aber beide aus der Vereinheitlichung der Welt entspringende Phänomene beschreiben: die Entstehung übernationaler Institutionen und die Beurteilung weltpolitischer Probleme mit innenpolitischen Kategorien.

Daß Außenpolitik kleinerer in Innenpolitik größerer politischer Einheiten übergeht, ist ein uns aus der Geschichte vertrauter Vorgang. Es sind noch keine hundert Jahre verflossen, seit zum letztenmal deutsche Staaten gegeneinander Krieg führten. Damals kämpfte der König von Preußen gegen die Könige von Bayern, von Württemberg, von Hannover und den Kaiser von Österreich. Der jungen Generation von heute ist das schon fast unvorstellbar. Die Interessen- und Temperamentsdifferenzen der deutschen Stämme haben seitdem nicht aufgehört, und moralischer ist die Politik inzwischen gewiß nicht geworden. Aber innerhalb des Bismarckschen Reiches und heute innerhalb der Bundesrepublik gab und gibt es verfassungsmäßige Wege zum Austrag der Differenzen. Wo diese Wege, noch nicht einmal durch Gewalt, sondern z. B. durch Unwahrheit verlassen werden, erhebt sich berechtigte und in manchen Fällen erfolgreiche Empörung. Wir müssen hoffen, daß denen, die in hundert Jahren jung sein werden, die vergangenen Kriege zwischen Deutschland und Frankreich, ja die Möglichkeit eines Krieges zwischen Amerika und Rußland so unbegreiflich sein werden wie unserer Jugend der politische Zustand Deutschlands, der durch die Kriege von 1866 und 1870 beendet wurde.

Das ist heute nur eine Hoffnung; und was mag zwischen uns und ihrer Verwirklichung noch liegen? Eine, freilich zweischneidige Realität hingegen ist, daß sich die Menschen heute schon die Spannungen zwischen den Mächten immer mehr nur noch in der Sprache innenpolitischer Ideologien begreiflich machen können. Die meisten Menschen im Westen sind überzeugt, daß demokratische Staaten ihre Differenzen stets friedlich regeln könnten und nur der Kommunismus und allenfalls nationalistische Diktatoren uns mit Krieg bedrohten. Genau analog scheint den Kommunisten chinesischer Observanz der Krieg durch das bloße Dasein des Kapitalismus unausweichlich, und auch die russische Observanz sieht im Kapitalismus die Quelle des Unfriedens in der Welt. Auch die neu sich formierenden asiatischen und afrikanischen Nationen sind überzeugt, gegen ein Prinzip, den Kolonialismus, zu kämpfen.

Dieser Glaube an die Dominanz innenpolitischer Prinzipien ist zweischneidig, denn er ist zum Teil eine Selbsttäuschung. Machtkörper wie die Imperien und wie nationalistische Nationen haben noch heute die Tendenz zum ungezügelten Ausgreifen und, gegebenenfalls, zum Rückerwerb verlorener Gebiete. Diese Tendenz hat 1914 die einander so ähnlich gewordenen europäischen Kulturnationen in den selbstmörderischen Krieg gegeneinander gehetzt. Wir dürfen daher unsere Hoffnung nicht allein auf den Sieg der uns als richtig erscheinenden Ideologie setzen. Wir müssen vielmehr, quer durch die Ideologien, langsam, behutsam und mit unbeirrbarer Zähigkeit diejenigen Elemente staatlicher Souveränität abbauen, die es den Staaten möglich machen, Krieg aus freiem Entschluß zu beginnen.

Ein Teil dieses Bemühens sind die seit langem fortlaufenden Verhandlungen über Abrüstung. Es ist gleich gefährlich, sie zu über- wie zu unterschätzen. Man darf sie nicht überschätzen: Abrüstung ist technisch und politisch gleich schwer durchzusetzen, und sie

löst die bestehenden Konflikte nicht. Sie muß ergänzt und wohl erst ermöglicht werden durch die Schaffung politischer Wege zum Austrag von Konflikten. Ich glaube, daß sie eines Tages in die Übertragung des Polizeimonopols an eine internationale Behörde einmünden muß. Davon sind wir noch sehr weit entfernt. Man darf die Abrüstung aber auch nicht unterschätzen. Die Arbeit an ihr ist ein ständiger Anreiz, eben diese notwendigen weiteren internationalen Regelungen auszubilden. Zudem ist Verachtung des Abrüstungswillens eine der Brutstätten jenes Zynismus, aus dem die Katastrophen hervorgehen. Ich sehe mit Kummer, wie der politische Provinzialismus der Bundesrepublik sich z. B. im Fehlen einer breiteren Schicht von Kennern der „Strategie der Abrüstung" dokumentiert; ich zitiere damit den deutschen Titel eines amerikanischen Buches, in dem die Abrüstungsaspekte der Strategie der Friedenssicherung dargestellt sind. Verstünden wir mehr von diesen Fragen, so würden wir vielleicht weniger in Versuchung sein, uns auf Grund spezieller nationaler Interessen, so wichtig sie für uns sind, notwendigen internationalen Schritten in den Weg zu stellen.

Allgemein gilt: Der Friede muß nicht nur durch friedfertige Absichten, sondern durch feste übernationale Institutionen gesichert werden. Absichten und Gefühle wechseln von Land zu Land, von Generation zu Generation; der Friede aber muß alle Länder umfassen und die Generationen überdauern. Diese Institutionen müssen so gut wie möglich den heranreifenden innenpolitischen Strukturen einer sich vereinheitlichenden Welt angepaßt sein. Welches sind diese Strukturen? Welche Ziele müssen wir dem Willen zum Fortschritt und zur Bewahrung setzen, der in jedem Land und jeder Generation immer von neuem erwacht?

Wir im Westen halten mit vollem Recht die Freiheit für ein unaufgebbares politisches Gut. Wir sind damit in unserem Jahrhundert zeitweilig in die Defensive gedrängt. Aber auch in der heutigen Welt ist Freiheit, richtig durchdacht, der eigentlich fortschrittliche Gedanke. Für den größeren Teil der Welt ist innenpolitische Freiheit vor allem deshalb schwer erreichbar, weil sie als konkretes Ziel fast noch zu früh kommt. Diese Völker lösen sich erst in unserem Jahrhundert aus der alten feudalen Ordnung. Sie müssen sich modernisieren, sie müssen einen angemessenen Grad sozialer Gleichheit erreichen, und sie träumen oft einen — angesichts der wahren Verflechtung der modernen Welt — altmodischen Traum nationaler Unabhängigkeit. All dies ist ohne eine starke Staatsgewalt nicht zu erreichen. Diese aber, meist Kind einer Revolution, sichert sich gegen neuen Umsturz auf Kosten der Freiheit der Staatsbürger.

Wir werden den in die Modernität eintretenden Nationen diese Phase oft nicht ersparen können. Vielleicht dürfen wir uns hier daran erinnern, daß in der west- und mitteleuropäischen Geschichte das wichtigste Sprungbrett zur institutionell gesicherten Freiheit die Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit war. Der Staat des Absolutismus aber hatte an der Schaffung dieser Rechtsordnung, die ihn schließlich abzulösen gestattete, ein erhebliches Verdienst. Daher ist auch in der Welt-Innepolitik, gerade auch in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die Schaffung und Verteidigung zuverlässiger rechtsstaatlicher Formen im Innern der Staaten und durchsetzbarer rechtlicher Normen im Verkehr zwischen ihnen ein vordringliches Ziel; dies ist ein Ziel, das überall auf der Welt persönlichen Einsatz unter Gefahr rechtfertigt. Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage bürgerlicher Freiheit; Freiheit ohne bindende Rechtsordnung vernichtet sich selbst.

Zugleich aber müssen wir die Freiheit dem heutigen und kommenden Gesellschaftszustand gemäß neu denken und müssen dementsprechend handeln lernen. Terror ist ja eigentlich ein plumpes und altmodisches Mittel. Das moderne Problem heißt: Freiheit und Planung. Moderne Industriegesellschaften wie einerseits die der atlantischen Nationen, andererseits die der Sowjetunion werden einander unmerklich immer ähnlicher; dies geschieht unter der Decke widerstreitender Ideologien und echter Gegensätze politischer Gewohnheit und politischen Gefühls. Die technischen Notwendigkeiten erzwingen ein weitgehend geplantes Leben, und mit oft kaum erkennbarem Zwang, mit ökonomischem Druck und der Verlockung des Lebensstandards werden die Menschen dem Plan eingefügt. Wenn es in unserer Welt noch eigentliche menschliche Freiheit geben soll, so bleibt uns nicht erspart, auch den Raum dieser Freiheit zu planen. Ein Plan ohne Freiheit wird sich in einer fortschreitenden technischen Welt am Ende als unterlegen, ja als funktionsunfähig erweisen; er widerspricht der Natur des Menschen, der diese Technik und ihren Fortschritt trägt.

Ein konkretes Beispiel für die notwendige Planung der Freiheit mag genügen: das Bildungswesen. In unserer Welt ist für jeden Menschen eine angemessene Ausbildung Bedingung desjenigen sozialen Status, in dem allein er das ihm mögliche Maß an Freiheit betätigen kann. Diese Ausbildung aber erfährt er als Folge staatlicher Planung (oder Planlosigkeit) in einem jugendlichen Alter, in dem er noch nicht für sich selbst entscheiden kann. So entscheidet die Planung des Bildungswesens mit darüber, ob wir Staatsbürger haben werden, die der Freiheit fähig sind.

*

3. Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung, denn wir müssen überhaupt eine Ethik des Lebens in der technischen Welt entwickeln.

Was bedeutet Ethik in der technischen Welt?

Ihre Grundlage ist nicht neu. Die alte Ethik der Nächstenliebe reicht aus, wenn wir sie auf die Realitäten der neuen technischen Welt anwenden; und wenn wir sie hier nicht anwenden, so ist es uns mit ihr nicht ernst. Das revolutionärste Buch, das wir besitzen, das Neue Testament, ist nicht erschöpft. Viele Strukturen der modernen Welt stammen aus ihm, nur sind sie hier einseitig aufs Konkrete, Diesseitige angewandt; sie sind, wie man sagt, säkularisiert. Ich nenne diesen Hintergrund hier, aber ich analysiere ihn nicht. Ich will versuchen, das wenige, was ich noch zu sagen habe, aus der inneren Gesetzmäßigkeit der technischen Welt selbst zu entwickeln. Damit versuche ich, nicht von ethischen Postulaten auszugehen, sondern von der Vernunft. Wahre Vernunft, auf die Praxis angewandt, setzt sich notwendigerweise auch in ethische Postulate um. Was aber unserer Vernunft die Augen geöffnet hat und, wo wir sie nicht zu gebrauchen wissen, immer wieder öffnet, ist die Stimme der Nächstenliebe, die wir einmal gehört haben.

Es gibt eine eigentümliche Faszination der Technik, eine Verzauberung der Gemüter, die uns dazu bringt, zu meinen, es sei ein fortschrittliches und ein technisches Verhalten, daß man alles, was technisch möglich ist, auch ausführt. Mir scheint das nicht fortschrittlich, sondern kindisch. Esist das typische Verhalten einer ersten Generation, die alle Möglikeiten ausprobiert, nur weil sie neu sind, wie ein spielendes Kind oder ein junger Affe. Wahrscheinlich ist diese Haltung vorübergehend notwendig, damit Technik überhaupt entsteht. Reifes technisches Handeln aber ist anders. Es benützt technische Geräte als Mittel zu seinem Zweck. Den Raum der Freiheit planen kann nur der Mensch, der Herr der Technik bleibt.

Mir liegt daran, klarzumachen, daß diese reife Haltung nicht der Technik fremd, sondern erst die eigentlich technische Haltung ist. Jedes einzelne technische Gerät ist von einem Zweck bestimmt; es ist so konstruiert, daß das Zusammenwirken aller seiner Teile eben diesem Zweck dient. Kein Gerät ist Selbstzweck. Eine technische Zivilisation, deren Glieder sich gegenseitig hindern, gefährden und zerstören, ist technisch unreif. Eine Technik, die sich als Selbstzweck gebärdet, ist als ganze auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe als ihre einzelnen Apparate; sie ist als ganze noch untechnisch.

Wir müssen also ein Bewußtsein für den richtigen, den technischen Gebrauch der Technik gewinnen, wenn wir in der technischen Welt menschenwürdig überleben wollen. Das verlangt eine moralische Anstrengung, die sich in einer positiven Moral, einer gefestigten Sitte niederschlagen muß. Wir sollen, nach Kant, so handeln, daß wir die Menschheit — wir würden heute sagen das Menschsein — in jedem Menschen nicht nur als Mittel, sondern als Zweck verstehen. Als leitende Regel muß gelten: Kein Mensch ist ein Gerät, und Geräte dürfen nur zum Nutzen, nicht zum Schaden der Menschen gebraucht werden. Das wachsende Bewußtsein von dieser Regel wird sich manifestieren in der Herausbildung fester verbindlicher Formen des Umgangs mit der Technik. Die Medizin, die seit Jahrtausenden eine auf Wissen beruhende Technik und die aus ihr fließende Macht kennt, kennt auch diese bindende Regel seit Jahrtausenden. In der Technik des Alltags, wie etwa im Straßenverkehr, lernen wir alle sie heute nach und nach respektieren. Im großen wirtschaftlichen Zusammenhang ist sie gegen das scheinbare Einzelinteresse durchgesetzt worden oder muß doch durchgesetzt werden wie in Fragen des Slums und der Abholzung oder heute der Abgase und Abwässer. Die technischen Waffen schließlich haben eine Perfektion erreicht, die die Ausschaltung des Kriegs zu einer vordringlichen Forderung der technischen Ethik macht.

Diese Forderung ist dem heutigen Menschen bewußt; er verzagt nur oft gegenüber ihrer Realisierbarkeit. Wir befinden uns in einer Übergangszeit, in der der große Krieg schon schlechthin verwerflich, aber doch noch möglich ist. So ist auch unser ethisches Verhalten zur Möglichkeit des Kriegs ein unsicheres Verhalten des Übergangs. Einige versuchen heute schon streng nach derjenigen Ethik zu leben, die eines Tages wird die beherrschende sein müssen, und verweigern jede Beteiligung an der Vorbereitung auf den möglichen Krieg. Andere, die die Forderung nicht minder deutlich verstehen, versuchen inmitten der heute noch geltenden Normen für die Festigung einer rechtlichen und freiheitlichen Friedensordnung zu wirken. Beide tun etwas Notwendiges; etwas, das zu tun sich jemand bereit finden muß.

Am klarsten sollte das Bewußtsein von der Notwendigkeit den Frieden zu sichern, bei den Menschen entwickelt sein, die den technischen Waffen am nächsten stehen: den Wissenschaftlern, deren Forschung sie ermöglicht; den Soldaten, die sie anwenden müßten; und den Politikern, die noch am ehesten Mittel haben, ihre Anwendung zu vermeiden. Aber jeder dieser Stände bleibt noch hinter seiner Aufgabe zurück. Der Wissenschaftler zieht sich oft in den elfenbeinernen Turm der reinen Forschung zurück; und wo er sich den politischen Folgen seiner eigenenForschung stellt, muß er erst lernen, die verwickelte politische Realität gedanklich zu durchdringen. Dem Soldaten fällt es heute noch schwer, an eine so tiefgreifende Verwandlung der Welt zu glauben. Der Politiker schließlich ist gezwungen, mehrere Eisen im Feuer zu haben; er vertritt, so ernst es ihm mit dem Frieden sein mag, stets zugleich das Interesse seiner Partei, seiner Nation. Alle brauchen den Antrieb und den Rückhalt oder Widerstand eines Bewußtseins aller Menschen, auch derer, die unter ihrem Kommando stehen oder ihnen ihre politische Stimme geben; des klar herausgearbeiteten und zu Opfern bereiten Bewußtseins, daß Krieg nicht mehr sein darf.

Prof. D. Helmut Gollwitzers Rede auf dem Hohen Meißner

Beim diesjährigen Treffen der aus der alten Jugendbewegung hervorgegangenen Jugendverbände auf dem Hohen Meißner am 13. Oktober, das im Zeichen der Erinnerung an die erste Zusammenkunft vor 50 Jahren stand, hielt Prof. D. Helmut Gollwitzer eine Rede, aus der wir im folgenden einige Abschnitte im Wortlaut wiedergeben:

Das neue Singen war eines der großen Ereignisse in unserem Leben und ist das bis heute geblieben, wie diese Tage bewiesen haben. Aber wir sangen und singen doch nicht nur für uns selbst. Unser Ziel war, mit dem Volkslied unserem Volke das S i n g e n zurückzugewinnen. Wie sehr die Hoffnungen der Jugendbewegung gescheitert sind, zeigt sich daran, daß dies nicht gelungen ist. Das ist nichts Geringfügiges. Eine noch so zusammengewürfelte Schar von Franzosen, Russen, Engländer, Israelis hat genug Lieder, fröhliche und festliche, zum gemeinsamen Singen. Wie unser Volk heute bis in die Wurzel getroffen ist, wie nur scheinbar und äußerlich der westdeutsche Wiederaufstieg der letzten 15 Jahre ist, wie unverändert ein schweres Gericht über uns Deutschen liegt, das ist nicht nur an der Mauer in Berlin und an dem Stacheldraht wenige Kilometer von hier zu sehen, sondern auch an der scheinbar winzigen Tatsache, daß wir nur rasch verfliegende Schlager haben, aber kein Lied mehr, das in Deutschland Menschen verschiedener Generationen und verschiedener Schichten spontan und auswendig miteinander singen könnten In ein tiefes Verstummen ist unser Volk geraten, und es wird erst dann geheilt sein, wenn es wieder ein singendes Volk ist. So haben wir denn auch kein Lied, mit dem wir diese Stunde heute so beschließen könnten, wie sich's gebührt. Die Freunde, die dieses Fest vorbereitet haben, haben sich lange genug den Kopf zerbrochen. Alle Lieder, die in Frage kamen, erwiesen sich als durchgestrichen durch den inneren und äußeren Zusammenbruch. Dann griff man zur dritten Strophe des Deutschlandliedes. Daß wir in Westdeutschland eine Nationalhymne haben, die auch längst nicht mehr stimmt und auf der durch ihre Verkoppelung mit dem Horst-Wessel-Lied eine dunkle Erinnerung liegt, das ist für unsere innere Lage bezeichnend genug. Wer hätte im Oktober 1913 gedacht, daß man ein freideutsches Treffen mit dem Deutschlandlied schließen werde! Wenn wir nun diese 3. Strophe als die einzige erträgliche unserer Nationalhymne meinen singen zu sol-

len, dann sollen wir dabei auch daran denken, daß die Deutschen vor kurzem der Einigkeit das Recht und die Freiheit geopfert haben, daß das die fürchterlichsten Folgen gehabt und daß wir in Zukunft immer nur i m Recht und i n der Freiheit einig sein wollen und nie ohne sie ...

Der gemeinsame Lebensstil schuf eine großartige T o l e r a n z. Fanatismus war uns abscheulich. An den Kommunisten und den Nazis war uns ihr Absolutheitsanspruch am fremdesten. Nicht vom Politischen, sondern vom Pädagogischen her versprachen wir uns Deutschlands Erneuerung, also nicht vom Sieg einer Partei, sondern von einer inneren Wandlung der Menschen. Auch dabei war viel Illusion und Träumerei. Am schlimmsten aber war: nur ein Teil von uns erkannte, daß die angemessene staatliche Form für diese Vielfalt, für dieses aufmerksame Dulden verschiedener Wege, für dieses Glück des bewegten Gesprächs, für dieses Ideal der eigenen freien Meinungsbildung, für diese Lust an den Spannungen und Gegensätzen des Geistes, für diese Bevorzugung der Qualität vor der Quantität heute die D e m o k r a t i e ist. Weil vielen von uns Wort und Sache der Demokratie von törichten Erwachsenen madig gemacht worden war, haben sie nicht zu ihrer Erhaltung und Ausgestaltung, sondern zu ihrem Untergang beigetragen. Die M e i ß n e r - F o r m e l ließen wir Bündischen oft als individualistisch verleumden, statt zu erkennen, daß man sie als die Kernformel eines demokratischen Bewußtseins verstehen kann. Heute scheint sich das herrlich geändert zu haben. An Bekenntnissen zur Demokratie überbieten sich Hitlergeneräle, Franco-Liebhaber und alle Bürokraten, die ungeniert wie zu Führers Zeiten den Staat und die Regierung miteinander gleichsetzen. Zur Demokratie bekennt sich der Verfassungsschutz, wenn er das Grundgesetz, das er schützen soll, mißachtet; zur Demokratie bekennt sich die Regierung, wenn sie Notstandsgesetze von der Art vorlegt, daß mit ihnen im Anwendungsfall die demokratische Ordnung, die man zu schützen vorgibt, beseitigt wird; zur Demokratie bekennen sich Führer der Vertriebenenverbände, wenn sie sogenannte Verzichtpolitiker ins Gefängnis bringen wollen. Das Bekenntnis zur Demokratie ist die bequemste Sache der Welt; die Demokratie selber aber ist die schwierigste, unbequemste und riskanteste Staatsform, die sich denken läßt. Warum wollen wir sie trotz aller ihrer Nachteile? Weil sie die Staatsform für erwachsene Menschen ist. Wer sie will, darf also den Staat nicht als Kindergarten und nicht als Kaserne wollen. Er darf den Unterbau und die Uniformierung nicht wollen. Er muß den Menschen wollen, der sein Leben „nach eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, in innerer Wahrhaftigkeit" führen will. Er muß die Freiheit des aufrechten Bürgers d. h. aber: die Freiheit des Andersdenkenden, die Freiheit des Außenseiters, die Freiheit des Ketzers wollen, und zwar nicht nur dessen innere, sondern dessen äußere, reale Äußerungs- und Aktionsfreiheit. Wer diese Freiheit und diesen Menschen will, der muß in der Demokratie für die Demokratie kämpfen, jeden Tag, gegen die totalitären Tendenzen in der eigenen Partei, gegen die Uniformierung der öffentlichen Meinung, für die Spielräume der Selbstbestimmung. Wollt ihr das? T u t i h r d a s? Wir haben die Demokratie in Westdeutschland noch nicht gewonnen, wir haben sie noch kaum begonnen und schon fürchten viele, sie sei wieder im Schrumpfen. Leidenschaft für Demokratie als Lebensform — das gehört, repräsentiert durch Namen wie Ernst Buske, Adolf Reichwein, Hermann Schafft, zum besten Erbe der Jugendbewegung ...

Weil gerade das Wort „Ketzer" fiel: es kommt aus dem kirchlichen Bereich. Die K i r c h e n stehen heute äußerlich hoch im Kurs und sogar bei diesem Meißnerfest finden Gottesdienste statt, woran vor 50 Jahren bezeichnenderweise niemand gedacht hat. Wo die Kirchen so ins Ansehen kommen, da muß man — das sage ich als einer, der mit allen Fasern seines Lebens in der christlichen Kirche lebt —, um die Freiheit wie ums Christentum besorgt sein. Die religiösen Äußerungen der alten Jugendbewegung waren ein seltsames Gebräu unausgegorener Ideen, mit Aesthetizismus und lyrischem Mystizismus naiv durchmischt. Aber in ihnen sprach sich wie im ganzen neuen Lebensstil doch ergreifend das Verlangen aus, aus „entseelter Arbeit" und „entseeltem und entseelendem Genuß" (wie Knud Ahlborn 1913 in seiner Feuerrede sagte) und ebenso aus entseelter religiöser Konvention herauszukommen zu durchseeltem Leben in eigener Verantwortung, und ebenso die Erwartung, es könnte ein ernstgenommenes Christentum noch eine neue, rettende Kraft werden. Für die i n n e r e E r n e u e r u n g d e r K i r c h e schlug unser Herz, soweit wir zu ihr gehörten, für ihre äußere Macht hatten wir nichts übrig. Heute stehen die Kirchen mitten im großen gegenseitigen Geschäft: Regierung, Parteien, Büro-

kratie, Kapital, Militär und Kirche — alle diese Hände waschen sich gegenseitig und spielen sich die Profite zu — genau wie damals 1912. Was dabei aus dem Christentum wird, lehrt jeder Blick hinter die Fassade. Darum sei euch Jungen gesagt, soweit ihr euch zur christlichen Kirche haltet: Verlangt das Christsein von euch selbst und nicht von den anderen! Seid die Unruhe in euren Kirchen! Seid jedem Zwang in Glaubenssachen feind und beweist, daß Glaube und Freiheit zusammengehören und nicht gegeneinander stehen! Gustav Wyneken, der alte Löwe mit seinen 88 Jahren, ist diesem Feste grollend ferngeblieben, weil er aus den Gottesdiensten und den Namen zweier evangelischer Theologen auf dem Programm entnahm, auch hier marschiere wie sonst in der Bundesrepublik die Klerikalisierung und statt einer Feier freier Jugend werde hier gezähmtes Wandergeflügel unter Assistenz der Kirchen für den nächsten Heldentod abgerichtet. Wir grüßen den alten unermüdeten Streiter, der wie wenige andere in dieser Stunde an diese Stelle gehört hätte, und hoffen, daß er von diesem Tage einiges vernimmt, was seinen düsteren Vermutungen widerspricht ...

Jawohl, für den nächsten Heldentod abgerichtet! Ist das nicht schon zweimal geschehen? War die Jugendbewegung daran nicht kräftig beteiligt? Stimmen nicht alle Zitate, mit denen man heute beweist, wie der Weg der Bündischen Jugend zielsicher ins Dritte Reich einmündete? Jawohl, sie stimmen! Die Seuche des Nationalismus und des Antisemitismus war unter uns ebenso verbreitet wie unter den Erwachsenen. Die völkische Selbstanbetung fand auch unser Gefallen, und der Arierparagraph spukte schon früh in einigen Wandervogelgruppen. Es ist zu unserer besonderen Beschämung geschehen, daß die gesellschaftlichen Visionen der Jugendbewegung, die bei uns in Deutschland zerstoben sind, von jungen jüdischen Menschen in Israel heute in die Wirklichkeit übersetzt sind wie sonst nirgends in der Welt. Wenn sie es uns erlauben, dann möchten wir von hier aus diese Menschen, die zu uns gehörten und aus unserem Lande vertrieben worden sind, von Herzen grüßen! Wir wollen uns hüten, unsere Irrtümer mit unserer damaligen Jugend zu entschuldigen. Den Wahnsinn des Krieges und die Greuel der Juden-, Zigeuner- und Polenermordung haben auch wir auf unsere Weise, ohne die Konsequenzen zu ahnen und zu wollen, in Torheit und Blindheit mit vorbereitet. Soweit wir (wie auch ich!) daran beteiligt waren, wollen wir das nicht uns selbst verzeihen, sondern können nur Gott und die betroffenen Völker um Vergebung bitten. Was wäre aber diese Bitte ohne den entschlossenen Bruch mit jenen Torheiten von damals und ohne Aufbruch zu neuen Wegen? Was ist geschehen seither? Die Greuel Hitlers und der Seinen haben sich fortgesetzt in Hiroshima und Algerien — und keiner weiß, welche entsetzliche Wiederholung sie in diesem Jahrhundert noch finden werden. In unserem Vaterlande aber haben es die deutschen Politiker unter eifriger Mitwirkung von Jugendbewegten auf beiden Seiten fertig gebracht, die deutsche Jugend wiederum in Uniformen zu stecken, diesmal aber auf den Wunsch auswärtiger Mächte gegeneinander, gegeneinander geschult, zu neuen Entsetzlichkeiten bereit. Was für eine grauenvolle Bilanz, ungeahnt von denen, die sich vor 50 Jahren hier oben sammelten in der Hoffnung auf „eine neue Zeit deutschen Jugendlebens", wie der Aufruf damals sagte. Dieses Jugendleben fand dann im Massengrab statt, zweimal hintereinander, mit Hinopferung bester Auslese deutscher Jugend. Deshalb muß der Tag des Hohen Meißner 1963 auch ein Tag trauernden Nachdenkens sein über das zweimalige Scheitern einer herrlichen Bewegung deutscher Jugend, — und zwar ja nicht in einer verklärenden Trauer, sondern in einer schonungslosen: sie sind für nichts und wieder nichts gefallen, sie haben in ernstem, gläubigem, aber erkenntnislosem Idealismus sich führen lassen zu sinnlosem Morden. Nicht in Langemarck haben wir, wie wir es törichterweise getan haben, die Manifestation der politischen Sendung deutscher Jugend zu suchen, sondern in einem leider ziemlich einsamen Dokument: in dem Telegramm nämlich, das am 28. Juli 1914, ein Jahr nach dem Hohen Meißner, der Bundestag der „Deutschen akademischen Freischar" auf die Nachricht von der drohenden Kriegsgefahr an den Kaiser sandte: „Schützen Sie die Jugend der ganzen Welt vor dem entsetzlichen Unglück eines Krieges! Machen Sie in letzter Minute die äußerste Anstrengung für die Erhaltung des Friedens!" Das ist die vernünftigste politische Äußerung aus der ganzen Geschichte der Jugendbewegung. Keine Phrase vom Opfer fürs Vaterland und vom geschlossenen Stehen hinter dem Kaiser etc. ... sondern Solidarität mit der Jugend der anderen Länder und Notschrei für den Frieden! Einige Tage darauf

ging das alles in der Kriegsbegeisterung unter. Für uns heute aber, nach dem zweifachen Gemetzel, in das sich die europäische Jugend hat hineintreiben lassen, muß klar sein: 1. Diese Todesopfer waren sinnlos und die nächsten, für die man euch heute einübt, werden noch sinnloser sein. 2. Der Zusammenbruch Deutschlands fand nicht 1945, sondern 1933 statt, unter kräftiger Mitwirkung vieler Jugendbewegter. 3. Darum ist heute das Gebot, wie jenes Telegramm sagte, „die äußerste Anstrengung für die Erhaltung des Friedens". Dies ist das Kriterium, an dem ihr Politiker, Programme und Regierungen messen sollt, und es ist zugleich die Verpflichtung, mit dem Erwachsenwerden in die politische Arbeit einzutreten, in die zähe, nüchterne politische Arbeit, viel bewußter, als wir es damals getan haben, — aber mit diesem Ziel vor jedem anderen. 4. Und dies in Solidarität mit der Jugend der ganzen Welt. Denn eure Zukunft werdet ihr westdeutsche und westliche Jugend nur gewinnen können zusammen mit der Jugend der anderen Völker und nicht gegen sie: also, was auch die Hetzer des Kalten Krieges in allen Lagern predigen mögen, nur mit der kommunistischen Jugend der Sowjetunion, nur mit den jungen Kommunisten und Nicht-Kommunisten in Polen und den anderen Ostblockstaaten, nur mit der „Freien deutschen Jugend", wie sie sich selbst nennt, ohne es leider zu sein, mit den jungen SED-Leuten und den jungen Christen in der DDR — und sicher auch nur zusammen mit der Jugend Chinas und der farbigen Völker. Darum sucht Verbindung mit ihnen allen, lernt sie kennen, sprecht mit ihnen, und wenn euch einer hüben und drüben daran hindern will, dann wißt ihr, was ihr von ihm zu halten habt: er ist ein Feind eurer Zukunft! Habt den festen Willen, an den Trennungen der alten Generation nicht wieder einmal die Zukunft zu Schanden werden zu lassen. Es lohnt sich nicht zu töten und zu sterben für eines der beiden Systeme, die heute die Welt zerreißen, die beide falsch sind und die beide tief verändert werden müssen, wenn die Probleme des ausgehenden 20. Jahrhunderts gemeistert werden sollen. Es lohnt sich aber zu kämpfen und zu leben für die Meisterung dieser Probleme. Dies ist sicher: Wenn jemand im Jahre 2013 noch das Bedürfnis empfinden sollte, hier oben des Aufbruchs deutscher Jugend vor 100 Jahren zu gedenken, dann werden Kapitalismus und Kommunismus wenig mehr dem gleichen, was sich heute so nennt, — und dann wird ein solches Gedenken nur möglich sein, wenn die europäische Jugend sich nicht aufs neue hat den Torheiten der älteren Generation zum Opfer bringen lassen. So schaut zurück auf die, die vor euch aufgebrochen sind, befreit euch von unseren Irrtümern, nehmt dankbar auf und entwickelt weiter, was zukunftsträchtig gewesen ist an unserem Leben und Wollen, schaut auf uns zurück, um dann desto besser vorwärts zu schauen und vorwärts zu gehen!

Mahnmal für Nobelpreisträger Ossietzky

Die Gewerkschaftsjugend errichtete im ehemaligen KZ Papenburg eine Gedenkstätte

Papenburg/Emsland (dpa). Ein Mahnmal der Gewerkschaftsjugend für den deutschen Friedensnobelpreisträger und Journalisten Carl von Ossietzky wurde wenige Monate nach seinem 25. Todestag auf dem Friedhof des früheren Konzentrationslagers Papenburg-Esterwegen eingeweiht. Es besteht aus zwei übereinandergelegten Findlingsblöcken. Auf einer schlichten Bronzeplatte wird auch der politischen Mithäftlinge Ossietzkys gedacht. Der Friedensnobelpreisträger von 1935 war nach dreijähriger Haft im KZ Esterwegen Anfang Mai 1938 als Gefangener der Gestapo in Berlin an Tuberkulose gestorben.

In einer Feierstunde würdigte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Beermann die Persönlichkeit Ossietzkys als eines aufrechten Republikaners und Demokraten. „Feindlich stand er nur jenen gegenüber, die den Machtapparat des Staates für verfassungswidrige Handlungen mißbrauchten. Diese Unterscheidung ist sehr wichtig, denn sie ist bis heute noch nicht ins Bewußtsein aller Menschen gedrungen", betonte Beermann.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende bedauerte, daß über 25 Jahre vergehen mußten, bis Ossietzky an diesem Ort seines Leidens ein bescheidenes Denkmal gesetzt werden konnte. Es sei bezeichnend, daß es in unserem Staate Menschen gebe, die diesen erbarmungslos verfolgten Mann auch heute noch beleidigten und sein Andenken schmähten. Der Bekennermut Ossietzkys müsse in einen größeren Zusammenhang gestellt werden. Es seien nicht nur Offiziere und Geistliche, nicht nur wenige Männer aus Wissenschaft und Publizistik gewesen, die sich gegen Hitler auflehnten, sondern an ihren bescheidenen Plätzen viele Frauen und Männer aus der Arbeitnehmerschaft.

Das Mahnmal für Ossietzky steht auf einem mit Bäumen und Büschen bepflanzten etwa 60 Quadratmeter großen Platz. Dorthin waren zu der Gedenkstunde auch ehemalige Mithäftlinge Ossietzkys sowie Vertreter der Verfolgtenorganisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unter ihnen der niedersächsische Landtagspräsident Lehners, gekommen.

Die Initiative zur Errichtung der Gedenkstätte ging von jungen Bergarbeitern in Essen aus. Die Jugend der IG Bergbau und Energie sammelte gemeinsam mit dem DGB-Landesbezirksjugendausschuß Niedersachsen über tausend Mark für die Gestaltung des Mahnmals. Die staatliche Moorverwaltung Emsland half den Jugendlichen, einen geeigneten Platz zu finden.

Süddeutsche Zeitung v. 7. 10. 63

Strauß und die katholische Aktion

Die Auseinandersetzung zwischen CSU-Spitze und katholischem Klerus ist in eine bemerkenswerte Sackgasse geraten. Die Auseinandersetzungen begannen für die Öffentlichkeit erkennbar zu werden, als sich die Gerüchte zur undementierten Tatsache verdichteten, Strauß habe von Kardinal Döpfner eine eindeutige Abfuhr erhalten. Eine Eigenschaft, in der Strauß nie enttäuschte, nämlich seine minuziös sorgfältige Rache, setzte ein, als er sich in seinem Parteitagsreferat mit den „dunklen Mächten" der „Katholischen Aktion" befaßte, umbraust vom Jubel seiner Anhänger. Bis heute steht der wütende Kampf des Franz-Josef Strauß gegen einzelne katholische Publizisten und Journalisten im Vordergrund.

Es folgte der berühmt gewordene „Filser-Brief" in Straußens Hausblatt „Bayern-Kurier", dessen Angriff auf den Klerus aus der Feder des unter unrühmlichen Umständen schon einmal aus CSU-Diensten ausgeschiedenen Sexual-Literaten Hans Wüst stammten . . .

Nocht steht, wie gesagt, Franz Josef Strauß' Kampf gegen einzelne katholische Publizisten und Journalisten im Vordergrund. Die Partie steht nicht einmal schlecht für den kompromittierten Ex-Minister, wenn man etwa den seltsamen Auflösungsprozeß des Münchner Büros der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) betrachtet. Noch stehen Strauß zur Finanzierung seiner erbarmungslosen Pressepolitik Gelder zur Verfügung, die ihren Ursprung in jenen Reptilienfonds haben, die einmal unter die Lupe zu nehmen der neue Bundeskanzler sich vorgenommen hat.

Aber die wirkliche Auseinandersetzung hat ihre Wurzeln in den derzeitigen Beratungen des Vatikanischen Konzils, wo es um die stark vertretene Auffassung der angelsächsischen Konzilsväter geht, eine Trennung von Kirche und Staat anzuerkennen. Das würde natürlich praktisch bedeuten, daß ein Strauß nicht mehr die finanziellen Mittel hätte, katholische Journalisten unter Druck zu setzen.

Hamburger Echo v. 28. 10. 63

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzügl. DM —,20 Porto, bzw. Postzustellgebühr.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen:

Dr. jur. Ilse Staff, geb. 1928, Studium in Würzburg, Pisa und Frankfurt/Main, 1954 Doktor-Examen, 1957 Assessor-Examen, lebt in Frankfurt/Main. In diesen Tagen erschien im S. Fischer-Verlag ihr Buch „Justiz im Dritten Reich".

Dr. Eugen Koller, geb. 1900, seit 1920 im bayerischen Volksschuldienst, Promotion bei Aloys Fischer in München in Pädagogik, seit 1945 Regierungs-Schulrat in Ansbach für das Volksschulwesen. Seine Bücher suchen vor allem Erkenntnisse der Tiefenpsychologie auf Erziehung und Unterricht zu übertragen: „Unsere Schule", Verlag Robert Zeise, Regensburg; „Das erste Schuljahr", Ehrenwirth-Verlag, München; „Der neue Weg im ersten Rechenunterricht", ebenda.

Joachim C. Fest wurde 1926 in Berlin geboren. Nach dem Kriege studierte er Rechtswissenschaft, Geschichte und Soziologie und betätigte sich fortan journalistisch und als Redakteur. Seit 1961 war er beim Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks als stellvertretender Hauptabteilungsleiter in der Abteilung Fernsehspiele tätig und wurde vor kurzem als Hauptabteilungsleiter für das „Zeitgeschehen" bestätigt – also für einen Teil des Ressorts, das bis dahin Rüdiger Proske („Panorama") verwaltet hatte.

Diesem Heft liegen Prospekte der Buchhandlung Bund-Verlag, des Verlages Joachim Schilling und des Käthe Vogt Verlages bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Vorgesehen sind u. a.

Heinz Abosch:
Was kommt nach de Gaulle?

Anna Haag:
Frau und Politik

Joachim Gradewald:
Beispiel Kolumbien

Dr. Wolfgang K. H. Fischer:
Zur Strafrechtsreform

In den letzten Heften u. a.

James P. Warburg, New York:
Abschied von der Nachkriegsepoche (7 u. 8/63)

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Christliche Existenz in der DDR (8/63)

Dr. Hermann Rauschning:
Zur Kriegsschuldfrage 1939 (9/63)

Karl-Hermann Flach:
Unser Beitrag zum Frieden (10/63)

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hill
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki, Warschau
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.